

Basler Stadtbuch
Dossier 2020

Wahlüberraschungen: Legislatur 2021–2024
Matthias Zehnder

Wahlüberraschungen: Legislatur 2021–2024

Matthias Zehnder

Journalisten gehen gerne freizügig mit dem Adjektiv «historisch» um. Nach den Basler Wahlen 2020 war das Wort aber für einmal am Platz: Selten hat eine Regierungsratswahl zu so viel Umwälzung geführt, selten lagen Prognosen so daneben. Die grüne Regierungspräsidentin: abgewählt. Die FDP: aus der Regierung vertrieben. Die GLP: erstmals überhaupt in der Schweiz in eine Kantonsregierung gewählt. Rot-Grün: nach sechzehn Jahren die Regierungsmehrheit verloren. Geschlechterverteilung: zum ersten Mal drei Frauen in der Basler Regierung. Und das alles mitten in der Corona-Krise. Fürwahr eine historische Wahl.

Zu Beginn des Wahlkampfs 2020 deutete kaum etwas darauf hin, dass es in Basel zu grösseren Veränderungen kommen könnte, weder im Parlament noch in der Exekutive. Die Wahlen in den Kantonen St. Gallen, Thurgau, Schwyz, Uri, Schaffhausen und Aargau hatten gezeigt, dass das Wahljahr 2020 im Zeichen des Klimas stand, in den sechs Kantonen hatten die Grünen und die Grünliberalen insgesamt über dreissig Sitze zugelegt. Verloren hatten die Bundesratsparteien, allen voran die FDP, deren Bilanz Mitte Oktober minus dreizehn Sitze zeigte. SP und SVP mussten in den kantonalen Parlamenten je neun Sitze abgeben, die BDP sieben, die CVP zwei. Ende November 2020 würden die BDP und die CVP zur neuen Partei «Die Mitte» fusionieren – unter diesem Blickwinkel verlor auch die Mitte bis Oktober neun Sitze.¹

Links-Grün durfte vor den Basler Wahlen 2020 also hoffen – gute Nachrichten insbesondere für Elisabeth Ackermann. Denn die Regierungspräsidentin (GB) ging angeschlagen in die Wahlen. Über Wochen hatte die «Basler Zeitung» (BaZ) sie wegen der Freistellung von Marc Fehlmann, dem Direktor des Historischen Museums Basel, unter Beschuss genommen. Ackermann schaffte es nicht, die Vorwürfe der Zeitung zu entkräften. Weil es um einen Arbeitskonflikt ging, konnte sie inhaltlich nichts darüber sagen – und kommunikativ gelang es ihr nicht, sich Ruhe zu verschaffen. Die guten Wahlresultate der grünen Parteien in den sechs Kantonen gaben Ackermann jedoch Anlass zur Hoffnung, von der grünen Welle auch 2020 ins Ziel getragen zu werden.

Unmittelbar vor Basel wählte der Kanton Aargau sein Parlament neu. Selbst im Autokanton Aargau war die grüne Welle nicht abgeebbt: Vier Sitze gewannen die Grünen im 140-köpfigen Grossen Rat dazu und bauten ihren Wähleranteil um drei auf zehn Prozent aus. Allerdings holten sie ihre Gewinne von den Sozialdemokraten; die SP besetzte neu im Aargau nur noch 23 statt 27 Sitze.² Was heisst, dass das rot-grüne Lager insgesamt vom Gewinn der Grünen nicht profitieren konnte. Grosse Siegerin der Aargauer Wahlen 2020 war die GLP: Sie konnte die Zahl ihrer Sitze im Kantonsparlament von sieben auf dreizehn fast verdoppeln – dies auf Kosten der BDP, die gar nicht mehr angetreten war, und der FDP, die einen Sitz an die GLP verlor. Auch die SVP musste Federn lassen, wenn auch nicht so viele wie befürchtet: Die mit Abstand wählerstärkste Partei im Kanton Aargau verlor einen Sitz im Kantonsparlament.

Der Kanton Aargau als perfekte Blaupause

Basel nimmt für sich gerne in Anspruch, anders zu ticken. Vielleicht schauten Politikerinnen und Journalisten im Vorfeld deshalb nicht in den Aargau. Der Kanton hätte die perfekte Blaupause für die Basler Grossratswahlen abgegeben. Stattdessen erwartete man in Basel, dass Rot-Grün in bewährter Manier durchmarschieren würde. «Der Trend spricht für Mitte-Links», war sich die «bz Basel» im Vorfeld sicher. «Auch wenn Frauen- und Klimastreik aufgrund der Coronakrise nicht mehr so präsent sind wie 2019, kann das linke Lager auf Sitzgewinne hoffen»,

¹ bz Basel, 20.10.2020, «Bäumle versteht die GLP «immer weniger»».

² bz Basel, 19.10.2020, «Ohne Frau, aber auf der grünen Welle».

schrieb die Zeitung in ihrer Wahlvorschau.³ Auch die BaZ sah Rot und Grün vorne. Es sei eine Art verkehrte Welt: «Angriffig gibt sich im Basler Wahlkampf 2020 nicht die bürgerliche Minderheit, sondern die rot-grüne Mehrheit.»⁴ Kurz: Die professionellen Beobachter der Basler Politik erwarteten von den Grossratswahlen mehr vom Gleichen, also mehr Links-Grün.

Vorangegangen war diesen Prognosen ein seltsam lauer Wahlkampf. Wegen Covid-19 waren politische Veranstaltungen nur unter starken Einschränkungen möglich. So mussten die Politikerinnen und Politiker im Strassenwahlkampf Maske tragen, was dazu führte, dass Passanten den Ständen der Parteien aus dem Weg gingen. Podiumsdiskussionen fanden, wenn überhaupt, per Livestream im Internet statt. Alles deutete darauf hin, dass die SP von den veränderten Umständen profitieren würde, denn die Basler Sozialdemokraten setzten schon seit Jahren im Wahlkampf aufs Telefon und verfügten mittlerweile über eine umfangreiche Datenbank potenzieller SP-Wähler. Gegenüber dem Regionaljournal Basel von Radio SRF kommentierte SP-Fraktionschef Thomas Gander denn auch stolz: «Das ist das Resultat jahrelanger Arbeit.»⁵ Und vielleicht würde der SP zugutekommen, dass im Coronajahr Sorgen um den Arbeitsplatz, das Einkommen und soziale Fragen die Klimakrise aus dem Fokus verdrängten.

Die FDP wird zur «Schrumpfpartei»

Es kommt anders: Die SP verliert im Grossen Rat vier Sitze. Weil gleichzeitig das Grüne Bündnis vier Sitze gewinnt, bleibt das rot-grüne Lager mit 48 Sitzen exakt gleich stark. Dagegen summieren sich die Verluste rechts der Mitte: vier Mandate weniger für die SVP, drei Mandate weniger für die FDP. Das Fazit der «bz Basel» am Montag nach der Wahl: «Im Grossen Rat gewinnt die Mitte».⁶ Bitter ist das vor allem für die FDP, die neu nur noch sieben Sitze belegt. «Basler FDP wird zur Schrumpfpartei», titelt die BaZ und schreibt, die Bürgerlichen würden in Basel «an den Rand gedrängt».⁷ Das stimmt so nicht, denn 48 Abgeordneten von SP und Grünem Bündnis stehen 50 Abgeordnete der bürgerlichen Mitte und der rechts-konservativen Seite gegenüber. Wie im Aargau ist die GLP die grosse Gewinnerin der Wahl: Sie verdoppelt ihre Sitze von vier auf acht und überflügelt damit CVP und FDP. Vor allem aber gewinnt sie massiv an Einfluss als «Zünglein an der Waage», kann in ökologischen Fragen mit Rot-Grün stimmen und das Basler Parlament nach links ausrichten oder etwa in Wirtschaftsfragen mit dem bürgerlichen Block stimmen und das Parlament nach rechts gewichten.

Auch in Basel legen also die Grünen und die Grünliberalen zu, insgesamt um acht Sitze. Zugleich verlieren die Bundesratsparteien SP, FDP und SVP; alles in allem elf Sitze gehen den grossen alten Parteien verloren. Die Basler und die Aargauer Wahlen gleichen sich auf verblüffende Art und Weise und bestätigen den nationalen Trend. Eine Sonderstellung belegt in Basel die Liberal-Demokratische Partei (LDP): In der übrigen Schweiz hat sich die LDP längst mit der FDP zusammengeschlossen, in Basel hingegen hält sie sich als ur-baslerische Partei. Sie kommt ungeschoren davon und verliert bei den Grossratswahlen keine Sitze. Man könnte auch sagen: Sie schafft es nicht, eine Liste, die mit prominenten Basler Namen gespickt ist, in Sitzgewinne umzumünzen. Überraschend gut schlägt sich die CVP, sie kann, im Unterschied zu anderen Kantonen, ihre Position halten. Vielleicht verdankt sie diesen Erfolg ihrem Regierungsrat Lukas Engelberger, der sich als Gesundheitsdirektor in der Corona-Krise als seriöser Schaffer profiliert und als Präsident der nationalen Gesundheitsdirektorenkonferenz mit seiner ruhigen Art überzeugt.

³ bz Basel, 06.10.2020, «Das neue Wahlgesetz beeinflusst den Grossen Rat: Trend spricht für Mitte-Links».

⁴ BaZ, 14.10.2020, «Rot-Grün kämpft für noch mehr Rot-Grün».

⁵ Radio SRF, Regionaljournal Basel-Baselland, 23.07.2020.

⁶ bz Basel, 26.10.2020, «Im Grossen Rat gewinnt die Mitte».

⁷ BaZ, 26.10.2020, «Basler FDP wird zur Schrumpfpartei».

Bürgerliche treten ohne SVP an

Noch zu Beginn des Jahres, heisst vor Corona, waren Engelbergers Aktien eher schlecht gestanden und es war offen, ob die CVP ihren Sitz in der Regierung würde halten können. Zumal die Bürgerlichen sich im Wahlkampf selbst unter Druck setzten, indem sie nach schlechten Erfahrungen 2016 auf ein gemeinsames Regierungsratsticket mit der SVP verzichteten. Ein weiterer Grund dafür, dass LDP, FDP und CVP der SVP die kalte Schulter zeigten, war eine SVP-Initiative, die am 27. September 2020 – und damit relativ kurz vor den Wahlen – zur Abstimmung kam: «Für eine massvolle Zuwanderung». Diese sogenannte Begrenzungsinitiative wollte die Personenfreizügigkeit verbieten, wie sie in den bilateralen Verträgen zwischen der Schweiz und der EU vorgesehen ist. Für die SVP seit der Masseneinwanderungsinitiative ein zentrales Anliegen, für die bürgerlichen Parteien hingegen Gift für den Wirtschaftsstandort Schweiz im Allgemeinen und die Region Basel im Besonderen.

FDP, LDP und CVP wollten deshalb mit der SVP nicht gemeinsame Sache machen. Daran änderte auch der SVP-Kandidat Stefan Suter nichts. Der Basler Anwalt war erst für die Nomination der SVP beigetreten und hielt wenig von der Begrenzungsinitiative. Suter sagte, nicht er sei der SVP beigetreten, sondern die SVP ihm.⁸ Doch es nützte nichts, den bürgerlichen Parteien war ein Schulterschluss mit der SVP zu riskant. Also trat die SVP alleine an.

Weil sie trotzdem die «linke Mehrheit» in der Basler Regierung angreifen wollten, nominierten FDP, CVP und LDP aber nicht drei, sondern vier Kandidaten: Neben den Bisherigen Conradin Cramer (LDP), Baschi Dürr (FDP) und Lukas Engelberger (CVP) hoben die Bürgerlichen überraschend Stephanie Eymann auf den Schild. Überraschend deshalb, weil die Advokatin als Tochter von LDP-Grossrat Felix Eymann und Nichte von LDP-Nationalrat und Alt-Regierungsrat Christoph Eymann zwar einen in Basel bekannten Namen trägt, davon abgesehen aber ein politisch völlig unbeschriebenes Blatt war. Eymann hatte jahrelang in Baselland gelebt und war zum Zeitpunkt ihrer Kandidatur Leiterin der Baselbieter Strassenpolizei.

Mit Stefan Suter bewarben sich also fünf bürgerliche Kandidaten um einen Sitz in der Regierung. Ihnen standen vier Kandidatinnen der Linken gegenüber: Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann (GB), Finanzdirektorin Tanja Soland (SP), im Oktober 2019 zur Nachfolgerin von Eva Herzog gewählt, sowie SP-Nationalrat Beat Jans und Kaspar Sutter (SP), langjähriger Generalsekretär im Finanzdepartement von Eva Herzog. Er war zu Beginn der Legislatur in den Grossen Rat gewählt worden und von seinem Amt zurückgetreten. Ausserhalb der beiden Lager kandidierte Esther Keller, Kommunikationsfachfrau und seit Mai 2019 nachrückende Grossrätin der GLP. Keller galt als Aussenseiterin. Sie drohte, zwischen den beiden politischen Blöcken zerrieben zu werden. «Ihre Wahl wäre allerdings eine mittelgrosse Überraschung», schrieb die «bz Basel» trocken.⁹

Regierungspräsidentin wird abgewählt

Die «mittelgrosse Überraschung» erlebten im ersten Wahlgang dann andere. Zum Beispiel Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann, die sogar von Esther Keller überholt wurde und nur gerade den neunten Platz erreichte – was selbst dem «Blick» eine Schlagzeile wert war.¹⁰ Eher überraschend war auch die deutliche Wahl von Lukas Engelberger. Der Gesundheitsdirektor fuhr das zweitbeste Wahlresultat ein und wurde damit für sein Management der Corona-Krise belohnt. Weniger überraschend war, dass Tanja Soland die meisten Stimmen holte und dass auch Conradin Cramer und Beat Jans im ersten Wahlgang locker gewählt wurden. Für die dritte «mittelgrosse Überraschung» sorgte Newcomerin Stephanie Eymann: Ihr fehlten zur Wahl nur gerade 79 Stimmen. Und das, obwohl sie den Schlussspurt des Wahlkampfs inklusive Wahltag in Quarantäne verbrachte, weil sie mit Coronapatienten Kontakt hatte.

⁸ BaZ, 15.09.2020, S. 19: «Der etwas andere Regierungskandidat».

⁹ bz Basel, 24.10.2020, «Neustart bei Telebasel».

¹⁰ Blick, 26.10.2020, «In Basel wankt Rot-Grün».

Grünen-Präsident Harald Friedl sprach von einer «Enttäuschung» und einem «Schock». Auch Elisabeth Ackermann erklärte, ein so schlechtes Resultat habe sie nicht erwartet, liess am Wahlsonntag aber auch verlauten, dass sie trotzdem zum zweiten Wahlgang antreten wolle. Ihre Partei und die Bündnispartnerin SP stärkten ihr den Rücken. Doch nachdem sie einmal darüber geschlafen hatte, machte Ackermann am Montag einen Rückzieher, informierte ihre Partei, dass sie für den zweiten Wahlgang nicht zur Verfügung stehe, und brachte Rot-Grün damit in Zugzwang. Denn bis um 12 Uhr am Dienstag nach dem Wahlsonntag müssen die Parteien bei der Staatskanzlei die Namen der Kandidierenden für den zweiten Wahlgang melden.

Es folgen hektische Stunden für SP und Grüne. Die SP will den Sitz dem Grünen Bündnis überlassen und nicht selbst in die Bresche springen. Die Grünen haben jedoch keine Frau, die in die Fusstapfen von Elisabeth Ackermann treten könnte. Mit Thomas Grossenbacher und Michael Wüthrich können die Grünen zwar zwei erfahrene Politiker vorweisen, die in der internen Ausmarchung vier Jahre vorher Elisabeth Ackermann nur knapp unterlegen waren, aber SP und Bündnispartnerin Basta machen klar: Es muss eine Frau aufs Ticket. Für die Basta aus Prinzip, die SP will ihren eigenen Kandidaten Kaspar Sutter nicht gefährden.¹¹ Während SP und Grüne noch diskutieren, schafft die Basta über die Medien schon mal Fakten: Heidi Mück erklärt sich bereit, im zweiten Wahlgang anzutreten, wenn Grüne und SP sie unterstützen. Am Montagabend findet die Parteiversammlung der Grünen statt. Sie beschliessen knapp, mit einer eigenen Kandidatur im zweiten Wahlgang anzutreten. Doch Grossenbacher und Wüthrich ziehen sich zurück: Nahezu alle Frauen hatten gegen eine Männerkandidatur gestimmt. So stimmen die Grünen zähneknirschend der Kandidatur von Heidi Mück zu und nehmen damit in Kauf, dass die Bündnispartnerin Basta ihnen nach dem Nationalratssitz auch den Sitz in der Regierung abjagt.

Heidi Mück bleibt sich treu

Doch die Gefahr ist hypothetisch. Heidi Mück bleibt sich in den folgenden Tagen treu und präsentiert sich als Links-aussen-Politikerin. Sie verheddert sich in Aussagen über eine mögliche Verstaatlichung der Pharmaindustrie, distanziert sich nicht rechtzeitig von einer Organisation, die Produkte aus Israel boykottiert, und teilt im Interview mit Bajour treuherzig mit, dass sie sich nicht für das Justiz- und Sicherheitsdepartement eigne, weil sie ein «schwieriges Verhältnis» zur Polizei habe.¹² Daraufhin distanzieren sich prominente Linke von ihr: Alt-SP-Präsident Roland Stark und Grünen-Urgestein Markus Ritter empfehlen, statt Heidi Mück und Baschi Dürr lieber Esther Keller und Stephanie Eymann zu wählen. Es kommt, mit anderen Worten, Bewegung in den zweiten Wahlgang.

Weil SVP-Kandidat Stefan Suter sich zurückzieht und Eric Weber von der Rechtsaussenpartei Volksaktion keine Wahlchancen hat, kämpfen im zweiten Wahlgang de facto fünf Kandidatinnen und Kandidaten um drei Sitze: Baschi Dürr (FDP, bisher) und Stephanie Eymann (LDP) auf der bürgerlichen Seite, Kaspar Sutter (SP) und Heidi Mück (GB) auf der linken Seite und dazwischen Esther Keller von der GLP – die immer noch zwischen den Blöcken zerrieben zu werden droht. Um der linken Seite etwas Rückenwind zu geben, kandidiert der bereits gewählte Beat Jans gegen Esther Keller und Stephanie Eymann für das Regierungspräsidium. Bei einer Wahl will er das Amt für Umwelt und Energie vom Departement für Wirtschaft und Soziales ins Präsidialdepartement zügeln und Basel zur Klimahauptstadt der Schweiz machen.

Basel tickt doch anders

Es kommt der Tag der Wahl – und das Resultat ist mehr als eine mittelgrosse Überraschung: Polizeidirektor Baschi Dürr wird nach acht Jahren im Amt deutlich abgewählt; in der Endabrechnung fehlen ihm 1'504 Stimmen auf Esther Keller. Als erste Schweizer GLP-Politikerin überhaupt schafft sie den Sprung in die Exekutive und nimmt Einsitz im Basler Regierungsrat.

¹¹ bz Basel, 31.10.2020, «Dünnes Bündnis».

¹² Bajour, bajour.ch, 16.11.2020, «Ich habe wahnsinnigen Respekt für die Polizei».

Schon eher erwartungsgemäss werden Stephanie Eymann und Kaspar Sutter gewählt. Heidi Mück hat keine Chance.

In der Bewertung des Resultats sind sich die Basler Politikerinnen und Politiker nicht einig. Der zurücktretende SP-Regierungsrat Hans-Peter Wessels findet, mit dem Einzug der GLP sei die rot-grüne Mehrheit verteidigt worden. In den Augen von Grünen-Präsident Harald Friedl ist eine Regierung ohne Grüne definitiv nicht rot-grün. Sicher ist: Nach sechzehn Jahren rot-grüner Dominanz lautet die neue Formel der Basler Regierung 3 + 1 + 3. Die Grünliberale Esther Keller wird künftig, wie ihre Partei im Grossen Rat, das Zünglein an der Waage spielen. In ökologischen Fragen dürfte Basel deshalb weiter grün politisieren, in Wirtschaftsfragen dagegen liberal. Am Ende tickt Basel vielleicht doch anders.

Über den Autor

Dr. Matthias Zehnder ist Publizist und Medienwissenschaftler in Basel. Er hat als Chefredaktor verschiedene Zeitungen geführt und beobachtet die Basler Politik seit vielen Jahren. www.matthiaszehnder.ch.

Basel Stadt Land Region

Was wäre wenn?

Parteien im Suchmodus Während bei der Basler Linken für die kommenden Regierungsratswahlen die Kandidaten feststehen, ist bei den Bürgerlichen noch alles offen. Verschiedene Konstellationen wären möglich – ein paar Gedankenspiele.

Alessandra Paone

Seit drei Wochen stehen die Regierungskandidaten der SP fest. Neben der bisherigen Finanzdirektorin Tanja Soland werden am 25. Oktober Nationalrat Beat Jans und Grossrat Kaspar Sutter um die Sitze der beiden abtretenden Regierungsräte Hans-Peter Wessels und Christoph Brutschin kämpfen.

Die Grünen haben schon seit längerem bekannt gegeben, dass sie erneut mit Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann antreten werden. Bei Basels Starker Alternative (Basta) dauerte der Entscheidungsprozess etwas länger. Angestrengt suchte die Partei nach einer Möglichkeit, ihre Idee einer Co-Kandidatur in die Tat umzusetzen, scheiterte aber an rechtlichen Hürden, sodass sie am Ende entschied, gar nicht zu kandidieren.

Links von der Mitte ist also alles klar. Und rechts? Bisher ist nur sicher, dass die drei amtierenden Regierungsräte Baschi Dürr (FDP), Lukas Engelberger (CVP) und Conradin Cramer (LDP) für eine weitere Legislatur zur Verfügung stehen. Es ist aber noch vollkommen offen, wer bei den Bürgerlichen versuchen soll, einen der beiden frei werdenden Sitze zu ergattern und somit die rot-grüne Mehrheit im Stadtkanton zu knacken. Eine gemeinsame Strategie ist nicht erkennbar. Jede Partei, so scheint es, tüfelt hinter verschlossener Tür an einer eigenen Lösung. Diese Ungewissheit schafft Unruhe. Wie «Prime News» berichtete, verlangen die Basler Wirtschaftsverbände, dass die Bürgerlichen bis Ende Monat mitteilen, mit wem sie ins Rennen steigen und wie die Eckpunkte ihrer Kampagne aussehen.

Je grösser die Unsicherheit, desto mehr Spekulationen gibt es. Immerhin wären verschiedene Konstellationen möglich. Welche könnten infrage kommen, und was hätten sie zur Folge? Ein paar Gedankenspiele:

— Mit oder ohne SVP

Schon sehr früh hat die SVP angekündigt, eine Kandidatin oder einen Kandidaten aufstellen zu wollen. Und zwar unabhängig davon, ob man sich mit den anderen bürgerlichen Parteien auf ein gemeinsames Ticket einigt. Sie ist mit 15 Sitzen die zweitstärkste Kraft im Grossen Rat und im Unterschied zur LDP, die gleich viele Parlamentsmandate innehat, und der FDP und der CVP, die weniger haben, nicht im Regierungsrat vertreten. Das soll



Wer sich wohl zu Lukas Engelberger, Conradin Cramer und Baschi Dürr (v. l.) gesellen wird? Foto: Lucia Hunziker/Montage: BaZ

sich ändern. 2016 versuchte die SVP ihr Glück mit dem früheren Parteipräsidenten Lorenz Nägelin. Zusammen mit Baschi Dürr, Lukas Engelberger und Conradin Cramer gehörte er zur bürgerlichen «Boygroup», die den ganzen Sommer von Anlass zu Anlass tingelte und sich auch einmal in Badehose präsentierte. Die Oben-ohne-Strategie erwies sich für Nägelin aber als Flop; der Rettungssanitäter landete auf dem letzten Platz.

Seither sind vier Jahre vergangen, und die SVP hat es verpasst, einen Regierungsratskandidaten aufzubauen – sie war zu sehr mit internen Schlammschlachten beschäftigt. Seit Monaten sucht sie nach der richtigen Person. Am besten eine Frau und mehrheitsfähig, so wünschen es die allfälligen Bündnispartner. Nachdem der Ex-Novartis-Kadermann Pascal Brenneisen ein für alle Mal von der Kandidatenliste gestrichen worden ist und Grossrat Joël Thüring seine Ambitionen auch zurückgestellt hat, ist von den oft genannten Namen nur einer übrig geblieben: Gianna Hablützel. Und ein weiterer, von dem bisher nie die Rede gewesen war, ist

hinzugekommen: Stefan Suter.

Mit der Spitzenfechterin und dem Rechtsanwalt ohne Parteibüchlein will die SVP in die Verhandlungen mit den anderen bürgerlichen Parteien gehen. Ob es zu einer Einigung kommt?

Schwierig. Gianna Hablützel ist zwar eine Frau, aber kaum mehrheitsfähig. Gemäss einer Smartvote-Analyse gilt die Riehener Grossrätin als rechtskonservativstes Parlamentsmitglied. Im Ständeratswahlkampf 2019 kamen ihre extremen Ansichten vor allem in Bezug auf Migrations- und Gesellschaftspolitik stark zum Vorschein – so stark, dass die liberale Kandidatin, Patricia von Falkenstein, neben ihr glatt als Linke hätte durchgehen können. Suter, der sich seit Jahren humanitär in den Entwicklungsländern engagiert, dürfte gemässiger sein als Hablützel, ist aber ein politischer Quereinsteiger – und ein Mann.

Weder Hablützel noch Suter haben reelle Chancen auf einen Sitzgewinn. Das ist den anderen bürgerlichen Parteien wohl bewusst. Ausserdem ist die Beziehung zur SVP nicht so gut, dass man sich nur um der Freundschaft willen auf einen der beiden Namen einigen könnte. Ein Sololauf der SVP wäre demnach durchaus denkbar.

— Joker Stephanie Eymann

Die SVP könnte einem Alleingang aber ausweichen, wenn sie sich auf ein Fünfticket einlässt. Auf diesem würde neben den drei Bisherigen und einem SVP-Kandidaten noch eine Vertreterin aus dem bürgerlichen Spektrum stehen: zum Beispiel Stephanie Eymann. Die Chefin der Baselbieter Verkehrspolizei hat bisher für die FDP im Kanton Baselland politisiert. Im Januar wurde bekannt, dass sie für die LDP in den

Grossen Rat will, und seit neuestem wird sie auch als Regierungskandidatin gehandelt.

Die 40-Jährige hätte das Potenzial, den Basler Regierungswahlkampf auf den Kopf zu stellen.



Stephanie Eymann hat das Potenzial, den Wahlkampf auf den Kopf zu stellen. Foto: PD

Neben ihrem Namen – sie ist die Tochter des früheren Grossrats Felix Eymann und die Nichte des Nationalrats Christoph Eymann – hat sie vor allem beruflich einen guten Leistungsausweis: Vor ihrer Anstellung bei der Polizei war sie Staatsanwältin; seit 2009 ist sie Lehrbeauftragte für Strafrecht an der Juristischen Fakultät der Universität Basel. Eymann war Gemeinderätin in Eptingen und kandidierte sowohl für den Landrat als auch für den Nationalrat.

Eymanns Kandidatur wäre vor allem für die Liberalen von Vorteil. Sie hätten mit ihr gute Chancen, einen zweiten Regierungssitz zu holen. Allerdings könnte die Polizeichefin und Juristin den freisinnigen Sicherheitsdirektor Baschi Dürr gefährden. Wegen ihres beruflichen Profils, aber

auch, weil er von den aktuellen Regierungsräten derjenige ist, der sich am meisten um seine Wiederwahl sorgen muss. Immer wieder gerät seine Polizei in die Schlagzeilen, zuletzt wegen der Party in der Steinvorstadt am vergangenen Wochenende. Vor vier Jahren schaffte er die Wiederwahl nur knapp. Aus Parteikreisen ist zu hören, dass die Freisinnigen bereit wären, Stephanie Eymann als Kandidatin zu unterstützen – im Vierer- oder Fünfticket, sofern sie sich für das Regierungspräsidium zur Verfügung stellt. Damit würde der Fokus von Baschi Dürr auf Elisabeth Ackermann verschoben. Doch ist Eymann tatsächlich an einem Departement interessiert, das viele, vor allem Bürgerliche, für überflüssig halten?

Falls nicht, würde sich wohl die FDP die Möglichkeit vorbehalten, neben den Bisherigen selber eine Regierungskandidatin vorzuschlagen, die auch für das Präsidium kandidiert. Die LDP habe als stärkste bürgerliche Partei zwar das Vorrecht, heisst es aus FDP-Kreisen. Wenn sie aber nicht zu Kompromissen bereit sei, öffne sich der Fächer auch für andere. Bei den Freisinnigen könnte dies etwa Nadine Gautschi sein, die im letzten Herbst bereits für die Nachfolge der früheren Finanzdirektorin Eva Herzog kandidiert hat.

— Ein Bündnis mit der GLP

Nach dem Erfolg bei den Nationalratswahlen mit der unerwarteten Wahl von Katja Christ haben die Grünliberalen schon sehr früh ihr Interesse für den Regierungsrat angemeldet. Seit Donnerstag ist nun bekannt, dass sie mit der Grossrätin Esther Keller antreten werden – mit der Absicht, das Präsidialdepartement zu übernehmen. Keller ist als frühere

Mediensprecherin von Novartis und Kommunikationsberaterin wirtschaftlich gut vernetzt. Mit ihr im Boot wäre für die Bürgerlichen ein vierter Sitz möglich gewesen. Die GLP hat denn auch das Gespräch gesucht, erhielt aber schon bald das Signal, dass eine Zusammenarbeit nicht infrage kommt. Den Bürgerlichen sind die Grünliberalen in manchen Bereichen zu links. Abgesehen davon seien sie in Basel irrelevant. Und das soll auch so bleiben. Ein Wahlbündnis mit der GLP würde der Kleinpartei freien Zugang zur bürgerlichen Wähler-



Die Grünliberale Grossrätin Esther Keller tritt ohne Bündnispartner an. Foto: Nico Schmied

schaft verschaffen – daran haben vor allem die FDP und die CVP, die beide mit schwindenden Wähleranteilen zu kämpfen haben, keinerlei Interesse.

Doch ob es schlau ist, die GLP derart demonstrativ kleinzureden? Denn sollte Esther Keller die Überraschung tatsächlich gelingen, würde dies nicht unbedingt die Abwahl von Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann bedeuten. Es könnte auch FDP-Mann Baschi Dürr treffen.



Die SVP geht mit der Grossrätin Gianna Hablützel und dem Rechtsanwalt Stefan Suter in die Verhandlungen. Fotos: Keystone

Basel Stadt Land Region

«Dürr steht kurz vor der Abwahl»

Joël Thüring zur Basler Politszene Was stimmt nicht mit der Basler SVP? Joël Thüring, Grossrat und Strategie, spricht über die Probleme seiner Partei, den bürgerlichen Kampf um die Regierungssitze und seine eigenen Ambitionen.

Sebastian Briellmann und
Alessandra Paone

Herr Thüring, warum sind Sie immer noch bei der SVP?
Weil ich in vielen Fragen die Meinung der SVP teile.

In Basel-Stadt hat die Partei einen schweren Stand. Wäre da die LDP nicht eine Alternative? Bürgerlich, aber beliebt und erfolgreich.
Die LDP ist eine Basler Spezialität ohne nationale Bedeutung. Ihr fehlt ein griffiges Profil, auch auf kantonaler Ebene, was ihr zurzeit aber zu helfen scheint. Mir ist aber auch die nationale Politik wichtig. Und hier kommt für mich nur die SVP infrage. Die FDP ist mir in manchen Bereichen zu wenig bürgerlich. Schlimmer noch: Sie verkommt immer mehr zu einer linken Partei. Ihre wirtschaftsfeindliche Klimapolitik, mit der sie die eigenen Wähler vor den Kopf stösst, ist ein klares Indiz dafür. Zudem plädiere ich in der Europafrage klar für die Unabhängigkeit.

Viele gut ausgebildete junge Leute treten in der Schweiz der SVP bei. In Basel-Stadt weniger. Sie befürchten Konsequenzen im Beruf, im sozialen Leben. Der Ruf ist schlecht.
In einer Stadt strebt ein Bürgerlicher nicht unbedingt eine SVP-Mitgliedschaft an. Das ist nicht ein spezifisches Problem der Basler SVP. In Bern sieht die Situation ähnlich aus. Je linker die Stadt, je schwerer der Stand. Der gesellschaftliche Druck spielt dabei eine entscheidende Rolle. Es gibt Leute, die zwar Parteimitglieder sind, sich aber nicht exponieren möchten, weil sie zum Beispiel ein Geschäft führen.

Die Basler SVP hat ein weiteres Problem: viele Skandale, ständige interne Streitereien und «Amok»-Mitglieder.
In jeder Partei kommt es zu Streitereien. Bei uns gehen die internen Auseinandersetzungen einfach schneller an die Öffentlichkeit. Seit anderthalb Jahren herrscht aber Ruhe. Wir haben mit Edi Rutschmann einen sehr guten Präsidenten. Er kommt bei unserer Wählerschaft gut an und versteht es, Leute für Ämter zu motivieren. Ausserdem haben wir in der Partei einen guten Mix aus alten Schlachtrossen, die es unbedingt braucht, und jungen, engagierten, gut ausgebildeten Mitgliedern, wie dem Fraktionschef im Grossen Rat, Pascal Messerli, oder der Präsidentin der Jungen SVP, Laetitia Block.

Bürgerliches Ticket ohne SVP

Am Ende sind die Verhandlungen zwischen der LDP, der FDP, der CVP und der SVP gescheitert. Die drei traditionellen bürgerlichen Parteien haben sich auf ein Viererticket mit zwei LDP-Kandidaten und ohne SVP geeinigt. Der Beschluss fiel im stillen Kämmerlein: Die SVP erfuhr von ihrem Ausschluss aus der Zeitung. Der Ärger und die Enttäuschung waren derart gross, dass die SVP sofort in den Angriffsmodus wechselte.



Für Joël Thüring steht fest: Die Ausgangslage für die SVP war noch nie so gut wie jetzt. Foto: Dominik Plüss

Die Parteileitung hat es aber verpasst, nach 2016 jemanden für das Regierungsamt aufzubauen – und präsentiert stattdessen im letzten Moment eine Verlegenheitslösung.
Keine bürgerliche Partei schafft es, jemanden für ein Amt aufzubauen. Als Eva Herzog ihren Rücktritt bekannt gab, stand am Tag darauf niemand bereit, der hätte kandidieren können. Erst nach langer Suche stellte die FDP Nadine Gautschi auf. Dasselbe gilt im Übrigen für die LDP: Dass im Herbst Wahlen anstehen, ist schon länger bekannt, der Name Stephanie Eymann ist aber erst vor ein paar Wochen aufgetaucht. Weil man vorher gar nicht wusste, dass dieser Name infrage kommen könnte.

Die LDP hat Conradin Cramer über Jahre hinweg aufgebaut.

Nach langem Hin und Her schaffte es die SVP schliesslich, den Anwalt Stefan Suter für eine Kandidatur zu überzeugen. Er greift mit seinem beruflichen Hintergrund den Sitz des freisinnigen Sicherheitsdirektors Baschi Dürr an. Damit ist er nicht der Einzige: Obwohl sich LDP-Politikerin Stephanie Eymann ums Regierungspräsidium bewirbt, könnte sie als Chefin der Baselbieter Polizei und ehemalige Staatsanwältin für Dürr ebenfalls gefährlich werden. (sh/ale)

Die Frage ist doch: Wurde jemand aufgebaut, oder war die Person die einzige, die gerade infrage kam?

Ihrem Parteipräsidenten fehlt es offensichtlich auch an Verhandlungsgeschick: Wie schon bei den Nationalratswahlen 2019, treten LDP, FDP und CVP auch bei den Regierungsratswahlen im Herbst ohne SVP an.
Es lag nicht an uns, dass die Verhandlungen gescheitert sind. Wir wären offen und kompromissbereit gewesen. Hingegen mussten wir aus der Zeitung erfahren, dass ein Viererticket ohne SVP und mit Stephanie Eymann als Kandidatin beschlossen worden war. Das grosse Problem der Bürgerlichen in Basel ist, dass bei strategischen Entscheidungen nicht das gemeinsame Ziel einer bürgerlichen Mehrheit im Zentrum steht. Man lässt sich von Rechenspielen leiten. Vor vier Jahren war die LDP dabei. Damals war die LDP froh um unsere Stimmen, die ihrem neuen Kandidaten Conradin Cramer zur Wahl verholfen haben. Auch Baschi Dürrs Wiederwahl im zweiten Wahlgang ist uns zu verdanken.

Das offizielle Hauptargument für die Absage an die SVP war die verschobene Abstimmung über die Begrenzungsinitiative.
Es hiess immer, dass bei kantonalen Wahlen nationale Themen keine Rolle spielen. Vor vier Jah-

ren war die Durchsetzungsinitiative auch kein Problem für die Zusammenarbeit. Und wäre die Abstimmung über die Begrenzungsinitiative im Mai gewesen, hätte es offenbar auch niemanden gestört. Das Argument ist also vorgeschoben. Genauso wie der Wunsch nach einer Frauenkandidatur. Erstens: Mit Gianna Hablützel-Bürki haben wir ursprünglich eine Frau vorgeschlagen. Zweitens: Wenn den drei bürgerlichen Parteien dieser Punkt so wichtig gewesen wäre, hätte zum Beispiel die FDP ihren Wackelkandidaten Baschi Dürr zugunsten einer Frau zurückziehen können.

Sie sprachen vorhin von Rechenspielen: Die SVP hätte für ein gemeinsames bürgerliches Ziel auf eine eigene Kandidatur verzichten können.
Nur mit der SVP kann dieses Ziel erreicht werden. Es ist eine Frage der Mobilisierung: Ohne einen eigenen Kandidaten gehen die Wähler nicht an die Urne. Zudem sind wir die wählerstärkste Partei, wieso sollten ausgerechnet wir auf eine eigene Kandidatur verzichten? Die SVP hat allein einen Wähleranteil von 15 Prozent, während LDP, FDP und CVP zusammen auf rund 30 Prozent kommen. Dass diese drei Parteien nun Anspruch auf vier Regierungssitze haben sollen – das kann man nicht einmal dem Santiglaus erzählen. Ausserdem verfügt die SVP mit Stefan Suter

«Baschi Dürr führt die Polizei schlecht, greift einmal bei Demos ein und dann wieder nicht.»

über einen äusserst valablen Kandidaten, der weit über die Parteigrenzen hinweg akzeptiert ist. Ich habe bisher nur positive Rückmeldungen erhalten.

Glauben Sie tatsächlich, dass Stefan Suter gewählt werden könnte?
Baschi Dürr steht kurz vor seiner Abwahl. Das tut mir leid, denn er hat sich bisher in der Zusammenarbeit immer am stärksten für die bürgerliche Sache eingesetzt. Leider macht er aber in seinem Amt zu viele Fehler: Er führt die Polizei schlecht, greift einmal bei Demos ein und dann wieder nicht. Bei den Nominationen der bürgerlichen Parteien hat er jeweils schlechter abgeschnitten als die LDP-Kandidatin Stephanie Eymann. Kommt es zu einem zweiten Wahlgang – und das ist bei elf Kandidatinnen und Kandidaten so gut wie sicher – hat Stefan Suter sehr gute Chancen, einen Sitz zu ergattern. Er wäre der perfekte Sicherheitsdirektor.

Wäre Stephanie Eymann als Chefin der Baselbieter Verkehrspolizei und frühere Staatsanwältin nicht geeigneter für diesen Posten?
Ich weiss nicht, ob man Frau Eymann im Basler Polizeikorps kennt. Stefan Suter hingegen vertritt als Anwalt viele Polizisten vor Gericht – er ist auch im Korps sehr beliebt und bringt einen breiten Erfahrungsschatz mit.

Es gibt viele, die Suter für problematisch halten – gerade auch in Anwaltskreisen. Haben Sie keine Angst, dass im Wahlkampf mögliche Leichen ausgegraben werden könnten?
Stefan Suter ist seit 30 Jahren ein bekannter und angesehener Anwalt. Ich höre nur Gutes über ihn – auch aus linken Kreisen.

Dennoch: Suter ist ein politischer Nobody. Sie hingegen haben langjährige Erfahrung, sind ein Strategie, gut vernetzt und werden über die Parteigrenze hinaus geschätzt. Wieso kandidieren Sie nicht?
Für mich stand von Anfang an fest: Ich kandidiere nur auf einem gemeinsamen bürgerlichen Ticket. Aber ich bin eben auch keine Frau.

Haben auch Ihre persönlichen Verfehlungen in der Vergangenheit beigetragen zum Entschluss, nicht zu kandidieren? Auch...

Sie hätten auch hinstehen und sagen können: Ich stehe dazu.
Das stimmt, und ich schliesse eine Kandidatur zu einem späteren Zeitpunkt auch nicht aus. Anders als man mir unterstellt, ist jedoch das Regierungsrats- oder das Nationalratsamt kein definiertes Karriereziel von mir.

Vielleicht haben Sie auch einfach keine Lust, verheizt zu werden. Denn Sie wissen: Als SVP-Kandidat hat man derzeit in Basel keine Chance.
Nein, wie schon gesagt: Die Chancen der SVP waren noch nie so gut wie jetzt. Ausserdem können wir als einzige Partei in Basel eine echte Alternative zum jetzigen Regierungskurs bieten. Wer mit gewissen Entwicklungen unzufrieden ist, muss uns wählen. Es geht dabei zum Beispiel um die Demo-Flut, die dem Gewerbe massiv schadet und auch die Bevölkerung verärgert. Es geht darum, dass die Stadt trotz aller Kampagnen wieder dreckiger ist. Und um die Bildungspolitik: Die Lehrstellen-Berichte zeigen, dass das Bildungsniveau aufgrund qualitativ schlechter Basler Schulen nicht hoch genug ist.

Mit diesen Themen greifen Sie aber vor allem Ihre bürgerlichen Kollegen Baschi Dürr und Conradin Cramer an.
Weil wir allein antreten müssen, greifen wir alle an. Selbstverständlich wäre es uns lieber, wir würden einen Sitz auf Kosten von Rot-Grün machen. Aber sehen Sie: Die illegale Aufnahme eines Asylbewerbers im Jahr 2019 haben auch die drei bürgerlichen Regierungsräte mitgetragen.

Kuschel-Wahlkampf? Von wegen!

Drei Frauen fürs Regierungspräsidium Die aktuelle Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann (Grüne) trifft erstmals auf ihre Herausforderinnen

Joël Hoffmann und
Alessandra Paone

Frau Ackermann, Sie sind seit vier Jahren Regierungspräsidentin. Was würden Sie rückblickend besser machen?
Elisabeth Ackermann: Ich hätte mir zu Amtsbeginn länger Zeit lassen sollen bis zum ersten Interview. Es braucht Zeit, sich einzuarbeiten in die vielen und komplexen Dossiers. Und nach knapp 100 Tagen war ich zu wenig in den Themen drin, konnte noch keine neuen Projekte aufgleisen und präsentieren. Dennoch habe ich im ersten Jahr bereits die Museumsstrategie abgeschlossen. Dazu kamen weitere Projekte. Ich habe von Anfang an Gas gegeben.

Frau Eymann, Frau Keller, was hat Frau Ackermann in den letzten vier Jahren falsch gemacht?
Stephanie Eymann: Bis heute spüre ich vom Präsidialdepartement nicht, wie es zu den anderen Departementen steht. Wohin will man mit dem Präsidium? Wie grenzt man es von den anderen Departementen ab? Ein erster Schritt wäre, dies zu definieren, ein zweiter, konkrete Projekte anzugehen.
Ackermann: Mich erstaunt, dass Sie von Abgrenzung sprechen. Das Amt bedeutet das Gegenteil: Zusammenarbeit. Beispielsweise bei der Kantons- und Stadtentwicklung. Diese funktioniert sehr gut, weil alle Departemente von Anfang an eingebunden sind. Ein Beispiel dafür ist das Smart-City-Lab auf dem Wolf, das sehr innovativ ist. Ich lege Wert auf Zusammenarbeit – das nimmt man von aussen vielleicht zu wenig wahr.
Esther Keller: Der Fokus auf der Zusammenarbeit ist extrem wichtig. Hier liegt noch mehr Potenzial, beispielsweise im Bereich Digitalisierung. Bei der Kommunikation orte ich aber ein Problem. Wir haben hochstehende Kulturinstitutionen mit hoch qualifiziertem Personal und mussten in den letzten vier Jahren dennoch viele negative Schlagzeilen lesen. Wenn man beim Präsidialdepartement schneller und transparenter kommunizieren würde, etwa über Fehlbudgetierungen beim Kunstmuseum, hätte man schneller Lösungen und könnte sich auf das Positive konzentrieren.
Ackermann: Ich möchte darauf hinweisen, dass das Jahr 2019 für die Museen sehr erfolgreich war. Die Rahmenbedingungen für diesen Erfolg haben wir geschaffen. Als wir beim Kunstmuseum gesehen haben, dass zu wenig Geld für den Betrieb des Neubaus vorhanden war, haben wir sofort eine Krediterhöhung in die Wege geleitet und konnten das Museum so stabilisieren.
Keller: Sie bestätigen genau die Diskrepanz. 2019 war zwar erfolgreich für die Museen, aber in der Öffentlichkeit war die Wahrnehmung eine negative – beispielsweise der Konflikt am Historischen Museum.
Ackermann: Das war früher. 2019 war sehr erfolgreich.
Eymann: Für mich fehlt der Gesamtblick. Das Präsidialdepartement ist ein strategisches Departement. Jetzt diskutieren

«Bei der Messe gab es ganz klar parteiliche Verflechtungen. Die GLP hat keine solchen Seilschaften.»

Esther Keller
GLP

wir darüber, dass Ausstellungen gratis sein sollen. Das ist zwar schön, wenn wir uns das leisten können. Aber bringen wir damit mehr Leute ins Museum? Bringen wir Basel dadurch weiter? Kommt dadurch auch nur eine Person mehr nach Basel?
Ackermann: Die Museen haben wir gut aufgestellt. Was wäre denn hierzu Ihr konkreter Verbesserungsvorschlag?
Eymann: Es läuft alles nebeneinander. Man hat eine Museumsstrategie und ein Kulturleitbild, auf das man lange warten musste. Einzelne Sparten gingen dabei vergessen. Es wurde weder die Literatur abgebildet – obwohl wir namhafte Autoren haben –, noch sind die Chöre und Sänger drin. Ich sehe das Präsidialdepartement hingegen als eine Art Projektleitung über alles, wobei man möglichst früh alle Fachleute an den Tisch holen sollte. Ich erwarte vom Präsidium einen möglichst weiten Blick. Die Departementsvorsteherin muss keine Visionärin sein, das wäre auch nicht seriös, aber sie muss dafür sorgen, dass das grosse Know-how in der Stadt gebündelt wird.
Keller: Ich erwarte auch keine Visionen, Ziele aber schon. Man muss definieren, wohin man will. Und Gratischeintritte gibt es im Ausland schon lange, das gehört zum Service public. Darüber müssen wir nicht diskutieren.

Frau Ackermann, Ihnen wird vorgeworfen, keine Ziele gesetzt zu haben.
Ackermann: Das stimmt überhaupt nicht. Mein Ziel ist es, dass wir für die Kulturinstitutionen Bedingungen schaffen, mit denen sie gut funktionieren und erfolgreich sein können. Bei den Museen haben wir Betriebsanalysen gemacht, und 2019 war erfolgreich. Im Bereich Kultur können wir das Stadtcasino eröffnen, und wir haben Proberäume geschaffen – das ist ein Riesenschritt. Den Gratischeintritt haben wir mit dem neuen Museumsgesetz ermöglicht. Das war vorher nicht erlaubt.
Keller: Erst nach der Vernehmlassung haben Sie Gratischeintritte ins Gesetz aufgenommen.
Ackermann: Nein, die waren schon in der Vernehmlassungsvorlage drin. Aber ja, eine Vernehmlassung ist wichtig, weil wir so diverse Akteure zusammenbringen und ihnen mitteilen können, was ein neues Gesetz berücksichtigen soll. Aber es ist unsere Aufgabe, zuerst einen Vorschlag auf den Tisch zu legen.



Die Grünliberale Esther Keller (links) und die Liberale Stephanie Eymann (rechts) greifen das Regierungspräsidium der Grünen Elisabeth Ackermann



Frau Keller, bisher sind Sie mit inhaltslosen Phrasen aufgefallen: ein wenig «Smart City» ein wenig «Digitalisierung». Aber was qualifiziert Sie für den Regierungsrat?
Keller: Klar, ich bin erst seit vier Jahren in der Politik, seit einem Jahr im Grossen Rat. Mich qualifiziert mein beruflicher Hintergrund. Ich habe ein Leben lang in den Bereichen gearbeitet, die das Präsidialdepartement prägen, also in der Kommunikation und der Vernetzung. Ich stehe für Offenheit und Transparenz. Ich würde an meinem ersten Amtstag aus dem repräsentativen Büro im Rathaus ein Sitzungszimmer machen, weil ich nicht dort, sondern bei den Mitarbeitern oder von einem Café aus arbeiten möchte. Das wäre eine zeitgemässe Führungskultur.
Frau Ackermann, reicht das?
Ackermann: Ich war vor Amtsantritt sehr froh um meine politische Erfahrung in Basel. Ich war zehn Jahre im Grossen Rat, Frak-

tionspräsidentin, Grossratspräsidentin und Co-Parteipräsidentin. Dadurch habe ich bereits sehr viele Leute gekannt, war vertraut mit den Abläufen. Das hat mir sehr geholfen. Ich hätte mir mit weniger Erfahrung eine Regierungsratskandidatur nicht vorstellen können.
Eymann: Abläufe und Fachwissen kann man lernen. Aber es geht um die Kompetenzen, die man mitbringt. Ich habe Führungserfahrung in einer Verwaltung. Ich habe einen juristischen Hintergrund, kann mich schnell in verschiedene Dossiers und themenübergreifend eindenken. Natürlich muss auch die Kommunikation gut sein, nicht nur nach aussen. Man ist nicht nur der Grüssaugust.
Aber was sucht jemand mit Ihren Erfahrungen bei der Staatsanwaltschaft und der Polizei im Präsidialdepartement?
Eymann: Die Kompetenzen sind zentral, und das Thema ist sekundär. Bei einer Wahl weiss man



nicht, welches Departement man letztlich leiten muss. Natürlich darf man Präferenzen haben: Das Finanzdepartement wäre dann der Worstcase.
Würden Sie dann sofort zurücktreten?
Eymann: Natürlich nicht. Aber man ist von der Persönlichkeit und der beruflichen Erfahrung her für das eine oder andere Departement prädestinierter.
Keller: Mich fragt man oft, warum ich gegen eine Frau kandidiere. Aber das tue ich nicht. Sieben Sitze werden vergeben und fünf Frauen kandidieren. Es wäre ja möglich, dass am Schluss fünf Frauen in der Regierung sitzen.
Sie alle kämpfen um das Präsidialdepartement.
Keller: Ich kandidiere gegen Regierungspräsidentin Ackermann, aber nicht gegen Regierungsrätin Ackermann.
Frau Eymann, es kann sein, dass Sie anstelle von

«Aber gewisse Dinge, Frau Keller, sind an Ihrer Haltung schon zu hinterfragen.»

Elisabeth Ackermann
Grüne

Stephanie Eymann (LDP) und Esther Keller (GLP). Eine Debatte über Fehlleistungen, Qualifikationen und Lebensqualität.



(Mitte) an. Fotos: Dominik Plüss



«Ich will ja nicht velofeindlich sein. Aber Rot-Grün ist einfach militant einseitig.»

Stephanie Eymann
LDP

reduzieren, erreichen wir dank der Förderung des Langsamverkehrs, und das ist wichtig für die Bevölkerung.

Keller: Bevölkerungsbefragungen zeigen zudem, dass den Menschen die Velowege immer noch zu wenig ausgebaut sind. Da müssen wir vorwärtsmachen.
Eymann: Ich will ja nicht velofeindlich sein. Es gibt aber auch Betriebe, die aufs Auto angewiesen sind. Mir fehlt das Einende. Rot-Grün ist einfach militant einseitig.

Keller: Ich sehe Frau Eymanns Problem nicht. Die Umfragen zeigen klar, dass die Bevölkerung bessere Velowege möchte.

Eymann: Ich habe nichts gegen Velowege, wehre mich aber gegen Vergraulungsmassnahmen für Autofahrer wie etwa Dosieranlagen. Die Verkehrspolitik ist in Basel nicht ganzheitlich – nur das Velo steht im Zentrum.
Keller: Das stimmt doch nicht. Schauen Sie aus dem Fenster. Wir sind hier am Aeschenplatz!
Eymann: Ich bin gestern mit all den Kamikaze-Velofahrern über den Aeschenplatz gefahren.

Ackermann: Sie sagten vorher, wir dürfen die Wirtschaft nicht vernachlässigen. Das tun wir nicht. Basel war und ist wirtschaftlich sehr erfolgreich.
Eymann: Aber pflegen wir die Betriebe auch genug? Nehmen wir die Anwesenheit der grossen Pharmafirmen als gottgegeben an? Oder kümmern wir uns auch um sie?

Was lässt Sie daran zweifeln, dass dies getan wird?

Ackermann: Frau Eymann, wir treffen uns regelmässig mit diesen Firmen, und sie sind sehr zufrieden, weil ihre Mitarbeiter hier sehr glücklich sind mit der hohen Lebensqualität. Daran arbeiten wir weiter.
Eymann: Den letzten Satz wollte ich hören.
Keller: Man darf sich nicht darauf ausruhen. Und wenn ich etwa an die Messe denke, dann ist klar, dass sich die Stadt ein Stück weit neu erfinden muss. Wir sind keine Messestadt mehr und müssen darum eine neue Marke schaffen.

Das Konkordanzsystem in der Schweiz zielt darauf ab, dass in einer Regierung alle starken Kräfte vertreten sind. Die GLP gehört nicht dazu.

Keller: Das ist so; Regierungsratswahlen sind aber vor allem Persönlichkeitswahlen. Wichtig sind die Ziele, für die ich einstehe. Und ob der Wähler mir als

Kandidatin Kompetenzen zuspricht und mir zutraut, dass ich diese Stadt, diesen Kanton voranbringen kann – in einer Zeit, in der Dynamik nötig ist. Die Grünliberalen konnten im letzten Herbst einen massgeblichen Erfolg erzielen, nicht zuletzt dank der grünen Welle, die weiterhin eine Rolle spielen wird: Das erlangte ökologische Bewusstsein wird bleiben.

Die GLP ist eine Modepartei, reitet ein bisschen auf der grünen Welle mit und gibt sich gleichzeitig liberal.

Keller: Genau diese Verbindung braucht es doch, um Lösungen für die verschiedenen Probleme zu finden. Eine Stärke der GLP ist zudem ihre Unabhängigkeit. Es gibt genügend Seilschaften in dieser Stadt, die nicht nur gut sind.

Welche Seilschaften meinen Sie?

Keller: Bei der Messe gab es ganz klar parteiliche Verflechtungen.

Sie sprechen die LDP an?

Keller: Ja. Diese Verflechtung war kein Vorteil. Die GLP hat keine solche Seilschaften, kann freier und unvoreingenommen Dinge hinterfragen. Gerade auch beim Präsidialdepartement, das jahrelang in grüner Hand war.

Frau Eymann, ist die LDP eine Filzpartei?

Eymann: Ich nehme diese Vorwürfe alle zur Kenntnis – auch jene gegen meine Person und den sogenannten Eymann-Clan. Jede Partei hat ihre Geschichte. Aber zum Thema Persönlichkeitswahlen: Als Regierungsrat ist man auf eine starke Fraktion und auf Bündnisse im Grossen Rat angewiesen. Das könnte für die GLP eine Herausforderung sein.

Sie haben lange im Baselbiet gelebt und waren dort auch politisch aktiv. In Basel kennt man vor allem Ihren Namen. Reicht das, um gewählt zu werden?

Eymann: Ich bin ja nicht nur in Basel geboren, ich habe hier auch meine Ausbildung gemacht und war in der Stadt beruflich tätig. Ausserdem habe ich nicht in Uri oder im Tessin gelebt, sondern im Nachbarkanton. Es ist keine Rückkehr nach einer Auswanderung. Obwohl ich nie in Basel politisch tätig war, kenne ich das politische Geschehen sehr gut; ich spüre den Puls. Mag sein, dass ich mit kleinen Schritten hätte anfangen sollen, aber Politik kann man nicht planen, man muss die Chance packen, wenn sie sich ergibt.

Frau Ackermann, Sie werden nicht nur inhaltlich angegriffen. Man kritisiert auch Ihre Reden, Ihre Kleidung. Wie ist das für Sie?

Ackermann: Vor allem zu Beginn war die Kritik teilweise unfair, sehr polemisch und auch frauenfeindlich. Ich habe versucht, herauszufinden, wo ich zu Recht kritisiert wurde, und dann daran gearbeitet.

Eymann: Kritik und unangenehme Medienberichte gehören dazu. Wichtig ist, dass man professionell und nicht emotional

darauf reagiert. Ich kann aber gut verstehen, dass Kritik einen stark treffen kann, vor allem, wenn sie ungefiltert daherkommt.

Keller: Kritik gehört dazu. In einer solchen Funktion besteht das Risiko, dass man in einer Blase lebt und sich nur mit Leuten umgibt, die einem auf die Schulter klopfen. Wichtig ist, dass man sich unter die Menschen mischt und gut hinhört.

Was hat sich in Basel verbessert, seit Sie Regierungspräsidentin sind?

Ackermann: Die Lebensqualität ist massiv besser geworden. Im Kulturbereich hat sich die Situation stabilisiert: Das unglaublich reichhaltige Kulturangebot wird auch von aussen wahrgenommen und geschätzt.

Eymann: Es ist gewagt, zu sagen, die Stadt sei in den letzten vier Jahren lebenswerter geworden. Ihre Aussage ist mit Schlagwörtern untermauert; ist sie aber auch messbar?
Ackermann: Die Bevölkerungsumfragen bestätigen meine Aussage.

In welchen Bereichen sehen Sie am meisten Verbesserungspotenzial?

Keller: Die dringendste Aufgabe ist die Stadtentwicklung. Die letzten Monate haben gezeigt, dass in der Stadt einiges verändert werden muss. Dazu gehört sicher die Steigerung der Lebensqualität: In den grossen Transformationsarealen müssen neue Wohn- und Lebensräume geschaffen werden; in den Quartieren sollen Co-Working-Spaces entstehen, aber auch Gemeinschaftswohnungen. Die Zahl der Einzelhaushalte ist immer noch sehr hoch.

Ackermann: Damit bin ich einverstanden. Die Planung der Transformationsareale läuft bereits.
Eymann: Auch ich sehe bei der Stadtentwicklung am meisten Potenzial. Gibt es eine Strategie, die über die Planung der einzelnen Areale hinausgeht? Es gibt Zahlen und Hochrechnungen, wie die Bevölkerung wachsen wird: Man rechnet mit 20'000 mehr Menschen bis 2035. Wie gehen wir damit um? Hier wäre eine weitsichtige Planung angezeigt.

Ackermann: Genau das tun wir: Wir planen die Areale nicht einzeln, sondern ganzheitlich und setzen Schwerpunkte. Zum Beispiel auf dem Wolf, wo wir ein smartes Quartier planen. Da sehr viele Leute in die Stadt ziehen möchten, was wiederum ein Zeichen für die hohe Lebensqualität ist, müssen wir den Wohnungsbau vorantreiben.
Eymann: Eine gute Durchmischung ist ebenfalls wichtig. Wir können nicht nur über Genossenschaftswohnungen sprechen, sondern müssen auch schauen, dass wir gut situierte Leute in die Stadt bringen.

Ackermann: Unser Ziel ist, in den Quartieren einen guten Mix zu erreichen. Das haben wir so in den Zonenplänen festgehalten.

Frau Keller, wo wollen Sie als Grünliberale Stimmen holen? Eher im linken oder im rechten Lager?

Keller: Der Vorteil ist tatsächlich, dass man in der Mitte für beide Seiten wählbar ist.

Stimmen wir doch gleich ab: Frau Ackermann, Frau Eymann, ist Frau Keller für Sie wählbar?

Ackermann: Sie kennen das Wahlgeheimnis? Aber ja, natürlich ist sie wählbar.

Eymann: Eine schwierige Frage, wenn man selber kandidiert. Ich enthalte mich.

Keller: Für mich sind die beiden Damen wählbar.

Ackermann: Aber gewisse Dinge, Frau Keller, sind an Ihrer Haltung schon zu hinterfragen. Sie möchten einerseits investieren und unterschreiben gleichzeitig einen Vorstoss zum Einfrieren des Budgets. Mich würde interessieren, wo Sie denn sparen möchten?

Keller: Es ist Aufgabe der Regierung, zu prüfen, wo Ressourcen vorhanden sind, wo Synergien geschaffen werden können und welche Stellen man nicht mehr braucht. Ich sehe nicht in die Verwaltung hinein.

Ackermann: Sie kandidieren jetzt für die Regierung: Da müssen Sie doch eine Vorstellung haben.

Keller: Man muss sicher zuerst eine Analyse machen...

Ackermann: ... gut, Sie wissen also auch nicht, wo gespart werden kann.

Keller: Man muss schauen, wo man Prioritäten setzen kann.

Ackermann: Das machen wir schon lange.

Frau Keller, bitte konkret: Wo würden Sie sparen?

Keller: Das Budget einfrieren bedeutet nicht sparen. Es ging nur darum, zu verhindern, dass jedes Jahr noch mehr ausgegeben wird.

Können Sie denn garantieren, dass mit Ihnen als Vorsteherin des Präsidialdepartements nicht mehr Geld ausgegeben wird?

Keller: Es sind Ressourcen vorhanden, um arbeiten zu können. Die Frage ist nur, wo konzentriert man diese, wo setzt man Prioritäten. Ich glaube aber nicht, dass zu viel ausgegeben wird. Das Kulturbudget scheint, pro Kopf gerechnet, hoch, ist, gemessen an den Gesamtausgaben, aber auf dem Niveau von Biel.

Wie bitte?

Keller: Ich komme weder mit dem Sparanspruch, noch will ich mehr ausgeben.

Zum Schluss etwas ganz anderes: Was ist Basel für Sie?

Keller: Eine Stadt, in der man sich begegnet, sich gerne aufhält und die eine Wirkung weit über die Schweiz hinaus hat.

Eymann: Dank ihrer Position im Dreiland prägen verschiedene Kulturen die Stadt Basel, die nicht nur nebeneinander, sondern auch miteinander funktionieren.

Ackermann: Eine offene Stadt, die sich nachhaltig entwickelt, mit einer gemischten Bevölkerung und einem einzigartigen Kulturangebot.

Die Geldtöpfe der Basler Parteien

Spenden oder Parteivermögen: So finanzieren Regierungratskandidierende ihren Wahlkampf.

Silvana Schreier

Bereits hängen die Plakate in der Basler Innenstadt. Flyer werden bei Anlässen und an Standaktionen verteilt. Parteiinserate erscheinen in Zeitungen. Kandidierende werben mit eigener Website. Der Wahlkampf rund um die Regierungswahlen vom 25. Oktober wird von nun an Woche zu Woche sichtbarer. Nur selten ans Licht kommen dabei die Geldsummen, die für die Wahlkampagnen ausgegeben werden.

GLP-Regierungratskandidatin Esther Keller bietet dem Stimmvolk nun eine ungewohnte Transparenz an. Auf Twitter veröffentlicht die Grossrätin, wie sie ihren Wahlkampf finanziert und woher das Geld stammt. Mit 25 000 Franken wird der grösste Teil von der Partei getragen. Diese Summe besteht laut Keller aus Mitgliederbeiträgen, Mandatsabgaben und kleineren Spenden. Sie selbst steuert 10 000 Franken bei. Weiter erhält sie 15 000 Franken vom Unternehmer Anthony Vischer, 9500 Franken von Rudolph Schiesser, dem Verwaltungsratspräsidenten des Hotels Trois Rois, sowie zwei weitere Beiträge von rund 5000 Franken von Privaten. «Viele Baslerinnen und Basler sind sich nicht bewusst, wie viel ein Wahlkampf kostet. Ich finde es für meine Wählerschaft wichtig, offen darüber zu sprechen», sagt Keller.

Basler SP veröffentlicht Auflistung auf Website

Auch die Basler Sozialdemokraten zeigen sich bei der Aufschlüsselung ihrer Kampagnenfinanzierung präzise: Den diesjährigen Wahlkampf lassen sich die SP und die Grünen 155 000 Franken kosten. Je knapp ein Viertel wird für Printprodukte wie Flyer und für Plakate ausgegeben. Rund zwei Drittel des

Geldes stammt aus der Kasse der Sozialdemokraten. Die Grünen steuern knapp 40 000 Franken bei. Lediglich 3000 Franken des Budgets stammen von Spendern. Den Aufwand für die Grossratswahlen spaltet die SP derweil klar ab: Auch dort schlüsselt die Partei die Ausgaben auf, die sich gesamthaft auf 337 000 Franken belaufen.

Engelberger: «Eine Tradition der Diskretion»

Zugeknöpfter zeigen sich die Bürgerlichen. An der gestrigen Medienkonferenz zum Auftakt des Wahlkampfs verkündete Wahlkampfleiterin und CVP-Grossratskandidatin Tiziana Conti: Das Budget der vier bürgerlichen Kandidierenden belaufe sich auf 180 000 bis 200 000 Franken. «Der grösste Teil davon stammt aus den Parteikassen», so Conti. LDP, CVP und FDP würden pro Kandidat oder Kandidatin einen Beitrag zahlen. Dazu käme ein kleinerer Teil mit Spenden von privaten oder juristischen Personen. Genauer aufschlüsseln will Conti die Beträge jedoch nicht.

Stephanie Eymann, Anwältin der LDP fürs Regierungsratspräsidium, sagt: «Als Kandidatin weiss ich nicht, wer wie viel spendet. So bin ich auch

niemandem etwas schuldig.» Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger (CVP) ergänzt, dass diesbezüglich «eine Tradition der Diskretion» vorherrsche. Vorenthalten würden ihm die Informationskampagnen hingegen nicht.

SVP will keine Zahlen kommunizieren

Deutlich der Transparenz abgeneigt ist derweil die Basler SVP. Regierungratskandidat Stefan Suter sagt auf Anfrage, er selbst gebe privat kein Geld für den Wahlkampf aus. SVP-Grossrat Joël Thüring präzisiert: «Wir kommunizieren keine Zahlen. Klar ist aber, dass wir pro Kopf am wenigsten ausgeben.» So grosse Spenden wie GLP-Kandidatin Esther Keller erhalte die Partei nicht. Weiter sei eine akkurate Aufschlüsselung schwierig, da es ein gemeinsames Budget für Regierungsrats- und Grossratswahlen gebe.

Keller ist mit der Veröffentlichung ihrer Wahlkampffinanzierung vorgeprescht. Und treibt die Transparenz auf eine neue Spitze: Will ein Spender oder eine Spenderin nicht öffentlich genannt werden, würde Keller die Geldsumme nicht annehmen.



Der Wahlkampf wird sichtbar.

Bild: Kenneth Nars (19. August 2020)

Die Bürgerlichen starten in den Wahlkampf

Regierung Die amtierenden Regierungsräte Conradin Cramer (LDP), Baschi Dürr (FDP) und Lukas Engelberger (CVP) sowie Regierungspräsidiums-kandidatin Stephanie Eymann (LDP) präsentierten am Mittwochmorgen ihr Wahlprogramm. Verlässlichkeit, Führung und Erfahrung waren ihre Schlagworte. Besonders die ver-

gangenen Monate während der Coronakrise hätten gezeigt, dass diese Kompetenzen entscheidend seien für die Regierung von Basel-Stadt, so Dürr, der den Medienanlass moderierte.

Die vier Kandidierenden stehen laut eigenen Angaben für dieselben Werte. Es werde eine offene, freiheitliche Gesell-

schaft angestrebt. Engelberger will sich auf die Schaffung von Arbeitsplätzen konzentrieren, Cramer sieht in der Digitalisierung sein Ziel und Eymann strebt eine bessere Führung des Präsidialdepartements an.

Das bürgerliche Quartett zeigt sich bewusst als Einheit – ja gar als Freundesgruppe, die eine gemeinsame Strategie ver-

folgt. Gleichzeitig positionieren sich CVP, LDP und FDP zwar als Bürgerliche, aber mit klaren Abgrenzungen nach links und rechts. Engelberger sagt: «Wir können uns keine Experimente leisten.» Der Angriff auf die rot-grüne Mehrheit in der Basler Regierung ist damit gestartet und der Wahlkampf nimmt Fahrt auf. (sil)

Von «Bonzen-Kandidatinnen» und intransparenten Bürgerlichen

Das sind die Wahlkampfbudgets Die grünliberale Regierungsratsanwärterin Esther Keller veröffentlichte sämtliche Namen ihrer Sponsoren. Das ärgert jene, die traditionsgemäss weniger gerne über Geld sprechen.

Katrin Hauser

Die grünliberale Regierungsratsanwärterin Esther Keller gab unlängst via Twitter die Namen der Personen bekannt, die ihren Wahlkampf mit 1000 Franken oder mehr unterstützen. Fein säuberlich stehen da die Namen von Anthony Vischer, Mitbegründer der Trésor Ag (15'000), Christoph Gloor, Präsident Casino-Gesellschaft (5000), oder auch Rudolph Schiesser, Verwaltungsratspräsident Grand Hotel Le Trois Rois, Grand Casino Basel (9500).

Die Spenden an Esther Keller sind ungewöhnlich hoch für einen kantonalen Wahlkampf, was ihr von SVP-Wahlkampfleiter Joël Thüring just den Spitznamen «Bonzen-Kandidatin» einbrachte. «Im Gegensatz zu Esther Keller haben wir keine Bonzen, die uns den Wahlkampf finanzieren», sagt er. Sein eigenes Budget will Thüring nicht preisgeben, es liege aber «deutlich unter dem von Esther Keller». Auch LDP, CVP und FDP lassen verlauten, sie würden nicht über solche «Grosssponsoren» verfügen.

Keller hat das höchste Budget

Ein Vergleich aller Parteien, die ihre Budgets kommuniziert haben, zeigt, dass die Kandidatin der zweitkleinsten Partei tatsächlich das meiste Geld pro Kandidat für den Regierungswahlkampf hat. «Ich habe aber auch kein Parteisekretariat im Rücken, das mir die Koordination abnimmt», sagt Keller. Ausserdem fliesst in diese Zahlen nicht mit ein, dass sowohl das bürgerliche wie auch das linke Viererticket Geld sparen kann, indem die Kandidaten zusammen auf Plakaten zu sehen sind und an Anlässen teilnehmen.

Womit Keller allerdings noch mehr provoziert als mit der Höhe ihrer Einnahmen, ist die Aussage «Auch das ist zeitgemässe Poli-



Ihr Wahlkampfbudget brachte Esther Keller just den Spitznamen «Bonzen-Kandidatin» ein. Foto: Nicole Pont

tik: Offen über Geld sprechen. Ich mache die Finanzierung meiner Regierungsrats-Kampagne transparent». Denn damit spricht sie ein Thema an, über das man in bürgerlichen Kreisen traditionsgemäss nicht spricht.

«Seitdem Esther Keller ihre Sponsoren offenlegte, werden wir aufgefordert, dasselbe zu tun», sagt Tiziana Conti, Wahlkampfleiterin des bürgerlichen Vierertickets. Zwar haben LDP, CVP und FDP ihr Gesamtbudget für den Regierungsrats-Wahlkampf ebenfalls preisgegeben (180'000–200'000 Franken). Was

Conti aber nicht verraten will, ist, wie viel dieses Betrags genau von Einzelpersonen oder Firmen kommt – geschweige denn, wer diese sind. Sie schreibt lediglich, dass «ein grosser Teil» von den Parteien selbst bezahlt werde.

Bei den Bürgerlichen sei man der Ansicht, «dass jeder, der private Spenden leisten will, dies unter Berücksichtigung der Geheimhaltung ohne Publikation machen kann», sagt Conti. Ähnlich äussert sich Joël Thüring: «Es ist das gute Recht jedes einzelnen Spenders in einer demokratischen Gesellschaft, selbst zu

entscheiden, ob er seine Zuwendungen an Parteien kommunizieren möchte oder nicht».

Schweizweites Problem

Offen zeigt sich hingegen die EVP: «Grundsätzlich sind wir für Transparenz. Im unwahrscheinlichen Fall, dass jemand über 1000 Franken an den Wahlkampf spendet, müssten wir diese Frage noch definitiv klären», sagt Brigitte Gysin, Präsidentin der Basler Sektion. Die SP deklariert Spenden von mehr als 5000 Franken. «In den letzten fünf Jahren gingen bei uns keine Gross-

spenden ein», sagt Parteisekretärin Livia Diem.

Demokratie ist das Schlagwort in der Transparenz-Debatte. Meist wird es nicht von den Gegnern wie Joël Thüring, sondern von den Befürwortern von mehr Transparenz benutzt. So etwa von Politologe Georg Lutz, der die nationale Wahlstudie «Selects» mitbetreut: «Demokratie bedeutet nicht nur, dass jeder eine Stimme hat, sondern auch, dass alle ihrer Stimme Gehör verschaffen können.» Zum Beispiel, indem er sich für ein politisches Amt bewirbt. Die Währung im

Mit diesem Betrag starten die Kandidaten in den Wahlkampf

Pro Kandidat, in Franken	
Esther Keller (GLP)	76'000
Kandidat CVP/LDP/FDP	50'000
Kandidat SP/Grüne	38'750
Christine Kaufmann (EVP)	12'500

Grafik: niz / Quelle: Auskunft der Parteien

Wahlkampf sei Bekanntheit, sagt er, und von der könne man sich mit Geld mehr verschaffen. «Das grosse Problem der fehlenden Transparenz in der Schweiz ist, dass Putin Millionen in den Wahlkampf einzelner Parteien pumpen könnte, ohne dass irgendjemand etwas bemerkt. Es wäre nicht einmal verboten.» Dieses Problem bestehe allerdings mehr auf nationaler Ebene und bei Legislativwahlen. Dass Putin etwa grössere Geldbeträge in den Wahlkampf von Regierungsrat Baschi Dürr steckt, ist doch eher unwahrscheinlich.

Was bei Regierungskandidaten hingegen heikel werden könne, seien allfällige Verstrickungen, die sich mit dem geheimen Fluss von Geld ergeben. Denn was wird jemand tun, wenn die Person, die ein Fünftel ihres Wahlkampfs gespendet hat, sie anruft und sagt: «Ich habe ein Anliegen, können wir uns treffen»? Wird sie sich so verhalten, wie sie es bei jemanden tun würde, der keine 15'000 Franken gespendet hat? «Dies zu glauben, ist schlicht naiv», sagt Georg Lutz. Deshalb ist Transparenz auch immer ein Stück weit Selbstschutz. «Ich habe meinen Unterstützern von Anfang an gesagt, dass ich die Spenden offenlegen werde», so Keller. Es könne gut sein, dass sich manche deshalb entschieden hätten, kein Geld zu geben.

Das halbe Parlament ist weg

Reihenweise bekannte Köpfe im Grossen Rat verabschieden sich. Viele sind schon während der Legislatur zurückgetreten.

Jonas Hoskyn

Am 25. Oktober werden die 100 Parlamentarierinnen und Parlamentarier für die kommende Legislatur gekürt. Gestern war Anmeldeschluss für die Parteien. Auf den Listen für den Grossen Rat fehlt fast die Hälfte der Personen, die vor vier Jahren gewählt wurden. Insgesamt 46 Volksvertreter haben die Politik an den Nagel gehängt oder tun es nach der laufenden Legislatur – teilweise freiwillig, teilweise weil es im Basler Parlament eine Amtszeitbeschränkung gibt. Nach maximal vier Legislaturen am Stück ist Schluss.

Von diesen Alteingesessenen gibt es jede Menge. Prominente Beispiele sind etwa der frühere Grossratspräsident Heiner Vischer (LDP), CVP-Bildungspolitiker Oswald Inglin, Christophe Haller (FDP), der Riehener Grüne Thomas Grossenbacher oder der SVP-Präsident Eduard Rutschmann. Seine Partei ist am stärksten von

der Amtszeitguillotine betroffen. Gleich sechs Parlamentarier werden in den politischen Ruhestand verdonnert.

Gewichtige Abgänge in allen Parteien

Der grosse Generationenwechsel ist für die Parteien ein Problem. Denn die langjährigen Parlamentarier sind meist auch die bekanntesten Politiker. Entsprechend viele Stimmen bringen sie ihren Listen. Rutschmann, Inglin, Vischer und Grossenbacher haben alle auf ihrer Liste den Spitzenplatz geholt, ebenso wie Christophe Haller (FDP), Patrick Hafner (SVP) und Martina Bernasconi (wechselte nach den Wahlen von der GLP zur FDP).

Abgesehen von Letzterer fallen alle Genannten der Amtszeitguillotine zum Opfer. Bernasconi hört nach insgesamt 13 Jahren im Parlament freiwillig auf. «Ich habe jetzt Lust, mein Leben neu zu gestalten», sagt sie (unten). Auch bei



Im Grossen Rat gibt es viele Wechsel. Bild: Kenneth Nars (13. 9 2017)

ihrer früheren Partei blieb seit den vergangenen Wahlen kein Stein mehr auf dem anderen. Von den vier 2016 gewählten Grünliberalen steht diesen

Herbst nur noch David Wüest-Rudin wieder auf der Liste.

Auch René Häflicher (LDP) hört nach einer Legislatur bereits wieder auf. Er habe sich den Ent-

Total **46**
von 100 Parlamentariern
treten nicht mehr an.

scheid nicht leicht gemacht, sagt Häflicher: «Ich will mich wieder voll und ganz auf meine Selbstständigkeit konzentrieren.» Bei den Liberalen hängt auch Fraktionschef Michael Koechlin nach «nur» zwei Amtszeiten die Politik an den Nagel.

SP fehlen im Wahlkampf wichtige Zugpferde

Bereits während der laufenden Legislatur traten viele der Gewählten vorzeitig ab – oft auch aus taktischen Gründen, um aufstrebenden Polittalenten Platz zu machen. Das krassste Beispiel ist wohl Daniel Goepfert. Der ehemalige SP-Grossratspräsident holte das drittbeste Resultat aller Kandidaten, nur um dann schon vor dem ersten Sit-

zungstag seinen Rücktritt zu erklären. Neben Goepfert muss die SP im kommenden Wahlkampf auf eine Reihe politischer Stimmengaranten verzichten: Rudolf Rechsteiner, Tobit Schäfer, Dominique König-Lüdin und Mustafa Atici sind alle in den vergangenen vier Jahren aus dem Parlament ausgeschieden.

Auch das Grüne Bündnis musste in den vergangenen Jahren viele Abgänge hinnehmen. Was zur reichlich absurden Situation führte, dass Anfang Jahr mit Lea Steinle und Barbara Wegmann zwei Parlamentarierinnen abdankten, welche ihrerseits erst in der laufenden Legislatur nachgerückt waren.

Die grösste Konstanz hat im Moment die FDP. Mit Christophe Haller und dem früheren Fraktionspräsidenten Stephan Mumenthaler, welcher Anfang Jahr zurücktrat, muss die Partei zwar zwei politisch gewichtige Abgänge verdauen, dafür tritt die restliche Fraktion geschlossen wieder zu den Wahlen an.

Jörg Vitelli, SP

«Muss nicht immer auf Gaspedal sein»

Nach 16 Jahren verlassen Sie den Grossen Rat aufgrund der Amtszeitbeschränkung. Ist das Kapitel Politik für Sie damit abgeschlossen? Ich denke schon. Mit 74 Jahren werde ich mich wohl nicht noch einmal zur Wahl stellen. Man muss den Jüngeren Platz machen und ich muss ja nicht ständig mit 150 auf dem Gaspedal sein.

Was war Ihr persönliches Highlight im Grossen Rat?



Jörg Vitelli. Bild: zvg

Man muss sich an den kleinen Erfolgen in der Politik freuen, die grossen Würfe gibt es selten. Manchmal erreicht man mehr in den Kommissionen als mit Vorstössen. Ich war in der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission 16 Jahre tätig und habe dort in kleinen Schritten vieles in Punkto Velofreundlichkeit durchgebracht. Auch das heutige Veloleihsystem geht auf einen Vorstoss zurück, den ich vor zehn Jahren eingereicht habe. Politik ist kein Sprint, sondern ein Marathon. Am besten ist es, man geht illusionsfrei hinein.

Wie gross ist die Lücke, die Sie hinterlassen?

In der Politik ist jeder ersetzbar. Wichtig ist, dass man die neuen Leute einschult und die Geschäfte sorgfältig übergibt. Aber ich bin sicher: Es geht auch ohne mich. (sam)

M. Bernasconi, FDP

«Ich stellte fest: Es fehlt etwas»

Sie haben sich entschieden, für die kommende Legislaturperiode nicht mehr anzutreten. Haben Sie genug von der Politik?

Ja, definitiv. Früher war ich leidenschaftlich dabei. Politik war für mich nicht Arbeit, sie hat mich gepackt. Ich mochte alles drum und dran, die Apéros, die Debatten. Vor zwei Jahren stellte ich fest: Es fehlt etwas. Ich habe jetzt Lust, mein Leben neu zu gestalten.



Martina Bernasconi. Bild: Ken

An welche Zeit erinnern Sie sich besonders gerne?

Von 1998 bis 2000 vertrat ich im Grossen Rat die Frauenliste. Wir waren sehr unangepasst, stellten radikale Forderungen und es gelang uns, den Politbetrieb etwas aufzumischen. Auch an den Wahlkampf als Regierungsratskandidatin 2014 erinnere ich mich sehr gerne. Entgegen allen Prognosen ist es mir gelungen, einen zweiten Wahlgang herbeizuführen.

Wie gross ist die Lücke, die Sie bei der FDP hinterlassen?

Es ist sicher gut, wenn eine Frau wiedergewählt wird. Die Bishe- rige Karin Sartorius ist hierfür eine gute Kandidatin, sie ist wie ich in der Kultur- und Bildungs- kommission. Ansonsten gibt es vielleicht ein bisschen weniger Schlagzeilen, wenn ich weg bin (lacht). (sam)

Oswald Inglin, CVP

«Hatte eine lange Polit-Karriere»

Sie schliessen nach 16 Jahren im Basler Grossen Rat mit der Politik ab?

Ja. In vier Jahren bin ich 71 Jahre alt und will nicht noch einmal antreten. Ich hatte eine lange politische Karriere, aber es gibt auch noch mehr im Leben als Politik.

Was konnten Sie denn alles erreichen?

Ich habe unter anderem dazu beigetragen, dass der Kredit für die neue Basler Geschichts-



Oswald Inglin. Bild: Niz

schreibung bewilligt wurde. Dass mehr Mittel für die Filmförderung eingesetzt werden und die Jugendkulturpauschale durchkam. Auf diese Geschäfte bin ich schon etwas stolz.

Wie sieht die Zukunft Ihrer Partei ohne Sie aus?

Im Bildungs- und Kulturbereich habe ich eine gewisse Monopolstellung gehabt, weil ich von Haus aus versiert bin als Präsident der Kulturkommission. Unter meinen Nachfolgern fehlen Kultur- und Bildungspolitiker, dafür werden andere Schwerpunkte gesetzt werden. Aktuell steht meine eigene Partei, die CVP, vor der Herausforderung, die sieben Sitze zu halten oder mindestens die Fraktionsstärke nicht zu verlieren. Das wird nicht einfach, aber ich hoffe natürlich sehr, dass es gelingt. (sam)

Michael Koechlin, LDP

«Habe nie viele Vorstösse lanciert»

Warum haben Sie sich gegen eine erneute Legislaturperiode entschieden?

Aus persönlichen Gründen. Ich habe acht Jahre im Grossen Rat gedient, davon längere Zeit als Fraktionspräsident. Nun ist der richtige Zeitpunkt, die Polit-Ära zu beenden. Das Ende der Legislaturperiode fällt zudem mit meinem 70. Geburtstag zusammen, was gut passt.

An welche Momente denken Sie besonders gern zurück?



Michael Koechlin. Bild: Ken

Ich habe sehr gerne in Kommissionen mitgearbeitet, vor allem in der Geschäftsprüfungskommission. Aber ich habe nie viele Vorstösse lanciert, weil ich der Meinung bin, dass die Funktionsfähigkeit des Grossen Rats durch die Vorstossflut eher gefährdet wird. Ein grosser Erfolg waren sicher die letzten Wahlen, als die LDP auf 15 Sitze angewachsen ist.

Wie gross ist die Lücke, die Sie hinterlassen?

Das kann ich nicht beurteilen. Auf jeden Fall haben wir sehr gute Kandidierende. Ich denke, dass auch die Wählerinnen und Wähler in dieser Zeit mehr denn je merken, dass eine unaufgeregte und nachhaltige Politik nötig ist und die Antworten weder aus dem extrem linken noch aus dem extrem rechten Bereich kommen. (sam)

Th. Grossenbacher, GB

«Ich würde gerne noch anhängen»

Haben Sie nach 16 Jahren im Grossen Rat genug von der Politik?

Nein. Wenn ich könnte, würde ich gerne noch eine Legislaturperiode anhängen. Denn in der Politik ist Erfahrung ebenfalls sehr wichtig und es braucht Zeit, sich in die Abläufe und Materien einzuarbeiten. Aber ich werde sicher weiterhin politisch engagiert bleiben.

Was waren die Highlights Ihrer politischen Karriere?



Thomas Grossenbacher. Bild: zvg

Dazu gehören die Erfolge der von mir mitangestossenen Initiativen; dass der Landhof grün bleibt, dass die Stadtrandentwicklung Ost-Süd und das Ozeanium abgelehnt wurden. Jetzt steht die Abstimmung des Hafenbeckens bevor, bei der es wegen der Komplexität noch viel Überzeugungsarbeit braucht. Es ist immer wieder eine spannende Herausforderung, bei Abstimmungen komplexe Themen verständlich darzulegen.

Sie waren ein wichtiger Wortführer Ihrer Fraktion. Wie gross ist die Lücke, die Sie hinterlassen?

Ich hoffe, ich hinterlasse keine Lücke. Ein Wechsel kann auch eine Chance sein, dass sich andere Menschen positionieren können und andere Themen aufgegriffen oder neu angepackt werden. (sam)

Edi Rutschmann, SVP

«In der Politik ist jeder ersetzbar»

Wie sieht Ihre politische Zukunft nach 16 Jahren im Grossen Rat aus?

Als Parteipräsident der SVP bin ich weiterhin in der Politik involviert und ich denke, sie wird mich immer begleiten. Dass ich in vier Jahren erneut antreten werde, glaube ich nicht. Aber sag niemals nie!

An welchen Erfolg denken Sie besonders gerne zurück?

Als es bei Budgetkürzungen vor ein paar Jahren darum ging, dass



Eduard Rutschmann. Bild: Ken

man den Sozialhilfeempfängern Geld kürzen und im gleichen Atemzug das Theater Basel mit einer Million mehr unterstützen wollte, habe ich mich mit ein paar anderen erfolgreich dagegen gewehrt. Auch wenn nicht alle meiner Partei damit übereinstimmten, für mich war der Fall klar. Wir hatten auch andere kleine Erfolge, aber wenn uns die Bürgerlichen nicht unterstützt haben, war die Chance immer klein, dass ein Vorstoss von uns durchkam. Bei dieser Wahl ist ein Linksrutsch leider gut möglich, was die Sache noch schwieriger machen wird.

Welche Lücke werden Sie hinterlassen?

In der Politik ist jeder ersetzbar. Wir haben gute Leute auf der Liste und vielleicht sind die ja ein bisschen kompromissbereiter, als ich es war. (sam)

Das Ackermann-Dilemma

Elisabeth Ackermann im Porträt Die Geschehnisse rund um das Historische Museum kosten die Regierungspräsidentin Kraft. Aber ihre Erfolge wiegen mehr, sagt Elisabeth Ackermann.

Franziska Laur

Im schicken schwarzen Hosenanzug kommt sie daher, gelassenen Schrittes, etwas streng in die Welt schauend, so wie sie es oft tut. Bei Elisabeth Ackermann (Grüne) weiss man nie genau, ob man etwas falsch gemacht hat oder ob sie aus Selbstschutz unbewegt in die Welt schaut. Zu oft wurde schon an ihrem Auftreten, am Aussehen herumgemäkelt. Da steht sie und sieh an, sie lächelt. Hereinspaziert in die Höhle des Löwen, in die BaZ-Redaktion. Die Fragen vor der Kamera beantwortet sie zügig, souverän, dann gehts mit dem Velo Richtung Rathaus. Das ist ihr Lieblingsort, hier will sie fotografiert werden.

Die herbe Kritik an ihrem Verhalten rund um die Geschehnisse im Historischen Museum gehen nicht spurlos an ihr vorbei: «Es kostet Kraft», sagt die 57-Jährige. Natürlich habe sie dort eine Baustelle, doch sie habe 13 andere Dienststellen, bei denen alles gut laufe. Ja, schlafen könne sie noch gut, und auf den Appetit schlage ihr die momentane Laune ebenfalls nicht.

Früh gelernt, einzustecken

Die angeschossene Regierungspräsidentin hat schon in ihrer Jugend gelernt, einzustecken. Aufgewachsen mit drei älteren Brüdern, durfte sie als Kind nicht allzu empfindlich sein, wenn es mal rauer zu und her ging. «Doch ich hatte auch viele Freiheiten», sagt Ackermann. Ihr Vater war Architekt, die Mutter Hausfrau. Ihre Eltern waren nicht ausgeprägt politisch, doch ihr wurde die Liebe zur Natur in die Wiege gelegt. Schon früh begleitete sie den Vater auf Baustellen, und später zog sie ein Architekturstudium in Betracht. Doch am Ende ging sie an die Musikakademie und wurde Gitarrenlehrerin. Aus diesem Grund sprechen ihr auch viele die Kompetenzen ab, Kritiker, von denen es nicht erst seit dem Museumsdisput, sondern seit ihrer Wahl zur Regierungspräsidentin einige gibt.

Zu diesen Kritikern gehört FDP-Grossrat Mark Eichner, wenn er sie auch zu Beginn seiner Ausführungen in Schutz nimmt: «Ich finde Elisabeth Ackermann im persönlichen Umgang sympathisch und teile auch nicht die Auffassung vieler, dass sie zu wenig Glamour ausstrahlt oder zu



Elisabeth Ackermann an ihrem Lieblingsort, dem Rathaus. Foto: Pino Covino

schlecht spricht, um das Amt zu bekleiden», sagt er im Gespräch mit der BaZ. Ein solches Auftreten könne bescheiden-baslerisch und damit sympathisch wirken.

«Aber den Führungsaufgaben einer Departementsvorsteherin ist sie nicht gewachsen. In der Privatwirtschaft erhielt sie nie eine Aufgabe mit einer vergleichbaren Verantwortung und Entlohnung», fährt er fort. So habe sie es verpasst, bei der Nachfolge von Philippe Bischof neue kulturpolitische Akzente zu setzen und die chronische Unterfinanzierung der Museen anzugehen. Bischof war von 2011 bis 2017 Leiter der Abteilung Kultur. Ihm folgten Katrin

Grögel und Sonja Kuhn. «Statt nach Kompetenz und Führungserfahrung zu suchen, wurde eine gendermässig schön aussehende Doppelspitze präsentiert, die die Zustände weiter schönredete oder cachierte», sagt Eichner.

Anita Fetz, Alt-Ständerätin (SP), teilt die Meinung von Eichner ganz und gar nicht. Doppelspitzen sind ganz nach ihrem Geschmack, und die Causa Fehlmann sieht sie als grosse Herausforderung und auf Arbeitgeberseite undankbar: «Etwas vom Schwierigsten in einem öffentlichen Amt sind gröbere Personalquerelen. Die sind nun mal vertraulich, also mit einer Schweige-

pflicht verbunden», sagt sie. Dass sich das Umfeld der Gegenseite nicht daran halte und Vertrauliches an Medien durchsickere, gehöre dazu. Ebenfalls, dass dies im Wahlkampf von der politischen Gegnerschaft ausgenutzt werde. Doch sie sagt: «Ich bin zuversichtlich, dass die Wählenden das Getöse um das Historische Museum richtig einordnen und die gute Arbeit von Elisabeth Ackermann anerkennen werden.»

Elisabeth Ackermann ist lange genug in der Politik, um zu wissen, dass gelegentliche Spiessrutenläufe Teil des Jobs sind. Schon mit 13 engagierte sie sich in der Anti-AKW-Bewegung und in der Friedensbewegung. Sie war auch Gründungsmitglied der Grünen Basel-Stadt, wo sie ihren späteren Ehemann Werner Baumann kennen lernte. Mit ihm hat sie zwei Kinder, 30 und 27 Jahre alt.

In ihrem Büro im Rathaus erzählt sie aus ihrem Leben, wird jedoch zurückhaltend, als es um ihre Familie geht. Begreiflich. Immerhin wird momentan jedes ihrer Worte auf die Waagschale gelegt, sie bewegt sich auf Messers Schneide und möchte diejenigen schützen, die nichts mit ihrem Beruf zu tun haben.

Ein einsamer Kampf

Es ist ein einsamer Kampf. Kaum jemand mag sich momentan offen für sie einsetzen, abgesehen von den Entscheidungsträgern in ihrer Partei. Und diese stellen einige bedenkenswerte Fragen: Hätte sie, wenn sie eine solche Taktikerin wäre, wie ihr heute vorgeworfen wird, Marc Fehlmann vor den Wahlen entlassen? Sicher nicht. Da wäre es schlauer gewesen, dies erst danach zu tun. Und ist Fehlmann wirklich so unfehlbar, wie er heute von den Ackermann-Kritikern dargestellt wird? Hat sie in dieser Personalie wirklich alles so falsch gemacht, wie man jetzt glauben machen will?

Egal wie man in dieser Sache zu ihr steht: Die Causa Fehlmann belegt ihr Defizit. Sie kommuniziert schlecht. Schade. Denn in ihr steckt vielleicht mehr Inhalt als in anderen, weit schillernderen Persönlichkeiten, deren Welt mehr Schein als Sein ist. Einer Elisabeth Ackermann muss man genau zuhören. Dabei wird sie von Mitarbeitern gelobt, sie sei eine gute Vorgesetzte, könne Entscheidungen klar und dezidiert fällen, habe einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn.

Immerhin hat sie in ihren vier Jahren Amtstätigkeit doch schon einiges erreicht: Die Museumsstrategie war der erste Schritt, und soeben hat sie dem Grossen Rat das Museumsgesetz übergeben. Sie hat den Neubau des Naturhistorischen Museums durch die Volksabstimmung gebracht und das Kulturleitbild neu aufgestellt. Den Kasernen- sowie den Casinoneubau hat sie eng begleitet und neue Proberäume für die Orchester lanciert.

Widerstand von Anfang an

Und im Moment laufen an verschiedenen Orten Arealentwicklungen, wo sie eng mit dem Stadtentwickler zusammenarbeitet. Ausserdem: Basel-Stadt ist der erste Kanton in der Deutschschweiz, der Lohngleichheitskontrollen im Beschaffungswesen einführen wird. Doch sie musste schon vor ihrer Wahl mit viel Widerstand kämpfen. Selbst in der eigenen Partei: Michael Wüthrich und Thomas Grossenbacher liebäugelten ebenfalls mit einer Kandidatur – und zogen sich murrend zurück.

Während sich Wüthrich mittlerweile aus der Politik verabschiedet hat, wirkt Grossenbacher immer noch nicht allzu glücklich mit seiner Parteikollegin als Regierungspräsidentin. Überhaupt muss sie befürchten, dass das rot-grüne Lager nicht geschlossen hinter ihr steht. Die Sozialdemokraten, von denen immerhin vier in der parlamentarischen Untersuchungskommission (UPK) sind und auch den Präsidenten stellen, packen sie momentan nicht zimperlich an. Ackermann sieht das nicht so: «Sie unterstützen mich», zeigt sie sich überzeugt.

Doch ist Elisabeth Ackermann wirklich für die Repräsentation geeignet? «Ich mache es gerne», sagt sie. Den Vorwurf, sie wirke hölzern und gehemmt, mag sie so nicht gelten lassen: «Ich bekomme gute Rückmeldungen.» Natürlich seien Auftritte für sie zu Beginn eher ungewohnt gewesen, und sicher könne sie sich noch steigern. «Steigern kann man sich immer.» Doch die Freude daran will sie sich nicht nehmen lassen. Sie, die in der Kultur so heimisch ist, geniesst die Auftritte an kulturellen Veranstaltungen. Es tönt wie ein Appell an sich selber, die Vorsichtige, ein Schlachtruf.

Die Causa Fehlmann belegt ihr Defizit. Sie kommuniziert schlecht. Schade.

Linksrutsch bei den Basler Bürgerlichen

Verkehr, Gleichstellung, Integration: Die Basis der bürgerlichen Parteien tickt deutlich linker als noch vor vier Jahren. Das zeigt eine Auswertung ihrer politischen Positionen.

Jonas Hoskyn und Helena Krauser

Die bürgerlichen Parteien im Kanton Basel-Stadt rutschen nach links. Im Gegensatz zum Parlament, wo praktisch in jeder Frage linker und bürgerlicher Block aufeinanderprallen, hat sich die Basis von CVP, FDP und LDP in den vergangenen vier Jahren deutlich nach links verschoben. Dies zeigt eine exklusive Auswertung der Onlinewahlplattform Smartvote für die bz. Smartvote hat bei sechs politischen Grundsatzfragen (von Sozial- über Integrations- bis Verkehrspolitik) die Antworten der Kandidatinnen und Kandidaten von 2020 mit denjenigen von vor vier Jahren verglichen.

Dabei zeigt sich: Während der linke Block aus SP und Grünen Bündnis stabil geblieben ist, sind die politischen Ansich-

ten der Kandidatinnen und Kandidaten der bürgerlichen Parteien dieses Jahr deutlich linker als vor vier Jahren. Die Ausnahme ist die SVP, die in Basel politisch oft alleine auf weiter Flur steht.

Bürgerliche Listen sind urbaner, jünger, weiblicher

Eine mögliche Erklärung für den Trend: Die Linke hat in der vergangenen Legislatur an der Urne praktisch alles gewonnen, auch überraschende Abstimmungen (Wohninitiativen, Topverdienersteuer), während die Bürgerlichen reihenweise Niederlagen einstecken mussten. Diskussionen über die politische Ausrichtung sind eine logische Folge. «Wir haben uns intensiv mit unseren politischen Inhalten auseinandergesetzt und uns weiterentwickelt», sagt FDP-Präsident Luca Urgese. «Ein Ergebnis: Wir müssen uns urbaner

positionieren – liberale Lösungen für städtische Fragen.» Dies werde nun offenbar von Smartvote als «linker» eingeordnet.

CVP-Präsident Balz Herter erklärt sich den Linksruck mit der Zusammensetzung der Wahllisten: «Bei uns kandidieren dieses Jahr viele Junge.» Auch LDP-Präsidentin Patricia von Falkenstein sagt: «Wir haben viele jüngere Kandidaten und mehr Frauen als vor vier Jahren – bei uns haben viele politische Meinungen Platz.» Der CVP-Präsident hofft, dass ein Generationenwechsel im Parlament neue Möglichkeiten bringt: «Wir müssen versuchen, mehr Kompromisse zu finden. Wenn wie aktuell jeder einfach auf seinem Standpunkt verharret, bringt das dem Kanton wenig.»

(Mitarbeit: Silvana Schreier, Benjamin Rosch, Leif Simonsen)

Grösster Wandel bei der FDP

Beobachtung 1: Nicht alle Bürgerlichen rutschen gleich stark.

Auffallend: Dem Linksrutsch kann sich keine bürgerliche Partei entziehen. Am stabilsten ist die SVP, den grössten Wandel hat die FDP durchgemacht. Das passt insofern, als dass die Partei seit Jahren ein Mittel gegen den Abwärtstrend sucht. Sowohl bei Wahlen wie auch Abstimmungen steht sie praktisch immer auf der Verliererseite. Eine Folge davon ist, dass die Parteispitze eine interne Diskussion über die inhaltliche Ausrichtung der Basler FDP lanciert hat, mit der sie neue Schwerpunkte setzen will.

Das Ausmass, das die Smartvote-Auswertungen nun zeigt, überrascht aber doch: In vier von fünf Fragen ticken die Grossratskandidatinnen und -kandidaten linker als ihre Vor-

Als Folge des Abwärtstrends hat die FDP eine interne Debatte über ihre Inhalte lanciert.

gänger, total um 81 Prozentpunkte. Am deutlichsten drückt sich der Gesinnungswandel in den Fragen aus, ob in Verwal-

tungsräten staatsnaher Betriebe eine Geschlechterquote von mindestens 30 Prozent gelten soll und ob der Kanton Massnahmen ergreifen soll, um den Velo- und Fussverkehr gegenüber dem motorisierten Verkehr stärker zu priorisieren.

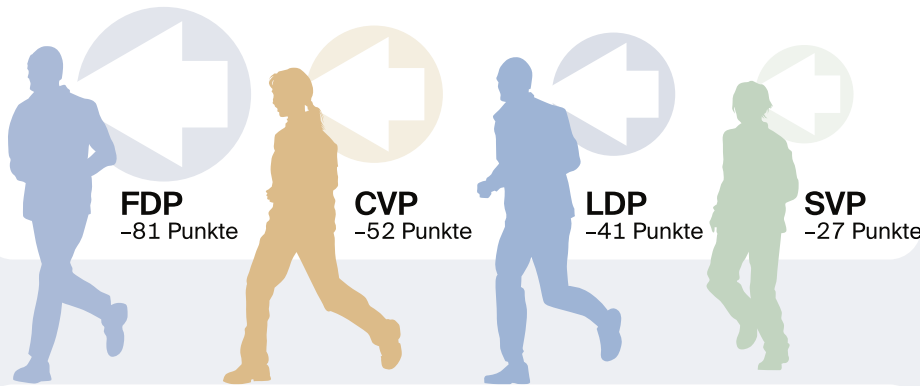
Linksrutsch bei fast allen Themengebieten

Auch die CVP und die LDP bewegen sich. Auffallend ist, dass die CVP gleichzeitig in anderen Fragen bürgerlicher geworden ist. Entsprechend gibt die Partei, die künftig als «Die Mitte» politisieren will, ein uneinheitliches Bild ab. Der Linksrutsch der LDP zieht sich durch praktisch alle politischen Themengebiete, ist aber weniger stark ausgeprägt als bei FDP und CVP.

Beobachtung 1

CVP, LDP, FDP und teilweise SVP rücken nach links

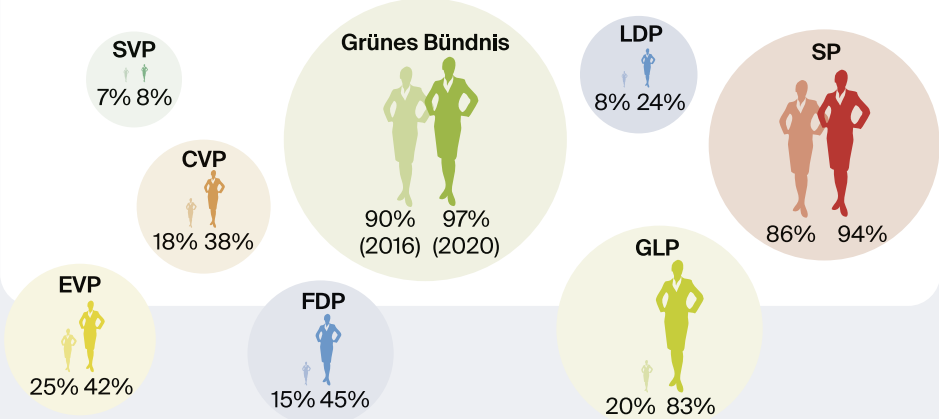
Vergleicht man 2016 und 2020, fällt auf, dass die bürgerlichen Parteien in den sechs abgefragten Positionen teilweise stark nach links gewandert sind. Nachfolgend die Verschiebung in Prozentpunkten (von theoretisch 600 möglichen).



Beobachtung 2

Geschlechterquote

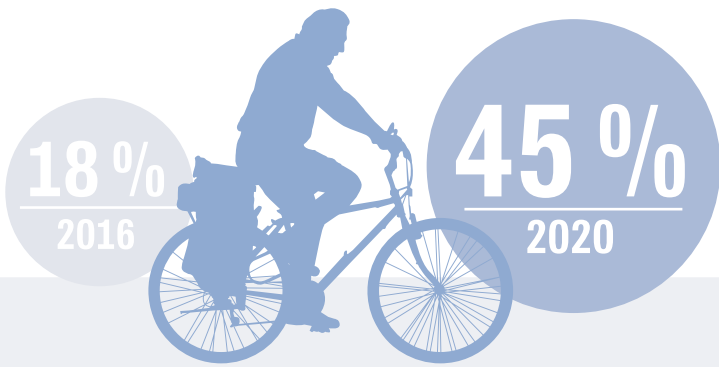
Die Geschlechterfrage wurde offenbar brisanter. Alle Parteien rücken in dieser Frage nach links. Jetzt, nachdem die Quote eingeführt worden ist, finden es alle gut.



Beobachtung 3

Die FDP und der Langsamverkehr

Die Freisinnigen haben ihre Verkehrspolitik teilweise überdacht. Das Thema Parkplätze ist nicht mehr allgegenwärtig. Dafür unterstützten viele aus der FDP den Veloring.



Frauenquote breit akzeptiert

Beobachtung 2: Zustimmung hat klar zugenommen.

Zwar lehnen nach wie vor alle bürgerlichen Parteien eine Quote zur Gleichstellung von Mann und Frau ab. Doch abgesehen von der SVP, deren Wert im einstigen Bereich verharrte, hat die Zustimmung bei CVP, FDP und LDP klar zugenommen. Die grösste Veränderung sieht man bei der FDP, wo sich der Ja-Anteil von 15 auf 45 Prozent verdreifacht hat. Die Partei hat selber auch eine Frauenförderung für die Wahlen beschlossen, indem die Kandidatinnen auf den Wahllisten vor den Männern rangieren.

Kanton erfüllt Frauenquote bei Staatsbetrieben

Der Frauenstreik und die damit einhergehende Diskussion scheinen also Wirkung gezeigt

zu haben. Allerdings ist die Auswertung mit gewissen Vorbehalten zu betrachten: 2016 drehte sich die Frage um die Einfüh-

Der Frauenstreik und die Diskussionen dazu scheinen Wirkung gezeigt zu haben.

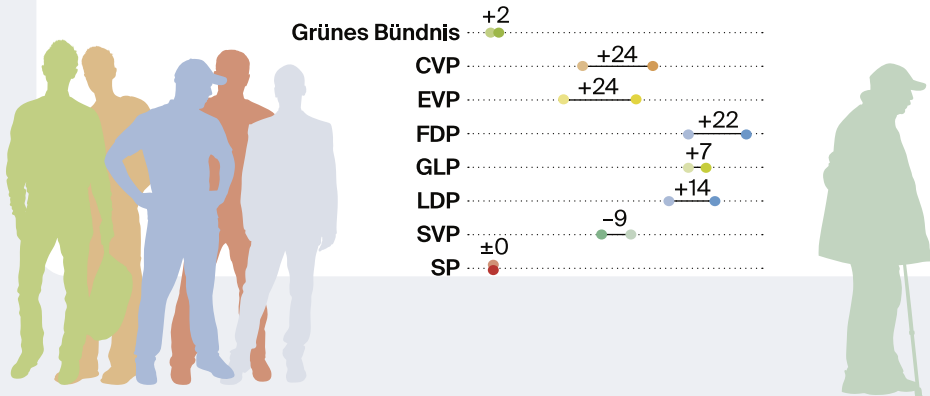
rung einer Frauenquote in Verwaltungen und Geschäftsleitungen börsenkotierter Unternehmen. Dieses Jahr wurde gefragt, ob man es richtig finde, dass im Kanton eine Geschlechterquote von 30 Prozent für die Verwaltungsräte staatsnaher Betriebe gilt. Das ist ein deutlich geringerer Einschnitt in die freie Marktwirtschaft. Gleichzeitig bezieht sich die Frage nicht mehr auf eine Neuerung, sondern etwas, das bereits eingeführt wurde.

Die Geschlechterquote wurde 2014 an der Urne angenommen mit der Vorgabe zur Erfüllung bis zur jetzt laufenden Legislatur. Per 1. Januar 2020 war die Geschlechterquote von einem Drittel in allen 22 staatsnahen Unternehmen erfüllt.

Beobachtung 6

Die SVP steht oft alleine da, und das meistens am rechten Rand

Am wenigsten bewegt im bürgerlichen Block hat sich die SVP. Sie steht allerdings politisch auch oft alleine auf weiter Flur. Bemerkenswert: Als einzige bürgerliche Partei hat bei der SVP die Unterstützung für eine Erhöhung des Rentenalters abgenommen.



Beobachtung 5

Wankelmütige CVP

Bei der CVP fällt vor allem die Veränderung in der Sozialpolitik auf. Im Vergleich zu 2016 sprechen sich fast drei Mal so viele Kandidatinnen und Kandidaten gegen Verschärfungen aus.

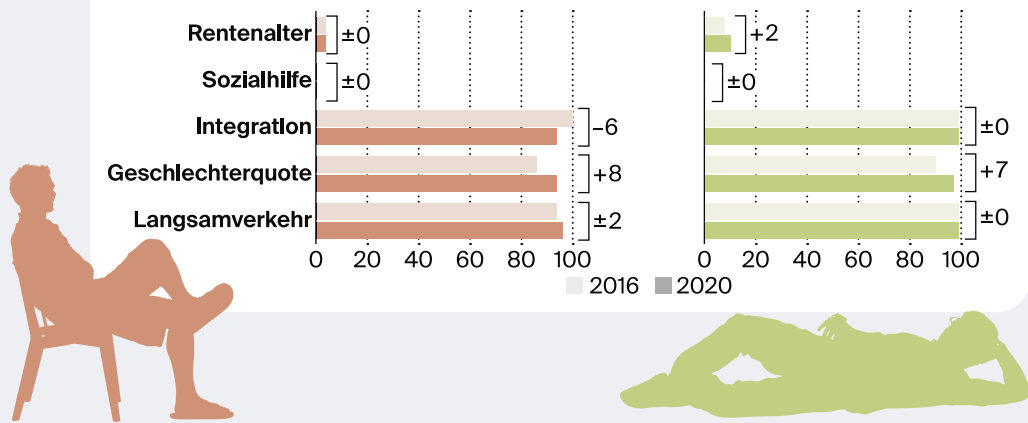
46 %
2016

16 %
2020

Beobachtung 4

Kaum Bewegung bei SP und Grünem Bündnis

SP und Grünes Bündnis haben sich gegenüber 2016 kaum bewegt. Tatsächlich geben die Erfolge an der Urne dem linken Block recht.



Quelle: Smartvote/Grafik: Stefan Bogner, Jana Breder, Leoni Tobia

Graben zur SVP wird grösser

Beobachtung 6: SVP steht isolierter da als vor vier Jahren.

Während sich die politische Parteienlandschaft im Kanton Basel-Stadt in den vergangenen vier Jahren zusehends nach links bewegt hat, bleibt die SVP alleine am rechten Rand zurück. Die thematischen Überschneidungen mit den anderen bürgerlichen Parteien beschränken sich zunehmend auf Stolpersteine für die rot-grüne Regierungsmehrheit. Dies zeigt sich auch aktuell bei den Regierungsratswahlen. Während die bürgerlichen Parteien vor vier Jahren erstmals mit einem gemeinsamen Viererticket antraten, hatten CVP, FDP und LDP dieses Jahr keine Lust mehr auf den Schulterchluss mit der SVP. Was als Beginn einer langfristigen Zusammenarbeit gedacht war, scheiterte damit schon in der Startphase.

Die Auswertung von Smartvote zeigt, dass die SVP je länger je mehr isoliert da steht. Bei den Themen Gleichberechtigung,

Integration oder Verkehr votiert sie konträr zum grossen Trend. Lustigerweise schert die SVP-Basis auch bei der Frage nach einer Erhöhung des Rentenalters aus. Stand vor vier Jahren noch eine Mehrheit hinter dem Anliegen (55 Prozent), liegt die Zustimmung mittlerweile noch bei 46 Prozent.

Alleingang ist Chance und Risiko zugleich

Interessant zu beobachten wird sein, wie sich die Ausgangslage für die Partei auswirken wird. Im besten Fall kann die SVP ihre politische Isoliertheit als Alleinstellungsmerkmal verkaufen. Umgekehrt droht die Gefahr, dass die Partei zunehmend an Einfluss verliert, wenn sie keine Partner mehr für politische Bündnisse findet.

Dass die SVP keine Partner mehr findet, zeigt sich bei den Regierungsratswahlen.

CVP und LDP ticken sozialer

Beobachtung 5: Politischer Druck auf Sozialhilfebezüger nimmt ab.

Abgesehen von der Frage nach der Erhöhung des Rentenalters ticken die bürgerlichen Parteien in der Sozialpolitik klar linker als vor vier Jahren. Sehr anschaulich zeigt sich dies am Beispiel der Frage, ob die Kandidierenden eine Verschärfung des Sozialhilfegesetzes, also etwa eine Begrenzung der Zulagen oder einen tieferen Ansatz des Existenzminimums, befürworten. Bei allen Bürgerlichen nahm die Zustimmung deutlich ab – am stärksten bei der CVP (von 46 auf 16 Prozent) und der LDP (von 52 auf 30 Prozent).

Beide Parteien betonen, dass sie eine starke soziale Ader haben. «Bei sozialen Fragen sind wir meistens auf dem Kurs der Regierung, während die Linken noch viel weiter gehen wollen», sagt LDP-Präsidentin Pat-

ricia von Falkenstein. Und CVP-Präsident Balz Herter meint: «Wir sind immer bei Anliegen für die sozial Schwäche-

ren dabei, wenn es nicht einfach nach dem Giesskannenprinzip geht.»

Keine Kürzungen, aber auch nicht mehr Mittel

Auffallend ist, dass die CVP in einigen Fragen auch deutlich bürgerlicher tickt. So war 2016 eine deutliche Minderheit (39 Prozent) für eine Erhöhung des Rentenalters auf 67 für Frauen und Männer. Mittlerweile sagen fast zwei Drittel der Kandidatinnen und Kandidaten Ja.

Das gleiche Bild zeigt sich bei der Frage, ob der Kanton mehr Mittel für die Integration zugewanderter Personen bereitstellen soll, etwa in Form von zusätzlichen Sozialarbeitern. Hier war vor vier Jahren fast die Hälfte der Parteibasis dafür, aktuell gerade noch 28 Prozent.

Verschärfung der Sozialpolitik ist auch im bürgerlichen Lager nicht mehr mehrheitsfähig.

Verkehrspolitik vor Wendepunkt

Beobachtung 3: Widerstand gegen Anti-Auto-Massnahmen sinkt.

Die wohl überraschendste Zahl der Auswertung findet sich in der Verkehrspolitik. Auf die Frage, ob der Kanton Massnahmen ergreifen soll, um den Velo- und Fussverkehr gegenüber dem motorisierten Verkehr stärker zu priorisieren, antwortete fast die Hälfte der FDP-Kandidierenden mit Ja.

Dies im krassen Gegensatz zur Verkehrspolitik der Partei, die in der vergangenen Legislatur Verkehr- und Parkplatzinitiativen des Gewerbeverbandes vertrat, welche die Stellung des Autos stärken wollten. «Vor vier Jahren waren Parkplätze ein politischer Schwerpunkt von uns. Nun setzen wir beim Verkehr andere Prioritäten», sagt Urgese. Dass die Wählerschaft der FDP linker tickt als die Par-

teileitung, zeigte sich auch bei den nationalen Wahlen im vergangenen Jahr. Auf Platz eins und zwei wurden der frühere

Die Basis will eine andere Verkehrspolitik als die Bürgerlichen sie im Parlament betreiben.

Grossrat Christian Egeler, der am linken Rand der Partei politisiert, und der Quereinsteiger Thomas Kessler, ein ehemaliger Grüner, gewählt. Erst dann folgte Parteipräsident Luca Urgese und Vize Daniel Seiler (Wahlkampfeslogan: «Wer das Auto liebt, wählt Daniel Seiler»).

CVP ebenso mit hoher Zustimmung

Auch bei den anderen bürgerlichen Parteien ist die Akzeptanz für Anti-Auto-Massnahmen gestiegen. Bei der CVP liegt die Zustimmung bei 40 Prozent (2016: 38 Prozent), bei der LDP bei 23 Prozent (2016: 18 Prozent). Das Fähnlein der Autofahrer hoch hält vor allem noch die SVP, deren Ja-Anteil sich auf sechs Prozent halbiert hat.

Wenig Bewegung im linken Lager

Beobachtung 4: SP und Grüne haben keinen Grund, umzudenken.

Das linke Lager hat sich seit den Wahlen vor vier Jahren inhaltlich praktisch nicht bewegt. Obwohl zwischen einem Drittel und der Hälfte der Kandidierenden ausgetauscht wurde, bewegen sich die Unterschiede bei allen Fragen im einstelligen Prozentbereich.

Dazu passen die Smartspiders der beiden Listen. Wenn man vergleicht, wo die einzelnen Kandidierenden aufgrund ihrer Antworten auf der Wahlplattform Smartvote auf den Skalen links-rechts und liberal-konservativ verortet werden, so bilden SP und Grünes Bündnis zwei kompakte Ballungen am linken Rand. Anders bei den Bürgerlichen: Vor allem die LDP ist über das ganze liberale Spektrum verteilt. Doch auch CVP

und FDP decken eine grosse Bandbreite ab.

Die politische Kompaktheit des linken Lagers kann man je

nach Standpunkt als konsequente Politik oder Parteisoldatengelage beurteilen. Für die Einigkeit gibt es aber auch eine einfache Erklärung.

Rot-Grün holte 2019 die Mehrheit

Das linke Lager hat in den vergangenen Jahren an der Urne praktisch nur gewonnen. Auch bei den Wahlen 2016 und 2019 eilte Rot-Grün von Erfolg zu Erfolg. Vergangenes Jahr holte das linke Lager 52,4 Prozent der Wählerstimmen. Entsprechend wenig Anlass, die eigenen Positionen zu überdenken und gegebenenfalls anzupassen, haben SP und Grünes Bündnis. Gleichzeitig sind in der laufenden Legislatur mehrere Querdenker zurückgetreten.

Bei Grünem Bündnis und SP sind kaum Unterschiede zwischen den Kandidaten zu erkennen.

Trend spricht für Mitte-Links

Das neue Wahlgesetz dürfte grossen Einfluss auf die künftige Zusammensetzung des Basler Grossen Rates haben.

Jonas Hoskyn

In knapp drei Wochen finden in Basel-Stadt die Gesamterneuerungswahlen statt. Im Fokus sind bisher vor allem die Kandidierenden für die sieben Sitze in der Regierung. Mindestens so wichtig ist jedoch die Frage, wie künftig das 100-köpfige Kantonsparlament – der Grosse Rat – zusammengesetzt sein wird. Aktuell sind der linke Block aus SP und Grünem Bündnis und das bürgerliche Lager aus CVP, FDP, LDP und SVP praktisch gleich stark. In der Folge entscheiden oft die drei Grünliberalen als Zünglein an der Waage.

Mit den Gesamterneuerungswahlen werden die Karten neu gemischt – auch wegen des neuen Wahlgesetzes. Bisher gab es bei den Grossratswahlen ein Quorum. Eine Partei musste in einem Wahlkreis mindestens vier Prozent Wähleranteil holen, um ins Parlament einzuziehen. Dabei reichen je nach Wahlkreis bereits Wähleranteile von knapp zwei Prozent für einen Sitz. Faktisch wurden durch die Vierprozent-Hürde bisher also kleine Parteien benachteiligt.

Die Änderung gibt nun der EVP die Chance, in jedem Wahlkreis einen Sitz zu holen – aktuell hat die Partei nur ein Mandat in Riehen. Auch die Einzelmasken-Parteien Freistaat Unteres Kleinbasel um Politikünstler Christian Müller (FUK) und die Volksaktion des rechtsextremen Politquerulanten Eric Weber hätten 2016 genügend Stimmen für einen Sitz geholt.

Rotgrün und Grünliberale mit Rückenwind

Damit stehen den grossen Parteien rund fünf Mandate weniger zur Verfügung. Für Rotgrün bedeutet das neue Wahlgesetz, dass das Ziel, eine Mehrheit im Parlament zu holen, schwieriger wird. Trotzdem kann die Linke optimistisch in die Wahlen ge-



Noch sind der linke Block und das bürgerliche Lager etwa gleich stark.

Bild: Kenneth Nars (8. Februar 2017)

hen. In den vergangenen Jahren konnten SP und Grünes Bündnis bei Abstimmungen wichtige und auch überraschende Siege verbuchen. Vergangenes Jahr bei den nationalen Wahlen holte Rotgrün 52,4 Prozent der Stimmen. Auch wenn Frauen- und Klimastreik aufgrund der Coronakrise nicht mehr so präsent sind wie 2019, kann das linke Lager auf Sitzgewinne hoffen.

Gestärkt aus den Wahlen dürfte auch die Mitte hervorge-

hen. Für die GLP spricht das Momentum und ihre Kandidatin Esther Keller. Die Partei hat in den vergangenen vier Jahren deutlich an Mitgliedern zugelegt und tritt mit vollen Listen an. Mit einem Sitz mehr als 2016 könnte die GLP wieder eine eigene Fraktion bilden.

Viele prominente Abgänge bei den Bürgerlichen

Weniger rosig sieht die Lage für die bürgerlichen Parteien aus:

FDP und CVP stemmen sich gegen den Abwärtstrend – beide haben in den vergangenen Jahren massiv an Wähleranteilen eingebüsst. Auch die SVP musste bei den Wahlen vergangenes Jahr eine schallende Ohrfeige einstecken. Profitiert hat vor allem die LDP, die die Volkspartei als stärkste bürgerliche Kraft abgelöst hat. Es ist absehbar, dass sich diese Entwicklung auch bei den kantonalen Wahlen wiederholen dürfte, zumal die LDP mit

52,4 %

der Stimmen holte sich Rotgrün vergangenes Jahr bei den nationalen Wahlen.

zwei Regierungskandidierenden grosse Präsenz geniesst.

Interessant wird aber die Frage sein, wie die Parteien ihre vielen prominenten Abgänge kompensieren können. Vor allem bei der SVP fallen viele langjährige Parlamentarier auf einen Schlag weg, darunter befinden sich etwa Patrick Hafner, Parteipräsident Eduard Rutschmann oder auch Heinrich Ueberwasser. Bei der LDP müssen unter anderem Präsidentin Patricia von Falkenstein, der frühere Grossratspräsident Heiner Vischer und die Kleinbasler Felix Eymann und René Häfliger ersetzt werden.

In Riehen fehlen Conradin Cramer und Thomas Strahm, die sich 2016 die Sitze geholt haben, auf der Grossratsliste. Felix Eymann und Conradin Cramer hatten auch viele Panaschierstimmen geholt, also neben eigenen Wählern auch Stimmen aus anderen Listen zur eigenen Partei geholt. Auch bei FDP-Grossrat Christophe Haller, der ebenfalls nicht mehr antritt, waren fast die Hälfte seines Totals Panaschierstimmen.

Auch bei den Sozialdemokraten fehlen reihenweise Zugpferde wie etwa Rudolf Rechsteiner, Tobit Schäfer, Daniel Goepfert, Mustafa Atici, Tanja Soland oder Dominique König-Lüdin. Allerdings haben die Genossen den Generationenwechsel deutlich besser aufgegleist als die Bürgerlichen. Praktisch alle Politiker am Ende ihrer Grossratskarriere sind bereits vor längerer Zeit zurückgetreten und haben den Nachrückenden die Gelegenheit gegeben, sich politisch zu profilieren.

Einfach Wählen

Die bz erklärt die Wahlen von Basel-Stadt.
Möglichst viele Menschen sollen sie verstehen.



Im Basler Rathaus haben der Grosse Rat
und der Regierungsrat Sitzungen.
Bild: Kenneth Nars.



Benjamin Rosch
(Redigiert von Cornelia Kabus)

Am 25. Oktober 2020 sind Wahlen im Kanton Basel-Stadt. Die Baslerinnen und Basler wählen Personen für den Regierungsrat und für den Grossen Rat.

Sie dürfen wählen

- wenn Sie Schweizerin oder Schweizer sind.
- wenn Sie 18 Jahre alt oder älter sind.
- wenn Sie in Basel-Stadt wohnen.

Regierung und Grosser Rat

Im **Grossen Rat** sitzen 100 Personen. Diese Personen heissen Grossräte und Grossrätinnen. Der Grosse Rat macht

die Gesetze im Kanton. Zweimal im Monat hat der Grosse Rat eine Sitzung im Rathaus.

Im **Regierungsrat** sind 7 Personen. Jede Person leitet ein Departement im Kanton.

Ein Departement ist ein bestimmter Bereich. Es gibt 7 Departemente.

Zum Beispiel:

- Es gibt das Sicherheitsdepartement mit der Polizei.
- Es gibt das Baudepartement mit der Stadtreinigung.

Die Personen im Regierungsrat und im Grossen Rat dürfen 4 Jahre bleiben. Danach gibt es wieder Wahlen. Wenn Sie wählen, können Sie dieselben Personen wiederwählen. Oder Sie können neue Personen wählen.

Die Wahlen vom Grossen Rat

Für den Grossen Rat müssen die Basler 100 Personen wählen. Es gibt in diesem Jahr 792 Personen, die gewählt werden wollen.

In Basel gibt es verschiedene Wahlkreise.

Für jedes Stadtviertel gibt es einen eigenen Wahlkreis. Wenn Sie wählen, dürfen Sie für den Grossen Rat nur Personen aus Ihrem eigenen Wahlkreis wählen.

Zum Beispiel:

Sie wohnen im Gundeli? Dann gehören Sie zum Wahlkreis Grossbasel Ost, und Sie dürfen nur Personen aus Grossbasel Ost für den Grossen Rat wählen.

Die meisten Menschen, die gewählt werden wollen, sind in einer Partei.

Partei

Eine Partei ist eine Gruppe von Menschen. Die Menschen in einer Partei haben ähnliche Meinungen und Ziele. Eine Partei denkt zum Beispiel: Es braucht mehr Polizei für Basel. Eine andere Partei denkt vielleicht: Die Basler und Baslerinnen brauchen sauberere Strassen.

Menschen haben unterschiedliche Meinungen und Ziele. Die Parteien setzen sich für diese verschiedenen Ziele ein. Deshalb braucht es mehrere Parteien.

So wählen Sie

Bei den Wahlunterlagen stehen die Personen von einer Partei auf einer Liste.

Es gibt verschiedene Arten, wie Sie wählen können:

— Sie geben die Liste von der Partei ab, die Sie wählen wollen.

— Sie streichen Personen von der Liste und schreiben dafür andere Namen auf.

— Sie schreiben eine eigene Liste mit Leuten, die Sie wählen wollen.

Die Wahlen vom Regierungsrat

Für den Regierungsrat müssen die Basler 7 Personen wählen. Es gibt in diesem Jahr 12 Personen, die gewählt werden wollen. Auch diese Personen gehören zu einer Partei. Eine Person von den 7 Regierungsräten ist Präsident oder Präsidentin des Regierungsrats. Das bedeutet: Diese Person leitet die Sitzungen. Und die Person geht öfter an öffentliche Anlässe. Sie hat aber nicht mehr Macht als die anderen 6 Regierungsräte.



Wenn Sie wählen, wählen Sie den Präsidenten oder die Präsidentin einzeln. Es muss aber eine Person sein, die auch Regierungsrat ist.

Hilfe beim Wählen

Im Internet gibt es Wahlhilfen. Es gibt zum Beispiel www.smartvote.ch: Dort können Sie unter Basel-Stadt auf «Grossratswahlen» und auf «Regierungsratswahlen» klicken. Sie beantworten dort verschiedene Fragen. Danach erfahren Sie, welche Partei am besten zu Ihren Meinungen und Zielen passt.

Oder Sie lesen eine Zeitung, zum Beispiel die bz. Dann erfahren Sie viel über die Parteien und die Personen. Sie können schauen, welche Partei ähnliche Meinungen und Ziele hat wie Sie. Dann können Sie diese Partei wählen.

Deshalb machen wir das

Manche regelmässige Leser der bz dürften bei den Zeilen links kurz stutzen: Das klingt doch alles etwas simpel, sowohl inhaltlich wie sprachlich? In der Tat.

Die bz hat mit dieser Doppelseite ein kleines Experiment gewagt: Wir versuchen, möglichst viele Wahlberechtigte in Basel-Stadt zu erreichen und haben deshalb das Basler Wahlsystem möglichst einfach erklärt. Den Text aus der Redaktion hat das Basler Wohnwerk, Schweizer Pioniere auf dem Feld der barrierefreien Vermittlung, professionell in einfache Sprache übersetzt. Auch die Formatierung ist bewusst gewählt. Um noch mehr Menschen zu erreichen, werden wir zudem in den nächsten Tagen den Text als Video veröffentlichen. (bro)

«Eine Information ist hinfällig, wenn sie nicht ankommt»

Cornelia Kabus weiss, wie viele Menschen von Information ausgeschlossen werden – und wo sich auch der Kanton verbessern kann.

Interview: Benjamin Rosch

Das Basler Wohnwerk ist das erste seiner Art in der Schweiz. Seit 2014 übersetzen und verfassen geschulte Personen nach den neuesten Erkenntnissen der Forschung barrierefreie Texte und bieten Weiterbildungen zum Thema an. Cornelia Kabus arbeitet im Büro Leichte Sprache. Im Interview erklärt sie, an wen sich die Einfache Sprache richtet – und was sie von der Leichten Sprache unterscheidet.

Frau Kabus, was ist die Einfache Sprache?

Cornelia Kabus: Einfache Sprache ist – wie die Leichte Sprache – eine besser verständliche Textform. Trotz der etwas irreführenden Bezeichnung ist sie keine Sprache. Es geht vielmehr darum, Texte in Standardsprache so umzuformulieren, dass die Informationen leichter verständlich sind.

Was ist denn der Unterschied zwischen Einfacher und Leichter Sprache?

Der Unterschied zu Leichter Sprache besteht vor allem in der Zielgruppe: Die Leichte Sprache richtet sich hauptsächlich an Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung. Natürlich richtet sich die Leichte Sprache auch noch an viele andere Adressaten, wie etwa Menschen mit Hörbeeinträchtigung oder Menschen mit Lernschwierigkeiten. Doch wenn ein Text von Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung verstanden wird, kann man davon ausgehen, dass ihn auch die anderen Leser verstehen. Aus diesem Grund werden Texte in leichter Sprache mit einer sogenannten Prüfgruppe – Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung – auf ihre Verständlichkeit kontrolliert. Für das Schreiben von Texten in Leichter Sprache gibt es bestimmte Regeln. Zum Beispiel werden Fachbegriffe erläutert oder nach Möglichkeit durch bekannte Wörter aus der Alltagssprache ersetzt. Ausserdem sollte ein Text nur aus Hauptsätzen mit einer Informationseinheit bestehen. Jeder Satz beginnt in einer neuen Zeile. Texte in Leichter Sprache sehen deshalb eher wie Listen aus. Und Leichte Sprache ist vor allem für die schriftliche Übermittlung von Informationen gedacht. Leichte Sprache lässt sich auch nicht in den europäischen Referenzrahmen einordnen, weil die Zielgruppe bereits Deutsch als Muttersprache beherrscht. Es braucht jedoch viele Erklärungen, weil man selbst bekannte Konzepte wie beispielsweise das Gesundheitssystem nicht voraussetzen kann. Dies liegt nicht nur daran, dass Menschen der Zielgruppe kognitiv beeinträchtigt sind, sondern auch daran, dass sie vorher selten selbst Verantwortung für ihr Leben übernehmen konnten.

Lässt sich alles in Leichte Sprache übersetzen?

Nein. Für die Leichte Sprache gibt es Grenzen, welche Inhalte sich übermitteln lassen. Dass Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung manche Informationen nicht verstehen können, liegt ja nicht nur daran, dass die Texte zu komplex formuliert sind. Ich kann auch



Cornelia Kabus arbeitet im Wohnwerk Basel. Bild: zvg

einem kognitiv überdurchschnittlichen Menschen nicht die Relativitätstheorie von Einstein erklären, auch wenn ich noch so einfach formuliere.

Und bei der Einfachen Sprache?

Für die Einfache Sprache gibt es keine spezifischen Regeln, sie bewegt sich im Spektrum zwischen Leichter Sprache und Standardsprache. Je nach Zielgruppe kann ich den angestrebten Schwierigkeitsgrad festlegen und dementsprechend mehr oder weniger Regeln umsetzen. Da das Zielpublikum hauptsächlich sprachliche und nicht so sehr kognitive Hürden beim Verständnis von Texten hat, muss ich auch nicht so viele Konzepte erklären und kann mehr als bekannt voraussetzen.

Warum braucht es diese Sprachen?

Die Schweiz hat sich nicht nur mit dem Behindertengleichstellungsgesetz, sondern auch durch die Behindertenrechtskonvention dazu verpflichtet, allen Menschen Zugang zu Informationen zu gewähren. Dazu gehört, dass Menschen Texte verstehen und sich selbstständig informieren können. Verschiedene Studien haben aufgezeigt, dass ein grosser Teil der Bevölkerung ein geringes Leseverständnis hat. So ergab eine Erhebung in der Schweiz im Jahr 2006, dass 16 Prozent der 16- bis 65-jährigen Bevölkerung in der Lesekompetenz lediglich das tiefste Niveau (Niveau 1 von 5) erreicht. Nahezu 800 000 Personen stellte also das Lesen selbst eines sehr einfachen Textes vor unüberwindbare Verständnisprobleme. Und die grossen Studien «leo» (2011) und «PISA» (2013) legen nahe, dass zirka ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung nicht über hinreichende

«Dann kam das grosse Aha-Erlebnis.»

Cornelia Kabus Wohnwerk Basel

Kompetenzen verfügt, standard-sprachliche Texte zu verstehen. Dies liegt auch daran, dass viele Informationen in einer schwer lesbaren Verwaltungssprache verfasst werden. Man denke nur an Texte wie AGB, Datenschutzbestimmungen und so weiter. Die sind praktisch für jeden Menschen schwer zu erfassen.

Was schätzen Sie: Wie würde ein durchschnittlicher Zeitungsartikel abschneiden punkto Leseverständnis?

Das hängt natürlich von der jeweiligen Zeitung und ihrem Zielpublikum ab. Viele der Regeln für leicht verständliche Sprache leiten sich aus Grundsätzen ab, die im Journalismus schon lange bekannt sind. Aber sie werden natürlich nicht immer beherzigt. Dies ist jedoch eher eine Frage der Ausrichtung eines Mediums.

Was hat dies für einen Einfluss, gerade beispielsweise auf Wahlen? Die Parteien, die eine einfachere Sprache sprechen, werden wohl eher auf Verständnis und Akzeptanz stossen.

Wie beurteilen Sie die Informationen des Kantons – generell und in Bezug auf Wahlen?

Es ist mir bewusst, dass dies kein einfaches Thema ist, denn für die Texte in den Abstimmungsunterlagen gibt es zum Teil Vorgaben, vor allem juristischer Art, die nicht zu Gunsten einer Vereinfachung ignoriert werden können. Aber dann gibt es manches, was Texte unnötig kompliziert macht und das Leseverständnis erschwert. Wie etwa doppelte oder gar dreifache Verneinungen, wenn es zum Beispiel um die Ablehnung von Gegenvorschlägen geht, Schachtelsätze, Einschübe und abstrakter Nominalstil.

Wo könnte der Kanton besser werden?

Eine Information ist hinfällig, wenn sie beim Adressaten nicht ankommt, also nicht verstanden wird. Texte sollten nicht zum Selbstzweck werden. Dafür hilft es, sich bereits beim Verfassen des Textes zu fragen: «Könnten mein Nachbar oder meine Tante verstehen, was ich schreibe?» Wenn eine Fachperson etwas schreibt, fällt die Vorstellung schwer, dass es für eine fachfremde Person mühsam zu lesen sein könnte.

Sie hatten ja auch schon Kontakt mit Kantonsvertretern. Was waren Ihre Erlebnisse diesbezüglich?

Ich habe mehrere Weiterbildungen zum Thema «Bürgernah schreiben» für Kantonsangestellte aus verschiedenen Abteilungen der Kantonsverwaltung durchgeführt. Manche Personen waren anfangs skeptisch. Einer meinte gar, er könne vom Bürger verlangen, dass er die Informationen versteht. Doch dann führte ich eine Übung durch: Jeder Teilnehmer musste einen Text aus dem Abstimmungsbüchlein bearbeiten, allerdings jeweils einen Text, den eine andere Abteilung verfasst hatte. Da kam das grosse Aha-Erlebnis, denn plötzlich merkten die Teilnehmenden, dass sie die Texte selbst nicht verstanden.

Region

Junge wollen Parteienkrieg beenden

Generationenwechsel in der Politik Vier junge Basler Grossratskandidierende verschiedener Seiten sitzen an einem runden Tisch und reden darüber, was ihnen am Herzen liegt. Ein Gespräch über Parteigrenzen hinweg.

Clara Ehrhard

Pünktlich um 17 Uhr treffen sich Anouk Feurer (Junges Grünes Bündnis), Premton Haziri (Junge Grünliberale), Emélie Dunn (Jungliberale) und Demi Hablützel (Junge SVP) auf Einladung der BaZ in einem Gundeldinger Café. Die anfangs etwas angespannte Stimmung lockert sich schnell auf, als ein Kondom mit aufgedrucktem Wahlkampf-slogan auf den Tisch gelegt wird.

Wenn auch die Wahlkampfstrategien verschieden sind, haben die Kandidierenden einiges gemeinsam: Sie alle sind unter dreissig Jahre alt, neu in der Branche und voller Energie, um für Veränderungen zu kämpfen. Und auch in politischen Angelegenheiten sind sie sich erstaunlicherweise oft einig.

Die Jungpolitikerinnen und -politiker diskutieren im Vorfeld des Treffens selbst ausgewählte Fragen. Diese stehen nun auf zusammengefalteten Zetteln in einem Becher auf dem Tisch. Der Reihe nach werden die Fragen gezogen und beantwortet. «Glaubst du an den Klimawandel und wenn ja, was tust du dagegen?» lautet die erste Frage. Es wird weder die globale Erwärmung an sich bestritten noch die Notwendigkeit, dagegen vorgehen zu müssen. Nur: mit welchen Mitteln?

Anfeindungen bleiben aus

Die überzeugte Klimastreikerin Anouk denkt an erneuerbare Energien und finanzielle Anreize für Unternehmen und die Bevölkerung, sich klimafreundlich zu verhalten. Demi widerspricht: «Es kann nicht sein, dass die Wirtschaft darunter leidet», sagt sie. Stattdessen soll klimaneutrales Verhalten in der Verantwortung der Unternehmen liegen. Scherzhaft entgegnet Emélie: «Wenn wir alle sterben, hat die Wirtschaft auch nichts davon.»

Ähnlich sieht es Premton von den Grünliberalen: Mit innovativen und nachhaltigen Technologien sei es absolut realistisch, bis 2030 grosse Erfolge zu erzielen. Das Problem liege eher in der Verwendung der bereits vorhan-



Premton Haziri (GLP), Anouk Feurer (JGB), Demi Hablützel (SVP) und Emélie Dunn (LDP) im Restaurant Avant-Gouz (v.l.). Foto: Kostas Maros

denen Gelder. Deshalb fordert er eine Liberalisierung der zweiten Säule: «Jede Person, die in die zweite Säule einzahlt, soll zu einem gewissen Masse selber entscheiden können, in was ihr Geld investiert wird.»

Diese Idee kommt bei den drei anderen an. Ihr Vorschlag: Beim Anschluss an die Pensionskasse solle zumindest die Möglichkeit bestehen, gewisse Investitionsfelder wie zum Beispiel fossile Energieträger oder Kriegsmaterial ausschliessen zu können.

Die nächste Frage betrifft speziell die Jungen: «Wäre die Einführung des Stimmrechtsalters 16 und des Ausländerstimmrechts für dich eine Stärkung oder eine Schwächung der Demokratie?» Anouk antwortet sofort: «Beides ist definitiv eine Stärkung!» Auch der angehende Jurist Premton ist sich sicher: Er hätte sich schon früher für Politik interessiert, hätte er das Abstimmungscouvert schon mit 16

Die erfrischende Offenheit der Kandidaten macht das Gespräch lebendig.

erhalten. Das Ausländerstimmrecht müsse man eventuell unter den Vorbehalt eines Integrationsnachweises statt einer Mindestaufenthaltsdauer stellen.

Skeptisch bleibt hier die bürgerlich eingestellte Demi: Bei einem Ausländerstimmrecht befürchtet sie Abstimmungsbeteiligungen von Leuten, die zwar in Basel wohnen, sich aber eigentlich nicht für den Kanton interessieren. Wenn, dann müsste man dafür strikte Regeln einführen. Anouk entgegnet: «Wenn man hierhin kommt, ohne sich für den Ort zu interessieren, wird

man auch nicht abstimmen.» Genau so würden sich auch viele Schweizer Stimmberechtigte enthalten, meint sie.

Emélie schaltet sich ein: Man dürfe ein Ausländerstimmrecht nicht so restriktiv ausgestalten, dass es den strengen Einbürgerungsvoraussetzungen gleichkommt. Diese sehen neben dem Mindestaufenthalt von zehn Jahren in der Schweiz auch einen Mindestdauer für den Kanton und für die Gemeinde vor. So könne es sein, dass eine Person zwar schon sehr lange in der Schweiz lebe, aber sich nicht einbürgern lassen könne, weil sie oft umgezogen sei, erklärt die liberale Juristin. Die anderen stimmen ihr zu: Es dürfe nicht darauf ankommen, in welcher Gemeinde man lebe, um eingebürgert zu werden.

Zwischen dem Geklimper von Kaffeegeschirr und dem Geräusch von anstossenden Weingläsern reden die vier miteinander,

als wären sie schon lange befreundet. Anfeindungen auf Parteebene bleiben aus.

Gemeinsam Lösungen finden

«Ich habe genug davon, auf meine Partei reduziert zu werden», beklagt sich Demi. Sie stehe zwar hinter den Grundwerten der SVP, sei jedoch durchaus modern eingestellt. So macht sie auch keinen Hehl daraus, die Ehe für alle zu unterstützen. Für Diskriminierung jeder Art habe es schlichtweg keinen Platz, sei es aufgrund der Sexualität, Herkunft oder des Geschlechtes. Kritisch eingestellt sei sie aber gegenüber Frauenquoten: «Ich möchte durch meine Leistung überzeugen und nicht dadurch, dass ich eine Frau bin», sagt die ehemalige Spitzensportlerin Demi. Sie schlägt deshalb vor, Bewerbungstools in Zukunft anonym und neutral zu gestalten. Nur so könne man garantieren, dass nicht sachfremde Merkmale den Ausschlag geben würden.

Wer sind die Kandidaten?

— **Premton Haziri**, 25, Junge GLP, Wahlkreis Grossbasel Ost Der angehende Jurist setzt sich für Chancengleichheit ein und befürwortet die Einführung von Bildungsgutscheinen für Kinder schlecht verdienender Familien.

— **Anouk Feurer**, 20, Junges Grünes Bündnis, Wahlkreis Kleinbasel

Die Psychologiestudentin wurde durch den Klimastreik politisiert: «Es ist zentral, jetzt Lösungen für die Klimagerechtigkeit zu finden.»

— **Demi Hablützel**, 22, junge SVP, Wahlkreis Grossbasel Ost Ein Hauptschwerpunkt der Jus-Studentin liegt in der Einführung der freien Schulwahl. Ausserdem möchte sie den Ausbau sozialer Institutionen, etwa jener für Obdachlose, fördern.

— **Emélie Dunn**, 27, Jungliberale, Wahlkreis Kleinbasel

Der engagierten Pfadfinderin und Juristin liegt der Kulturstandort Basel am Herzen. Sie will sich aktiv für eine lebendige Stadt einsetzen.

Der Gedanke stösst auf Anerkennung, auch beim einzigen Mann in der Runde. Schon wieder ist man gemeinsamen Lösungen aktueller Probleme ein Stück näher gerückt.

Tatsächlich ist es die erfrischende Offenheit der vier Kandidatinnen und Kandidaten, die das Gespräch so lebendig macht. Immerhin schafften es die Jungen, sich gegenseitig zuzuhören und auch andere Meinungen zu respektieren, meint Demi lachend und Anouk ergänzt: «Das sollten wir öfter machen!»

Es sei an der Zeit, den Parteienkrieg zu beenden, ist man sich einig. Schliesslich gehe es darum, Lösungen zu finden, und nicht darum, Fehler bei anderen zu suchen. Die Jungpolitiker stellen unter Beweis: Parteiübergreifende und -unabhängige Zusammenarbeit kann funktionieren. Zu wessen Wahlkampf das Kondom auf dem Tisch gehört, bleibt deshalb ein Geheimnis.

Basel Stadt Land Region

Chronik eines sterilen Wahltages

Wie die Parteien feierten Die Liberalen sassen im Café Spitz und im Hotel Hyperion, die SP im Klybeck, die FDP im St. Johann. Die BaZ begab sich auf Parteien-Sightseeing-Tour und sah einen Event, der keiner war.

Martin Furrer

10.30 Uhr

In Basel zeigen die Uhren Winterzeit. Noch ahnt niemand, dass es für die SP, die SVP und den Freisinn am Ende des Tages fünf nach zwölf geschlagen haben wird. Klar ist nur, dass das Virus mit absoluter Mehrheit regiert: Es diktiert Maskenpflicht. Der Sonntag beginnt mit dem Geruch von Desinfektionsmittel. Ein Hauch von Sterilität umweht die Basler Wahlen. Im Wahllokal im Hotel Gaia beim Bahnhof SBB sind die Frauen und Männer, die an einem Tisch sitzen und die Wahlcouverts einsammeln, verummt.

Ein Herr fährt vor, schwingt sich vom Velo und eilt ins Lokal. «Was haben Sie gewählt?», fragen wir, als er wieder herauskommt. «Das sage ich Ihnen nicht», sagt er ungehalten, murmelt etwas von Wahlgeheimnis und fährt davon. Auf Twitter wird vermeldet, es gebe sehr viele veränderte Wahlzettel.

11.30 Uhr

Vor dem Congress-Center der Messe Basel steht ein Polizeiauto. Zwei Uniformierte bewachen einen Event, der keiner ist: Anders als in der Vergangenheit findet diesmal im Wahlforum im Saal San Francisco keine Wahlparty für Kandidierende und interessierte Bürger statt. Nur hundert Politikern und Journalisten wird der Eintritt gestattet.

Wir stehen draussen vor der Tür. André Auderset (LDP) fährt vor. Er sagt: «Wie immer vor Wahlen habe ich mich auch diesmal gefragt: Wird es mir reichen oder nicht?» Er habe trotz Nervosität gut geschlafen, sagt er, zieht an der Zigarette und erzählt etwas von einem Rehrücken und Rotwein, den er am Vorabend im Freundeskreis genossen habe. Christophe Haller (FDP) wertet die Tatsache, dass viele Wähler keine reinen Parteilisten eingelegt haben, als gutes Zeichen: «Die FDP war in der Vergangenheit immer Panaschiergewinnlerin.» Patricia von Falkenstein (LDP) sieht das ähnlich: «Die Liberalen gelten als Panaschierkönige.»

Im Januar sagte Patricia von Falkenstein zur «Basler Zeitung»: «Wir wollen die bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat zurückerobern.» Jetzt meint sie, während sie auf die Drehtür beim Eingang zusteuert, die ins Congress-Center führt: «Wenn Stephanie Eymann in die Regierung gewählt werden sollte, wäre das im rot-grünen Basel eine Sensation.» Sie entschwindet durch die Drehtür hinauf ins Forum.

12.40 Uhr

Das SVP-Trio Joël Thüring, Pascal Messerli und Stefan Suter verlässt das Congress-Center. Sie gehen als Verlierer. Soeben hat das erste Zwischenresultat der Regierungsratswahlen gezeigt: Regierungsratskandidat Suter hat zwar ein achtbares Resultat gemacht, er ist aber weit abgeschlagen. Die Gesichter von Thüring und Messerli sind so weiss wie die Hemden, die sie tragen.



Die Darsteller verlassen die Wahl-Arena: David Rudin Wüest, Esther Keller (GLP) und Pascal Pfister (SP). Fotos: Dominik Plüss



Pascal Messerli und Joël Thüring von der SVP studieren am Handy die neuesten Wahlresultate.



LDP-Mitglieder verfolgen die Wahlberichterstattung. Rechts: Regierungsrat Conradin Cramer.

«Wir haben wenig Geld, aber viel Elan investiert.»

Christian Thurneysen
Vorstandsmitglied GLP

Parteipräsident Eduard Rutschmann ist nicht da – er liegt mit einer komplizierten Armfraktur im Spital. Die SVP, angetreten als «bürgerliche Alternative», ist, na ja, man könnte sagen: eine Splitterbruchpartei.

Luca Urgese (FDP) verlässt das Center, sein Weg kreuzt sich mit Pascal Pfister (SP). «Tanja Soland hat ein Spitzenresultat erzielt», ruft Pfister hinter seiner Maske. Noch ahnt er nichts von den Sitzverlusten, welche die Sozialdemokraten im Grossen Rat einfahren werden.

13.15 Uhr

Die Parteien haben sich verflüchtigt wie eine Aerosolwolke. Grössere Ansammlungen von Personen sind coronabedingt verboten. Im Café Spitz finden wir Spurenelemente der LDP beim Mittagessen. Glitzernd zieht der Rhein vorbei, Herbstidylle in der Stadt und Frühlingsgefühle bei den Liberalen, weil Regierungsrats-Kandidatin Stephanie Eymann überraschend gut im Rennen liegt. «Sie ist in einer ausgezeichneten Position», freut sich alt LDP-Grossrätin Christine Wirz-von Planta und nippt an einem Glas Rotwein.

16.40 Uhr

Die Frau, die bei ihrer Partei Frühlingsgefühle auslöst, winkt uns vom Balkon ihrer Wohnung am Burgweg herunter. Stephanie Eymanns Eltern liegen im Spital, Corona, darum muss sie noch bis am 1. November zu Hause in Quarantäne bleiben. «Meine Erwartungen haben sich mehr als erfüllt», ruft sie uns zu, «und falls es im ersten Wahlgang nicht ganz reichen

sollte, trete ich garantiert für den zweiten an.»

17.00 Uhr

Die Partei, die sagt, sie stehe für soziale Wärme, zieht das Social Distancing konsequent durch: Bei der SP, die sich in der Padelhalle im Klybeck trifft, wird peinlich genau darauf geachtet, dass die Leute nur in kleinen Gruppen zusammensitzen.

Normalerweise wird hier eine Art Tennis gespielt. Jetzt läuft das Spiel «mach gute Miene zum bösen Spiel». Beat Jans sitzt als gewählter Regierungsrat am Tisch und trinkt einen Mate-Tee. Seine Stimmungslage lässt sich wegen der Maske nicht genau deuten. Sie scheint, sagen wir mal: durchgezogen. Denn die SP verliert Sitze, und vielleicht verliert die Linke auch ihre Stadtpräsidentin Elisabeth Ackermann. Routiniert redet Jans den Misserfolg in einen Erfolg um: «Grüne, GLP und EVP legen zu, eigentlich könnte man sogar von einem Linksrutsch reden.» Auch der abtretende Regierungsrat Hans-Peter Wessels macht sich Hoffnungen: «Kaspar Sutter wird im zweiten Wahlgang in den Regierungsrat gewählt werden.» Parteipräsident Pascal Pfister hingegen kommentiert: «Ich bin enttäuscht. Für den zweiten Wahlgang müssen wir an die Säcke.» René Brigger sagt: «Viele Wähler lehnten sich wohl gemütlich zurück in der Meinung, die Linke habe ohnehin schon die Mehrheit im Grossen Rat.»

Auf dem Klybeck wurden einst Chemikalien produziert. Jetzt wäre eine Dosis Lachgas nötig, um die Stimmung bei den Ge-

nossen zu heben. Aber es gibt kein Lachgas weit und breit.

17.50 Uhr

Etwa zwanzig Vertreter der FDP versuchen, sich im Atelier Vonlanthen im St.-Johann-Quartier bei Laune zu halten, obwohl die Freisinnigen zu den Verlierern gehören. Regierungsrat Baschi Dürr stösst zur Gruppe. Er ruft zum Spass: «Wo bleibt der Applaus?» Jetzt wird geklatscht. Jemand ruft: «Baschi, sag ein paar Worte des Trostes.» Der Polizeidirektor besorgt sich zuerst ein Bier hinter dem Tresen. Die Trostsworte kommen nicht.

18.30 Uhr

Jeder für sich, alle maskiert: So begehen die Parteien den Wahltag. Etwas entrückt sitzen im dritten Stock des Hotels Hyperion am Messeplatz die LDPler zusammen. Auf einer Leinwand läuft TeleBasel. André Auderset spottet: «Stephanie Eymann haben nur 79 Stimmen gefehlt, dann wäre sie jetzt schon Regierungsrätin. Die SP hat am Montag sicher eine Krisensitzung. Wir bestimmt nicht.»

19.20 Uhr

Die Grünliberalen sind bei der Tribüne des Landhofs zusammengekommen. Hier riecht es nach gegrillten Klöpfen und Bratwürsten, hier riecht es nach Erfolg. Christian Thurneysen, Vorstandsmitglied der GLP Basel-Stadt, sagt: «Sensationell, was wir geschafft haben, ohne einem Parteienblock anzugehören. Wir haben wenig Geld, aber viel Elan investiert.» Feuerfunken stieben in den Basler Nachthimmel. Basel hat gewählt. Fortsetzung folgt.

Von der GLP-Metamorphose

Wie die Basler Grünliberalen gestern um 16.04 Uhr ihr Dasein als etwas bemitleidenswerte Kleinpartei abstreiften.

Leif Simonsen

In Momenten des unerwarteten Erfolgs kann man die ungeschminktesten Reaktionen beobachten. Aber leider sind es nicht immer die Klügsten. Was für frisch gekürte Olympiasieger gilt, lässt sich auch auf Regionalpolitikerinnen und -politiker ummünzen. Als um 16.04 Uhr die Resultate der Grossratswahlen über den Landhof hallten, wurde die GLP-Grossrätin Sandra Bothe recht einsilbig. «Acht Sitze?? Acht Sitze!! Acht Sitze!» – murmelte sie, fragte sie, schrie sie über den Rasen des altherwürdigen Stadions. Ja, acht Sitze. Fünf mehr als heute.

Es ist ein lange erdauelter Erfolg. Vor dreizehn Jahren wurde die Partei in Basel-Stadt gegründet. Bei den ersten Wahlen erreichte sie gleich Fraktionsstärke, verabschiedete sich aber bald daraufhin in die Nische, fristete ein Aussenseiterdasein. Und dieses Bild vermittelte die Partei gestern auch, als es um die Mittagszeit zur Zusammenkunft lud. Drei Journalisten standen rund einem knappen Dutzend GLP-ern gegenüber, die noch damit beschäftigt waren, Plakate zu montieren. Auf dem Beamer sollten die Zwischenresultate der Regierungswahlen übertragen werden. «Aber da sieht man ja gar nichts», meinte jemand. Und da einigte man sich darauf, dass halt jeder für sich die Verkündung auf dem Handy mitverfolgt, welches Resultat Esther Keller bei den Regierungswahlen gemacht hat. Man feierte noch Achtungserfolge – die GLP war ja eine Nischenpartei. «Ich find's ein gutes Resultat», meinte GLP-Vorstandsmitglied Christian Thurneysen. «Sie lässt die aktuelle Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann hinter sich. Wer hätte das gedacht?»

GLP-ler sponsert 36 Flaschen Sekt und Wein

Zum Zmittag geht's für das gute Dutzend Grünliberale in den wärschaften Rheinfelderhof – weil GLP-Urgestein Karl Linder da mit WIR zahlen kann. Ange-

stossen wird aber noch nicht. Man will erst warten, wie Esther Keller so drauf ist. Gut, wie sich herausstellt: Sie spricht von einem «crazy» Resultat, als sie reinplatzt. Dass sie bei den Regierungswahlen ein besseres Resultat rausholt als die Amtierende, sei angesichts der fehlenden Unterstützung von links und rechts doch überraschend. «Die anderen Parteien haben ja explizit gesagt, man solle mich nicht wählen. Da ist ein solches Ergebnis schon über den Erwartungen», meint sie. Auf die Frage einer Journalistin, ob sie mit vor die Tür zum Rauchen käme, entgegnet sie: «Eigentlich rauche ich nur am Wochenende – wobei, jetzt ist ja Wochenende!» Keller sagt, sie sei etwas durch den Wind, die Kraft reiche aber locker für den zweiten Wahlgang: «Jetzt bin ich im Flow. Die vergangenen Wochen waren einfacher als der Sommer, als alles aufgegleist werden musste.»

Am Nebentisch wird über den Zustand der Partei diskutiert. Zwei Grossratskandidatinnen loben die Bemühungen, Frauen zu integrieren. Aber sie meinen auch, man sei eben noch eine Kleinpartei, die sich in vielem finden müsse. Wofür steht die GLP in der Bildungspolitik, wofür in der Kulturpolitik? «Klar, das hängt jetzt stark von einzelnen Exponenten ab», meint eine. Das berge Konfliktpotenzial – die klare Linie fehle.

Solche Sorgen sind um 16.04 Uhr verfliegen. Schlagartig ist aus der Nischenpartei eine selbstbewusste Kraft im Basler Parlament geworden. «Wir haben mehr Sitze als die CVP oder die FDP – jetzt sind wir selbst eine arrivierte Partei», meinte GLP-Gründungsmitglied Dominik Bothe nach Bekanntgabe der Resultate, derweil seine Ehefrau noch nach den richtigen Worten suchte.

Die abendliche Sause auf dem Landhof endet weit nach Redaktionsschluss. Und ob die von einem Parteimitglied gesponserten – 36 Flaschen Wein und Sekt reichen, ist angesichts der GLP-Euphorie ungewiss.



Da war's noch eine Kleinpartei: Die GLP bei der Vorbereitung aufs Fest im Landhof.

Bilder: Isi



Fand ihr Resultat «crazy»: GLP-Kandidatin Esther Keller.



Siegerpose kurz nach 16 Uhr im altherwürdigen Fussballstadion: Die GLP bejubelt acht Sitze im Grossen Rat.

Auf den Dämpfer folgt die grüne Welle

Das Grüne Bündnis saht bei den Grossratswahlen ab. Gleichzeitig muss die Regierungspräsidentin in den zweiten Wahlgang.

Helena Krauser, Jonas Hoskyn
und Silvana Schreier

Der Jubelschrei des Tages kommt von den Vertreterinnen und Vertretern des Grünen Bündnisses. Im Saal San Francisco des Basler Congress Centers stehen sie an einem der hinteren Tische. Angespannt warten sie auf die Verkündung der Zwischenresultate der Grossratswahl. «Das Grüne Bündnis gewinnt drei Sitze», sagt Staatsschreiberin Barbara Schüpbach-Guggenbühl ins Mikrofon. Die Hände von Basta-Co-Präsidentin Heidi Mück schnellen in die Höhe. Grünen-Präsident Harald Friedl klatscht. Zum Ende des Tages werden es gar vier gewonnene Sitze sein.

Es ist einer der wenigen Momente an diesem aussergewöhnlichen Wahltag, an dem die Emotionen sichtbar werden. Vier gewonnene und damit zukünftig 18 Grossratsitze gehören dem Grünen Bündnis, ein Erfolg. Die Fraktion – bestehend aus den Grünen, der Basta und dem Jungen Grünen Bündnis – wird zur zweitgrössten des Basler Parlaments.

Sina Deiss, Co-Präsidentin der Basta, sagt: «Es zeigt, dass wir im Moment die richtigen Fragen stellen und gleichzeitig die richtigen Antworten parat haben.»

«Jetzt müssen wir nochmals dran»

Der Erfolg des Grünen Bündnisses geht jedoch zum Teil auf Kosten der Sozialdemokraten. Diese verlieren vier Sitze und nehmen die Resultate ernüchtert auf. Die Ratslinken stehen nach dem Wahltag vor einer besonderen Situation: Im Grossen Rat konnten sie sich vorläufig halten. 30 Sitze für die SP, 18 Sitze für das Grüne Bündnis. Zu-



Zweiter Wahlgang für Elisabeth Ackermann: Die grüne Regierungspräsidentin muss weiter zittern.

Bild: Roland Schmid (25. Oktober 2020)

sammen machen sie also 47 Prozent des Parlaments aus. Gleichzeitig hätten sie aber auch «einen Dämpfer erlebt», wie Heidi Mück es beschreibt. Die LDP habe zwar im Grossen Rat nicht weiter zulegen können, dafür sei ihr das im Regierungswahlkampf gelungen. «Jetzt müssen wir nochmals dran», kündigt Mück an.

Das sieht auch SP-Regierungsrätin Tanja Soland so: Die bisherige Finanzdirektorin wurde mit dem besten Ergebnis – 33175 Stimmen – direkt wiedergewählt. Zum Zweitplat-

zierten Lukas Engelberger (CVP) hat Soland fast 3000 Stimmen Abstand.

Sie freue sich natürlich darüber. Aber zum Feiern und Entspannen war ihr am Sonntagabend noch nicht zumute: «Das Zittern geht weiter, denn wir müssen jetzt schauen, dass Kaspar Sutter und Elisabeth Ackermann die Wahl in die Regierung ebenfalls schaffen.»

Der zweite Wahlkampf beginnt umgehend

Sutter erhielt 23086 Stimmen und liegt damit nach Stephanie

Eymann (LDP, 24637) unter dem Absoluten Mehr. Mit dem zweiten Wahlgang habe er gerechnet, sagt Sutter. Wenige Minuten nach der Resultatverkündung postet er bereits einen Aufruf auf Twitter: Der zweite Wahlkampf hat für ihn begonnen.

Damit das Viererticket von Rot-Grün erfolgreich ist, fehlt jedoch die Wiederwahl von Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann (Grüne). Mit 20206 Stimmen liegt sie mehr als 4000 Stimmen unter dem Absoluten Mehr und klar hin-

ter Eymann, Sutter, Baschi Dürr (FDP) und Esther Keller (GLP). «Ich bin enttäuscht», sagt Ackermann gerade heraus. Auch bei der Wahl des Regierungspräsidiums erreicht sie zu wenige Stimmen, um im ersten Wahlgang gewählt zu sein. Hier liegt sie einigermassen knapp hinter LDP-Kandidatin Eymann, aber deutlich vor GLP-Politikerin Keller. «So wie es aussieht, werde ich im zweiten Wahlgang wieder antreten und habe die Unterstützung der Parteileitung.» Für Ackermann geht

«Ich werde im zweiten Wahlgang antreten und habe die Unterstützung der Parteileitung.»

Elisabeth Ackermann
Regierungspräsidentin

damit der Wahlkampf weiter. Sie betont, sie werde weiter kämpfen und wolle insbesondere in den sozialen Medien stärker präsent sein.

Bei den Grünen brodelte es

Nach dem schlechten Abschneiden von Ackermann wird in der eigenen Partei die Forderung laut, dass sie sich zurückziehen und Platz für eine andere Kandidatur im zweiten Wahlgang machen soll. «Elisabeth Ackermann darf nicht noch einmal antreten. Ihr Resultat ist so katastrophal, dass wir sonst den Sitz und die rot-grüne Regierungsmehrheit verlieren», sagen mehrere aktive Grüne. Das Problem: Innerhalb eines Monats eine neue Kandidatin oder einen neuen Kandidaten aufzubauen, wäre ein schwieriges Unterfangen. Gleichzeitig scheint die Partei aber auch nicht zu wissen, wie ein weiterer Wahlkampf mit Ackermann aussehen könnte.

Die Idee, sich mehr auf die sozialen Medien zu fokussieren, bleibt am Sonntagabend jedenfalls vage.

Im Grossen Rat gewinnt die Mitte

Die Grünliberalen und die EVP erhalten mehr Sitze. Verlierer sind SP, SVP und FDP.

Künftig werden Mehrheitsbildungen im Parlament nicht einfach abzuschätzen sein. Zu gross ist der Teil der Sitze, die keinem Lager direkt zugeordnet werden können. Gewonnen haben an diesem Wahlsonntag die Parteien der Mitte. Allen voran die Grünliberalen. Sie eroberten vier Sitze und liegen somit bei acht Sitzen. Die Fraktionsstärke ist mehr als erreicht. «Es ist nun an der Zeit, dass die GLP Verantwortung übernimmt und sich nicht andauernd, nachdem ein Geschäft bereits überwiesen wurde, wieder umentscheidet», kommentiert SVP-Fraktionspräsident Pascal Messerli.

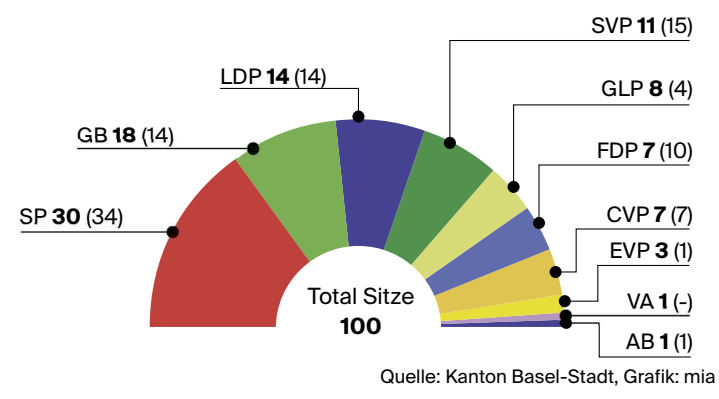
Die Rolle des Züngleins an der Waage möchte GLP-Präsidentin Katja Christ ihrer Partei nicht zuschreiben. «Wir schlagen uns nicht mal auf die eine und mal auf die andere Seite, sondern machen unsere eigene Politik. Das werden wir auch in

Zukunft so weiterführen.» Von dem Resultat der Grossratswahlen sei sie überwältigt, so Christ. Die Grünliberalen profitierten vom nationalen Trend und teilweise auch von der «grünen Welle». «Dass man den Klimawandel nicht einfach so ausklammern kann, hat mittlerweile auch die Wirtschaft verstanden. Das kommt uns zugute, da es einige Leute gibt, die zwar sehen, dass in dieser Hinsicht etwas unternommen werden muss, aber dennoch nicht eine linke Partei wie die Grünen wählen wollen», so Christ. Ausserdem sei die Partei durch ihren Nationalratssitz gestärkt in die Wahl gegangen und habe von einer guten Kampagne, der Regierungsratskandidatin sowie einer gestärkten Basis profitiert.

Die Wahlbeteiligung lag verhältnismässig hoch. 43,5 Prozent der Wahlberechtigten nahmen dieses Jahr an den Gross-

So sieht der neue Grosse Rat aus

Anzahl Sitze nach Parteien (vgl. 2016)



ratswahlen teil. 2016 lag sie bei nur 39,1 Prozent.

Ebenfalls an Sitzen zugelegt hat die EVP. Neben der Partei «Volksaktion gegen zu viele Ausländer und Asylanten in unserer Heimat» von Eric Weber, die künftig mit einem Sitz im Parlament vertreten sein wird, hat die

EVP am stärksten von dem neuen Wahlgesetz, der Abschaffung der Vier-Prozent-Hürde, profitiert. In allen Wahlkreisen, ausser in Riehen, wo sie zehn Prozent erreichte, lag sie gemäss den Zwischenresultaten unter vier Prozent. Neu ist die EVP mit drei Sitzen vertreten. Sie ist we-

der dem linken noch dem bürgerlichen Lager zuzuordnen und wird künftig, gemeinsam mit der GLP, entscheidend für die Mehrheitsbildungen sein. «Jetzt wird es interessanter im Parlament. Man wird situativ nach Entscheidungen suchen müssen», so Messerli.

FDP verliert drei und SVP vier Sitze

Messerlis Partei, die SVP, gehört zu den Verlierern der Grossratswahlen. Vier Sitze muss sie abgeben. «Unser Ziel war es, die Sitze zu halten. Das haben wir nicht geschafft. Das Resultat ist eine Enttäuschung für uns, aber passt leider auch in den nationalen Trend», so Messerli. Die SVP steht in Basel oft alleine am rechten Rand. Diese extremen Positionierungen wurden ihr nun zum Verhängnis. Verloren hat auch die FDP. Sie fällt auf sieben Sitze. Die Fraktionsstär-

ke kann sie somit noch halten. Regierungsratskandidat Baschi Dürr ist nicht begeistert von dem Resultat seiner Partei. «Das Ergebnis ist nicht berauschend, aber immerhin besser als bei den nationalen Wahlen vom letzten Jahr.» Verloren hat auch die SP – und zwar gleich vier Sitze.

Nach der GLP hat das Grüne Bündnis das beste Resultat erreicht. Mit 18 Sitzen ist die Fraktion zweitstärkste Kraft. Unverändert bleiben die Sitze von LDP, CVP und Aktives Bettingen. Ein Blick auf die Wahlkreise zeigt: In Grossbasel West holt das linke Lager mit 54 Prozent gemäss den Zwischenresultaten nach wie vor die meisten Stimmen. Riehen wählt derweil entgegen dem übrigen Basel bürgerlich. Nur 26 Prozent gehen ans linke Lager.

Helena Krauser

Beinahe-Siegerin Eymann freut sich in der Quarantäne

Von Null auf Platz fünf: LDP-Kandidatin Stephanie Eymann schrammte nur knapp an der Sensation vorbei. Für den zweiten Wahlgang ist sie nun überraschend in der Favoritenrolle.

Jonas Hoskyn

«Meine Güte war das knapp! Ich bin noch immer völlig baff.» Nach Bekanntgabe der definitiven Resultate der Basler Regierungswahlen tönt Stephanie Eymann, als hätte sie gerade einen Hollywood-Thriller gesehen. Nach den Briefstimmen lag sie am Mittag noch knapp über dem Absoluten Mehr. Mit den Urnenstimmen fehlten schliesslich schlappe 79 Stimmen zum Sprung in die Regierung. Das entspricht nur 0,3 Prozent ihres Resultates und ist zudem noch ihr Jahrgang, wie die LDP-Kandidatin lachend feststellte. «Die Freude über das gute Resultat überwiegt klar.»

In den zweiten Wahlgang am 29. November geht die Fünftplatzierte nun als Spitzenkandidatin. Ungewohnt: Denn Eymann hatte lange Zeit niemand auf der Rechnung. Die Baselbieter Polizeikommandantin lebt erst seit einhalb Jahren wieder in Basel, wo sie aufgewachsen ist. «Und einen politischen Leistungsausweis habe ich hier im Kanton auch noch keinen», sagt sie. Sie selber habe sich vielleicht eine 50-Prozent-Chance eingeräumt, dass sie es auf einen Platz unter den ersten sieben schaffe. «Ich hätte erwartet, dass die Linken klarer hinter ihren vier Kandidierenden stehen.» Es habe sich gezeigt, dass auch die SP als wählerstärkste Partei nicht problemlos ihre Amtsträger ersetzen kann. Und bei Ackermann seien viele mit der Amtsführung über die vergangenen vier Jahre unzufrieden gewesen.

Neben Eymann schafften es noch SP-Mann Kaspar Sutter und FDP-Sicherheitsdirektor Baschi Dürr auf die

potenziellen Regierungsplätze. Entsprechend optimistisch geht die LDP-Kandidatin in die zweite Runde: «Man hat unserem bürgerlichen Vierticket keine grossen Chancen eingeräumt. Aber offenbar gibt es viele Leute, die mit der Arbeit der rot-grünen Regierungsmehrheit nicht zufrieden sind. Wir haben gute Chancen auf einen Machtwechsel. Jetzt erst wollen wir ihn erst recht.»

«Sie bringt mit, was Ackermann fehlt: ein überzeugender Auftritt»

Das gute Resultat bestätigt auch das Abschneiden von Eymann bei der Kür der künftigen Regierungspräsidentin. Auch hier liess sie die Bisherige, Elisabeth Ackermann, hinter sich, auch wenn der Vorsprung etwas weniger deutlich ausfiel als bei den Regierungswahlen (35,7 Prozent gegenüber 33,7 Prozent der Stimmen). Zum Vergleich: Baschi Dürr landete vor vier Jahren als Bisheriger im ersten Wahlgang so deutlich hinter Ackermann, dass er tags darauf seine Kandidatur als Regierungspräsident zurückzog. Chancenlos blieb hier die Grünliberale Esther Keller, die rund einen Fünftel der Stimmen holte. Offenbar haben das linke und das bürgerliche Lager in dieser Frage ziemlich geschlossen für ihre Frauen gestimmt. Da keine der Kandidatinnen das absolute Mehr erreicht, kommt es auch beim Regierungspräsidium zu einem zweiten Wahlgang Ende November.

Auch LDP-Präsidentin Patricia von Falkenstein war gestern überrascht vom guten Abschneiden ihrer Kandidatin. «Das Resultat ist eine Sensation. Wir wussten, dass sie gut ist und bei den

Leuten ankommt. Aber dass sie so gut abschneiden wird, damit haben wir nicht gerechnet. Die Resultate zeigen, dass Stephanie Eymann auf ganzer Linie überzeugt hat. Sie bringt mit, was Ackermann fehlt: ein überzeugender Auftritt.»

Bald die erste bürgerliche Regierungsrätin Basels?

Viele erklärten Eymanns Resultat am gestrigen Wahlkampf auch mit dem Umstand, dass die Bürgerlichen im Vergleich zu 2016 auch eine weibliche Kandidatur auf dem Ticket hatten. Tatsächlich wäre Eymann die erste bürgerliche Regierungsrätin des Kantons. Das dürfte auch viele Wähler aus dem Mitte-Links-Lager motiviert haben, sie auf die Liste mit draufzuschreiben. Sicherlich nicht zu ihrem Nachteil war ihr Nachname. Von ihrem Onkel und Nationalrat Christoph Eymann ist bekannt, dass er viele Stimmen bei der SP holt.

Für die bürgerlichen Parteien ist damit auch die Taktik aufgegangen, nicht noch einmal den Schulterschluss mit der SVP zu suchen. Alle vier bürgerlichen Kandidaturen landeten in den Top 7, also auf den potenziellen Regierungsplätzen. SVP-Kandidat Stefan Suter dagegen blieb chancenlos – ob er mit bürgerlichem Support wesentlich besser abgeschnitten hätte, bleibt Kaffeesatzlesen.

Eltern haben bis zum 1. November Corona-Quarantäne

Bis sie wieder in den Wahlkampf starten kann, muss sich Eymann allerdings noch ein paar Tage gedulden. Wegen mehrerer Coronafälle in ihrer Familie

«Keine Frage, das ist enttäuschend. Wir werden weiter mit Initiativen arbeiten müssen.»



Pascal Pfister
SP-Präsident

«Dieses Resultat macht Mut. Aber im nächsten Wahlgang müssen wir wirklich ran.»



Heidi Mück
Basta-Co-Präsidentin

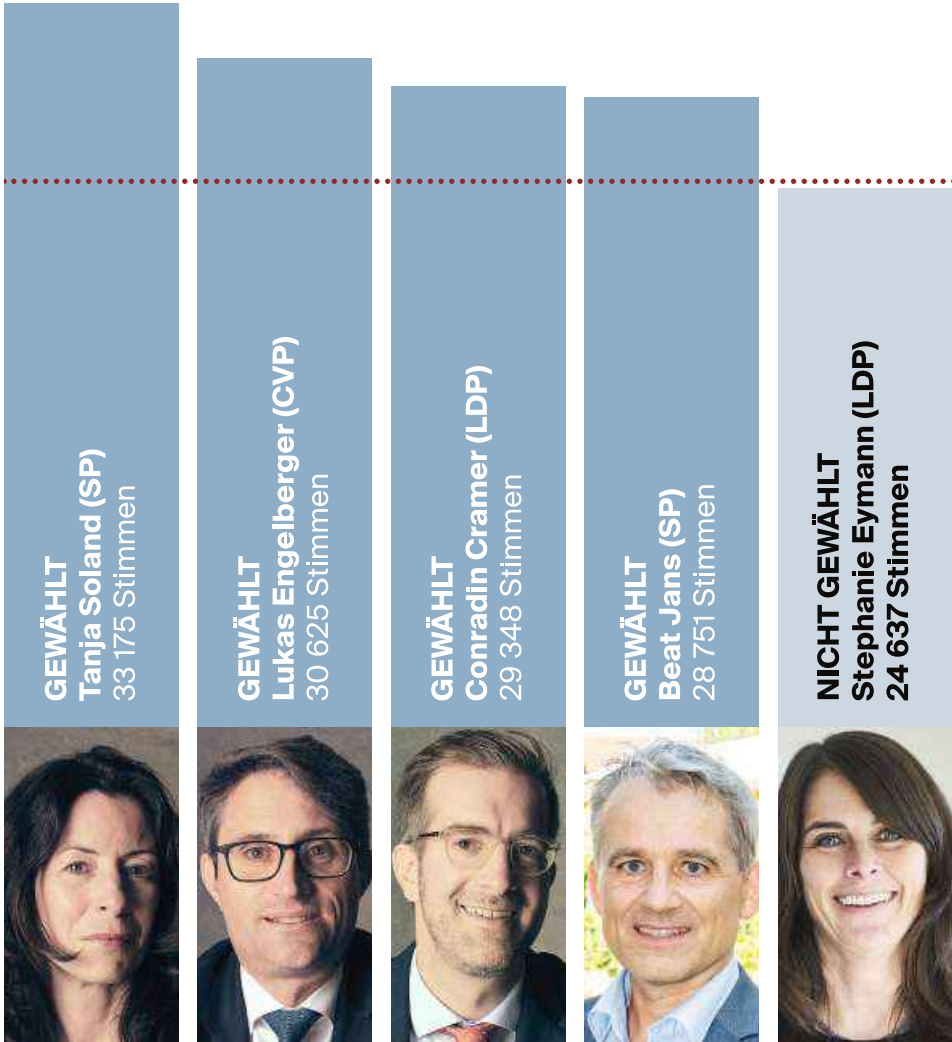
«Unser Kandidat Stefan Suter hat eigentlich kein schlechtes Resultat gemacht.»



Pascal Messerli
SVP-Fraktionspräsident

Die Basler Regierungswahlen

So hat Basel-Stadt gewählt



Feier-Selfie aus der Quarantäne: LDP-Kandidatin Eymann.

Bild: zvg

sitzt sie seit Samstag in ihrer Wohnung in Quarantäne, noch bis zum 1. November. Ihr Vater, der langjährige LDP-Grossrat und Kleinbasler Arzt Felix Eymann, und ihre Mutter liegen mit Covid-19 im Spital. «Der Tag war emo-

tional ein einziges Auf und Ab», sagt sie. Immerhin: Zum Abschluss gab's am Abend noch ein Besuch. Die bürgerlichen Mitstreiter liessen es sich nicht nehmen, Eymann von der Strasse aus zu gratulieren.

«Es zeigt, dass Rot-Grün nicht so stark ist, dass es mit egal wem gewinnt.»

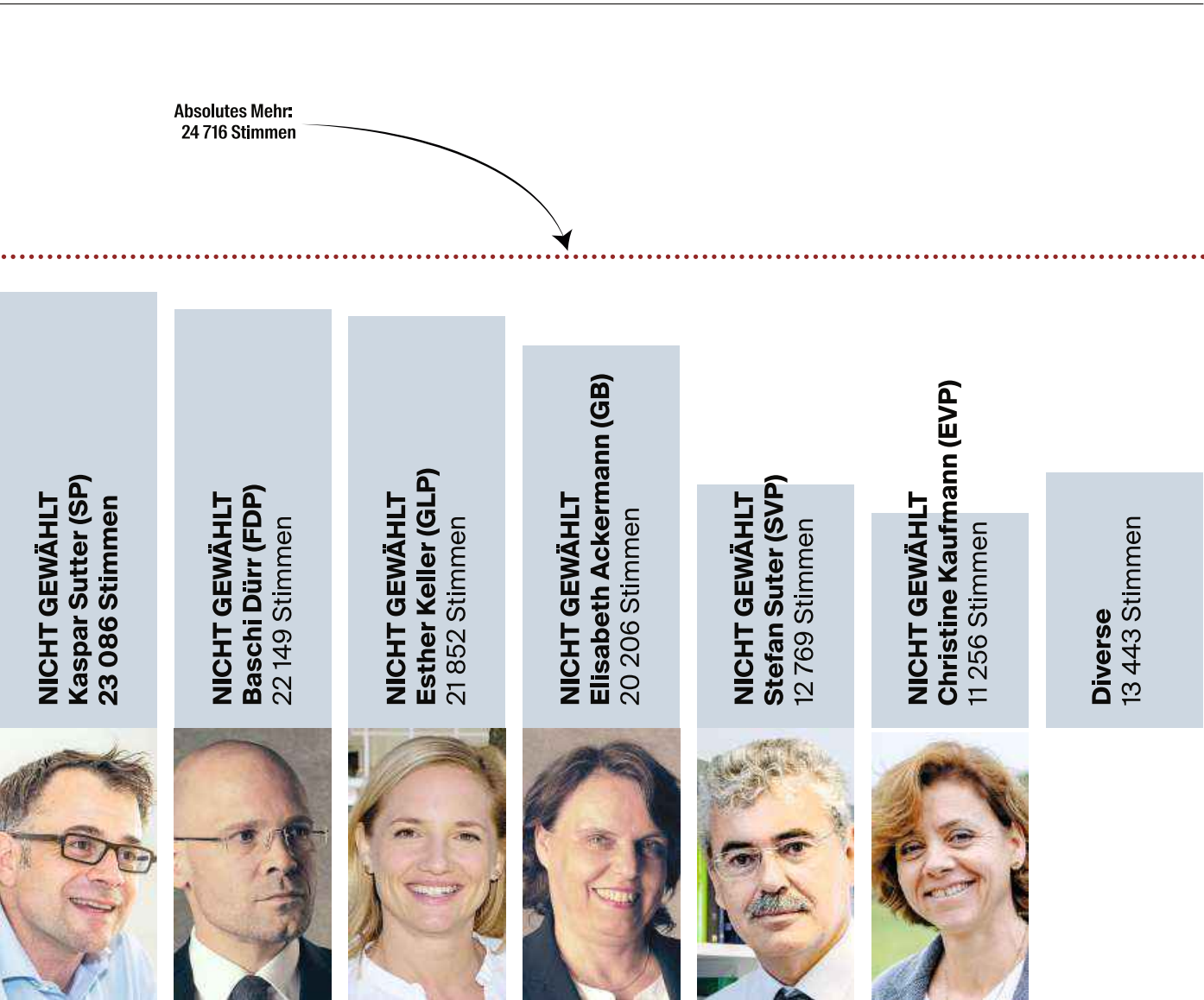


Luca Urgese
FDP-Präsident

«Die Regierungswahl war enttäuschend – im ersten Moment wars gar ein Schock.»



Harald Friedl
Grünen-Präsident



Quelle: Kanton Basel-Stadt, Grafik: Milcha Wernli

Vier Regierungsmitglieder stehen fest

Soland und Jans (SP) sowie Engelberger (CVP) und Cramer (LDP) klar gewählt.

Finanzdirektorin zu sein ist eine gute Ausgangslage. Nachdem die vergangen drei Mal ihre Vorgängerin und Parteikollegin Eva Herzog auf dem ersten Rang landete, schaffte gestern Tanja Soland (SP) mit deutlichem Abstand das Spitzenresultat bei den Regierungsratswahlen (33 175 Stimmen). Und das, obwohl Soland von den Bisherigen die Amtsjüngste ist. Fast auf den Tag genau vor einem Jahr wurde sie in die Basler Exekutive gewählt und gestern klar bestätigt. Platz zwei beziehungsweise drei gehören Lukas Engelberger (CVP, 30 625 Stimmen) und Conradin Cramer (LDP, 29 348 Stimmen).

Bei beiden war das gute Abschneiden erwartet worden. Der Gesundheitsdirektor und der Bildungsdirektor schafften die Wahl schon vor vier Jahren problemlos. Engelberger dürfte auch davon profitiert haben, dass er als Präsident der Gesundheitsdirektorenkonferenz derzeit wegen der Coronapandemie in den Medien präsent ist.

Ackermann muss auf Mobilisierung hoffen

Auf Platz vier landet Beat Jans mit 28 751 Stimmen – beachtlich für einen Neueinsteiger. Der künftige SP-Regierungsrat profitierte von seiner Bekanntheit als langjähriger Nationalrat. Auffallend: Das Spitzenquartett setzt sich klar von den übrigen Kandidierenden ab. Zwischen Soland auf dem ersten Rang und Jans auf dem vierten liegen rund 4400 Stimmen. Fast gleich viel dahinter liegt Eymann auf Platz fünf.

Ebenfalls in den Top 7 und damit gute Chancen im zweiten Wahlgang haben Kaspar Sutter (SP) und der bisherige Justiz- und Sicherheitsdirektor Baschi Dürr (FDP). Dürres Vorsprung auf Esther Keller fällt mit knapp 300 Stimmen aber denkbar knapp aus. Die Grünliberale war gestern neben Ey-



Siegerquartett (v.l.): Cramer, Engelberger, Soland, Jans.

Bild: Roland Schmid

mann die zweite Überraschung. Sie konnte offenbar viele Stimmen aus anderen Parteien auf sich vereinen.

Keller dürfte nun von der Ausgangslage profitieren, dass im zweiten Wahlgang noch drei Regierungssitze zu vergeben sind. Bei zweien wäre sie Gefahr gelaufen, zwischen dem linken und dem bürgerlichen Lager zwischen die Bänke zu fallen. Sehr schwierig wird die Ausgangslage für Elisabeth Ackermann (Grüne). Sie muss auf der linken Seite stark mobilisieren, um im zweiten Wahlgang noch eine Chance zu haben.

SVP will zum Zünglein an der Waage werden

Der SVP-Kandidat Stefan Suter blieb chancenlos. Er müsste seine Stimmenzahl praktisch verdoppeln, um den Sprung in die Regierung zu schaffen. Doch die SVP hat gute Karten im Machtpoker mit den anderen bürgerlichen Parteien. Als Zugeständnis für die Unterstützung von Eymann oder Dürr

kann sie versuchen, doch noch einen Platz auf dem bürgerlichen Ticket auszuhandeln. SVP-Parteistrategie Joël Thüring verweist zwar auf die heutige SVP-Versammlung, lässt aber auch keinen Zweifel daran, dass seine Partei dieses Pfand nun einsetzen soll. Er sagt auf Anfrage: «Ein bürgerliches Dreier-Ticket mit Dürr und Eymann wäre im zweiten Wahlgang natürlich ideal für uns.»

Kein Thema mehr im zweiten Wahlgang dürften Politikünstler Christian Müller (FUK) und der rechtsextreme Querulant Eric Weber (VA) sein. Christine Kaufmann (EVP) indes, die sich über gut 11 000 Stimmen und, wie sie selber meinte, ein «beachtliches Ergebnis» freute, will den heutigen Vorstandsentscheid abwarten, ehe sie sich für oder gegen den zweiten Wahlgang entscheidet. Immerhin meint sie: «Wahlkampfmüde bin ich nicht.»

Jonas Hoskyn und Leif Simonsen

«Es braucht auch etwas Glück»

Vor einem Jahr verpasste Sarah Wyss die Wahl zur Nationalrätin. Nun klappt es dennoch.

Herzliche Gratulation, Frau Wyss, Beat Jans wird Regierungsrat von Basel-Stadt – Sie rücken damit im Nationalrat nach. Ist das nun die Krönung Ihrer Politkarriere?

Zunächst einmal freue ich mich sehr auf diese Herausforderung. Ob es die Krönung ist, weiss ich nicht.

Vor einem Jahr sind Sie knapp daran vorbeigeschlittert, direkt gewählt zu werden. Ihre Enttäuschung damals war gross. Haben Sie noch damit gerechnet, doch noch in den Nationalrat einziehen zu können?

Es stimmt, ich war sehr enttäuscht. Es war keine einfache Situation. Meiner Leidenschaft für die Politik hat dies aber keinen Abbruch getan. Ich finde sowohl die nationale wie die kantonale Politik sehr spannend. Ich habe mir stets alle Optionen offengehalten, wusste aber immer, dass ich mehr bewirken möchte als im Grossen Rat. Vor einem Jahr stand alles noch in den Sternen, doch in der Politik regiert oft auch der Zufall – und dann braucht es noch ein bisschen Glück.

Politisieren Sie linker als Beat Jans?

Ich habe sicher andere Schwerpunkte als Beat Jans. Beat ist ein ausgewiesener Umwelt- und Energiepolitiker, auch die Finanzpolitik liegt ihm nahe. Grössere Überschneidungen haben wir wohl im letztgenannten Thema. Ansonsten liegen wir vor allem thematisch auseinander. Am Ende ist gar nicht so entscheidend, wer linker ist, sondern für welche Themen man sich einsetzt.

Ihr Fokus liegt vor allem auf der Gesundheitspolitik. Was darf man diesbezüglich von Ihnen erwarten?

Ich denke, da muss ich realistisch sein: Zuerst muss ich in Bern meinen Platz finden. In der SP-Fraktion gibt es einige Exponentinnen und Exponenten, die



Sarah Wyss: Von der Juso-Präsidentin zur Nationalrätin. Bild: Pino Corvino

sich auf diesem Gebiet bereits einen Namen gemacht haben. Tatsächlich ist es aber schon so, dass ich auch einiges anstossen möchte im Gesundheitswesen. Ich bin in meiner bisherigen Arbeit immer wieder an die Grenzen des kantonal Möglichen gestossen, denn der Bund gibt in der Gesundheit oft den Takt vor. Genau hier möchte ich nun ansetzen. Ich erhoffe mir nun einen nationalen Hebel.

Was bedeutet das konkret? Was tun Sie für tiefere Krankenkassenprämien?

Die Prämienbelastung ist ein Thema, das wir angehen, gerade auch mit unserer Initiative. Ich möchte aber eine Diskussion über das grundsätzliche System anstossen. Ich würde mir wünschen, dass wir in Gesundheitsregionen denken – und nicht mehr in Kantonen. Das wäre mir ein grosses Anliegen. Hier braucht es einen Systemwechsel, den ich mittragen möchte.

Benjamin Rosch

Die 100 Gewählten im Grossen Rat

Grossbasel West

SP: Nicole Amacher, Alexandra Dill, Toya Krummenacher, Danielle Kaufmann, Kaspar Sutter, Christian von Wartburg, Pascal Pfister, Claudio Miozzari, Jean-Luc Perret, Seyit Erdogan, Stefan Wittlin. GB: Raffaella Hanauer, Raphael Fuhrer, Jürg Stöcklin, Beatrice Messerli, Oliver Bolliger, Laurin Hoppler, Lea Wirz. LDP: Jeremy Stephenson, Thomas Mury, François Bocherens, Lukas Faesch. SVP: Joël Thüring, Beat K. Schaller, Daniela Stumpf, Roger Stalder. FDP: Luca Urgese, Karin Sartorius-Brüschweiler. GLP: David Wüest-Rudin, Brigitte Kühne, Niggi Daniel Rechsteiner. CVP: Andrea Knellwolf, Andrea Strahm. EVP: Brigitte Gysin.

Grossbasel Ost

SP: Lisa Mathys, Barbara Heer, Thomas Gander, Tim Cuénod, René Brigger, Melanie Nussbaumer, Mehmet Sigirci, Semseddin Ylmaz. GB: Jo Vergeat, Jérôme Thiriet, Oliver Thommen, Patrizia Bernasconi. LDP: Raoul Furlano, Lydia Isler-Christ, Catherine Alioth, Michael Hug, Annina von Falkenstein. SVP: Pascal Messerli, Gianna Hablützel-Bürki, David Trachsel. FDP: David Jenny, Erich

Bucher. GLP: Esther Keller, Tobias Christ. CVP: Beatrice Isler, Franz-Xaver Leonhardt. EVP: Christoph Hochuli.

Kleinbasel

SP: Salome Hofer, Sarah Wyss, Edibe Gölgeli, Kerstin Wenk, Jessica Brandenburger, Mahir Kabakci, Sebastian Kölliker, Beda Baumgartner, Michela Seggiani. GB: Tonja Zürcher, Michelle Lachenmeier, Heidi Mück, Beat Leuthardt, Fleur Weibel, Harald Friedl. LDP: Stephanie Eymann, André Auderset, Alex Ebi. SVP: Stefan Suter, Lorenz Amiet. FDP: Beat Braun-Gallacchi, Marc Eichner-Guth. GLP: Bülent Peker-man, Johannes Sieber. CVP: Balz Herter, Pasqualine Gallacchi. VA: Eric Weber.

Riehen/Bettingen

SP: Sasha Mazzotti, Franziska Roth. GB: Marianne Hazenkamp-von Arx. LDP: Daniel Hettich, Nicole Strahm-Lavanchy. SVP: Felix Wehrli, Jenny Schweizer-Hoffmann. FDP: Andreas Zappalä. GLP: Sandra Bothe-Wenk. CVP: Daniel Albietz. EVP: Thomas Widmer-Huber. Aktives Bettingen: Olivier Battaglia.

Basel Stadt Land Region

Wer holt sich die drei freien Plätze?

Ränkespiele vor zweitem Wahlgang Das miserable Resultat von Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann gefährdet die rot-grüne Regierungsmehrheit. Doch die Grünen halten an ihr fest. Inzwischen hat die SVP ihren Kandidaten zurückgezogen.



Wer macht das Rennen? Elisabeth Ackermann (Grüne), Kaspar Sutter (SP), Esther Keller (GLP), Stephanie Eymann (LDP) und Baschi Dürr(v.l.). Fotos: Nicole Pont, Pino Covino, Dominik Plüss

**Sebastian Briellmann,
Thomas Dähler und
Alessandra Paone**

Kaum sind die Gesamterneuerungswahlen halbwegs analysiert, richtet sich der Blick bereits voran für die schwer angeschlagene Elisabeth Ackermann? Stand Montag ist, natürlich, noch vieles Spekulation – aber bereits lässt sich spüren, welche Richtung die einzelnen Parteien und Gruppierungen einschlagen werden.

Was heisst das nun für die verbliebenen Kandidaten, allen voran für die schwer angeschlagene Elisabeth Ackermann? Stand Montag ist, natürlich, noch vieles Spekulation – aber bereits lässt sich spüren, welche Richtung die einzelnen Parteien und Gruppierungen einschlagen werden.

Wie verhält sich die SVP nun?

Eine Gewissheit gibt es aber schon: Stefan Suter wird nicht mehr für die SVP antreten, die Partei hat entschieden, keinen Kandidaten mehr zu stellen. Sie hat offensichtlich erkannt, dass Suter, der im ersten Wahlgang hinter Ackermann auf Platz zehn landete, im zweiten Wahlgang ohne Chance bliebe. Es ist sogar von politischem Selbstmord die Rede, würde man den bekannten Basler Anwalt nochmals ins Rennen schicken.

Die Frage ist, wie sich die SVP ohne eigene Kandidatur verhält. Unterstützt sie das bürgerliche

Bündnis in ihrem Versuch, den erwarteten Grossangriff von Rot-Grün zu kontern? Nein. Die SVP will weder die LDP-Kandidatin Stephanie Eymann noch den freisinnigen Sicherheitsdirektor Baschi Dürr öffentlich empfehlen – nach den Streitigkeiten mit den anderen bürgerlichen Parteien ist das nachvollziehbar.

Gleichwohl wäre man gerade bei der FDP nicht unglücklich gewesen, wäre Suter ein zweites Mal angetreten. Immerhin hätte er die SVP-Wählerschaft nochmals mobilisieren können. Die CVP dürfte sich über Suters Verzicht freuen – sie wäre wohl nicht gewillt gewesen, mit der SVP gemeinsame Sache zu machen, wie Parteipräsident Balz Herter wiederholt zu verstehen gegeben hat.

Die FDP und auch die LDP, so ist zu vernehmen, hoffen nun, dass sich Suter, der keinen SVP-Stallgeruch hat, für das bürgerliche Zweierticket einsetzt. Es ist durchaus möglich, dass man ihn auch aktiv darum bitten wird.

Immerhin scheinen sich die Bürgerlichen in einem Punkt einig zu sein: Esther Keller werde das bürgerliche Duo Dürr/Eymann nicht gefährden. Vielmehr dürfte die Grünliberale im zweiten Wahlgang zwischen dem linken und dem bürgerlichen Block zerrieben werden. Der Beweis dafür, sagen sie, sei Kellers Resultat bei der Wahl fürs Präsidialdepartement, bei der sie nach dem ersten Wahlgang deut-

lich hinter Eymann und Ackermann lag.

Eine Hoffnungsträgerin für die Bürgerlichen ist auch hier die Vergangenheit. Ein Blick auf frühere Wahlen zeigt nämlich, dass Ackermann nur geringe Chancen hat, es doch noch zu schaffen. Bisherige Regierungsmitglieder, die es im ersten Wahlgang nicht unter die ersten sieben geschafft haben, blieben in früheren Jahren stets erfolglos. Regierungsrat Hans-Martin Tschudi (Demokratisch-Soziale Partei), 2004 im ersten Wahlgang nur auf Platz acht, trat zum zweiten Wahlgang nicht mehr an. Regierungsrätin Veronica Schaller (SP), 2000 auf Platz acht, wurde im zweiten Wahlgang abgewählt. Dasselbe erlebten die Regierungsräte Christoph Stutz (CVP) 1996 und Remo Gysin (SP) 1992.

Ackermann will immer noch

Ackermann will dennoch weitermachen. Die amtierende Regierungspräsidentin hat das am Sonntag mehrfach betont, und am Montag bekräftigte auch Grünen-Präsident Harald Friedl, dass man weiterhin auf Ackermann setzen wolle. Dabei hätte das Grüne Bündnis durchaus andere Möglichkeiten, den Sitz in der Basler Regierung zu retten – mit einer neuen Kandidatin, die nicht zwingend auch gleich das Präsidium anstrebte. Etwa mit der Basta-Nationalrätin Sibel Arslan, die mit einem respektab-

Die SVP will weder Stephanie Eymann noch Baschi Dürr öffentlich empfehlen.

len Leistungsausweis in Bern antreten könnte. Möglich wäre auch eine Kandidatur von Basta-Co-Präsidentin Heidi Mück, die politisch zwar weit links steht, vor vier Jahren aber ein beachtliches Resultat erreicht hat. Und sollten beim Grünen Bündnis auch Männer infrage kommen, wären da noch die Grossräte Beat Leuthardt oder Thomas Grossenbacher.

Die LDP hat 1992 gezeigt, dass es sich lohnen kann, den Kandidaten auszuwechseln. Ihr Regierungsrat Peter Facklam zog sich zurück, nachdem er nicht im ersten Wahlgang wiedergewählt wurde. An seiner Stelle portierten die Liberalen damals für den zweiten Wahlgang Ueli Vischer, der prompt den Einzug in die Regierung schaffte.

Mück wurde bereits am Sonntag von vielen Leuten gefragt, wieso sie im zweiten Wahlgang nicht anstelle der stark angeschlagenen Regierungspräsidentin antrete. Im Gespräch mit der BaZ sagt Mück: «Wenn Elisabeth von sich aus auf den zweiten Wahlgang verzichtet, dann muss ich mir eine Kandidatur ernsthaft überlegen. Ansonsten gibt es keinen Grund für mich.» Sie gibt aber auch zu bedenken, dass Basta nur ein Teil des Grünen Bündnisses sei. «Wir sind nicht in der Position, den Entscheid für einen Kandidatinnenwechsel alleine zu fällen.» Es sei vor allem Aufgabe der Grünen zu entscheiden, ob sie noch

mal mit Ackermann antreten wollten. Beide Optionen seien riskant. «Aber die Erfahrung hat gezeigt, dass wir vor allem in schwierigen Situationen zur Hochform auflaufen.»

Die Basta-Mitglieder versammelten sich am Montagabend. Ackermann wurde eingeladen, ihre Beweggründe für ihre nochmalige Kandidatur zu erklären. Sie habe sich über die Einladung gefreut und versuche es trotz eines anderen Termins einzurichten, sagt Mück und ergänzt: «Wir werden sehen.»

SP muss Ackermann unterstützen

Dass sich die Sozialdemokraten in die Kandidatenkür der Grünen für den zweiten Wahlgang einmischen, ist wenig wahrscheinlich. Das sagten jedenfalls am Montag mehrere Exponenten der SP hinter vorgehaltener Hand. Als Verlierer der Grossratswahlen fehlt der SP die Legitimation dafür. Hätten sie besser abgeschnitten, wäre ein anderes Szenario möglich geworden: eine weitere SP-Kandidatur. Selbst Bürgerliche wollen wissen, dass es sich dabei um Kerstin Wenk gehandelt habe.

Das spielt nach der Niederlage am Sonntag nun aber keine Rolle mehr. Der SP bleibt nichts anderes übrig, als Ackermann weiterhin tatkräftig zu unterstützen. Schliesslich steht die rot-grüne Regierungsmehrheit auf dem Spiel.

Arslan steht bereit

Bürgerliche und Linke hirnieren über die beste Strategie für den zweiten Wahlgang. SVP-Kandidat zieht sich zurück.

J. Hoskyn und H. Krauser

Nach dem überraschend schlechten Wahlergebnis von Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann (Grüne) ist die Ausgangslage vor dem zweiten Wahlgang so spannend wie schon lange nicht mehr. Ein Ende der rot-grünen Mehrheit nach 16 Jahren scheint für die Bürgerlichen plötzlich in greifbarer Nähe. Immerhin haben es LDP, CVP und FDP geschafft, am vergangenen Wochenende alle ihre vier Kandidierenden unter die ersten Sieben zu bringen, also auf einen potenziellen Platz in der Regierung.

Die Resultate haben das linke Lager durchgeschüttelt und vor eine neue Ausgangslage gestellt. Die grosse Frage ist: Wird Elisabeth Ackermann beim zweiten Wahlgang am 29. November wieder antreten? Falls nicht, müsste schnell eine neue Kandidatin oder ein Kandidat aufgestellt werden.

Ackermann braucht einen Imagewechsel

Ein Name kursiert seit Sonntagmittag in der Basler Politszene: Basta-Nationalrätin Sibel Arslan. Sie gibt sich noch diplomatisch zurückhaltend: «Ich freue mich sehr über das Vertrauen, das mir entgegengebracht wird. Das Amt einer Regierungsrätin ist längerfristig durchaus eine Option für mich.» Erst einmal wolle sie sich auf ihre Arbeit im nationalen Parlament konzentrieren. «Die Entscheidung, ob sie wieder antritt, muss Elisabeth Ackermann selber treffen. Es ist für mich aber selbstverständlich, dass sie noch einmal antritt. Ich stehe ganz hinter ihr.» Ackermann sei in ihrer Arbeit sattelfest, verantwortungsbewusst und korrekt. «Lei-



Sibel Arslan möchte Elisabeth Ackermann unterstützen, schliesst eine eigene Kandidatur aber auch nicht aus. Bild: Roland Schmid (23. Mai 2019)

der ist es aber nicht ihre Stärke, Erfolge nach Aussen zu tragen», so Arslan. Nun hätte sie fünf Wochen Zeit, um das zu ändern.

Bleibt die Frage, ob ein faktischer Imagewechsel innerhalb eines Monats möglich und erstrebenswert ist. Eine charakterliche 180 Grad Wende könnte sehr kräftezehrend sein, erst recht für jemanden, der schon so im Fokus der politischen Gegner steht, wie es bei der amtierenden Regierungspräsidentin der Fall ist. Politberater Daniel Wiener (Grüne) bezeichnet die Anfeindungen der Gegner gar als «beleidigende und teilweise unanständige Kampagne» und

verweist dabei auf die Kommentare unter einem Facebookpost von Telebasel. Dabei habe Elisabeth Ackermann durchaus viele Erfolge zu verzeichnen: «Sei es in der Kulturpolitik, zum Beispiel beim Neubau des Naturmuseums und des Staatsarchivs, der Integration oder im Standortmarketing. Nur leider bemerkt es kaum jemand, wenn alles gut läuft», so Wiener.

Kontinuität, Verantwortungsbewusstsein und Stabilität sind die Stärken, die Elisabeth Ackermann aus den eigenen Reihen immer wieder zugeschrieben werden. Man hofft also auf ein «weiter so».

Aber auch bei den Bürgerlichen gibt es genügend Themen zu diskutieren. Wackelig ist vor allem der Sitz von Justiz- und Sicherheitsdirektor Baschi Dürr (FDP). Gerade mal 300 Stimmen liegt die Grünliberale Esther Keller hinter ihm. Und auch Ackermann könnte ihm noch gefährlich werden. Dürr dürfte den zweiten Wahlgang 2016 noch im Hinterkopf haben. Damals schmolz sein komfortabler Vorsprung auf Basta-Kandidatin Heidi Mück um über 1000 Stimmen innert eines Monats. Für die FDP wäre eine Abwahl Dürrs gelinde gesagt ein Desaster. Die Partei hätte dann innerhalb von


fünf Jahren ihren Sitz im Nationalrat und im Regierungsrat verloren und die Anzahl Mandate im Grossen Rat quasi halbiert. FDP-Präsident Luca Urgeles gibt sich optimistisch: «Der erste Regierungswahlgang ist für uns sehr gut gelaufen. Jetzt müssen wir den Sack zumachen.»

Die Frage wird sein, wie sich die SVP-Wähler verhalten. Die Partei hat gestern mit ihrem Kandidaten Stefan Suter beschlossen, nicht mehr im zweiten Wahlgang anzutreten. Allerdings – und das ist das Bemerkenswerte – ohne gleichzeitig eine Wahlempfehlung für Dürr und Eymann abzugeben.

Diese 100 sitzen neu im Basler Grossen Rat

So sieht das Parlament des Stadtkantons in den kommenden vier Jahren aus.

SP



Nicole Amacher, bisher

Beda Baumgartner, bisher

Jessica Brandenburger, bisher

René Brigger, bisher



Tim Cuénod, bisher

Alexandra Dill, bisher

Seyit Erdogan, bisher

Thomas Gander, bisher

Edibe Gölgeli, bisher

Barbara Heer, bisher

Salome Hofer, bisher

Mahir Kabakci

Danielle Kaufmann, bisher

Sebastian Kölliker, bisher

Toya Krummenacher, bisher

Lisa Mathys, bisher



Sasha Mazzotti, bisher

Claudio Miozzari, bisher

Melanie Nussbaumer

Jean-Luc Perret, bisher

Pascal Pfister, bisher

Franziska Roth, bisher

Michela Seggiani, bisher

Mehmet Sigirci, bisher

Kaspar Sutter, bisher

Christian von Wartburg, bisher

Kerstin Wenk, bisher

Stefan Wittlin, bisher

GB



Sarah Wyss, bisher

Semseddin Yilmaz, bisher

Patrizia Bernasconi

Oliver Bolliger, bisher

Harald Friedl, bisher

Raphael Fuhrer, bisher

Raffaella Hahnauer, bisher

Marianne Hazenkamp-von Arx

Laurin Hoppler

Michelle Lachenmeier, bisher

Beat Leuthardt, bisher

Beatrice Meserli, bisher

LDP



Heidi Mück

Jürg Stöcklin, bisher

Jérôme Thiriet, bisher

Oliver Thommen, bisher

Jo Vergeat, bisher

Fleur Weibel

Lea Wirz

Tonja Zürcher, bisher

Catherine Alioth, bisher

André Auderset, bisher

François Boucherens, bisher

Alex Ebi, bisher

SVP



Stephanie Eyermann

Lukas Faesch

Raoul Furlano, bisher

Daniel Hettich, bisher

Michael Hug, bisher

Lydia Isler-Christ, bisher

Thomas Müry, bisher

Jeremy Stephenson, bisher

Nicole Strahlm-Lavanchy

Annina von Falkenstein

Lorenz Amiet, bisher

Gianna Hablützel-Bürki, bisher

GLP



Pascal Messerli, bisher

Beat K. Schaller, bisher

Jenny Schweizer-Hoffmann

Roger Stalder, bisher

Daniela Stumpf, bisher

Stefan Suter

Joël Thüring, bisher

David Trachsel

Felix Wehrli, bisher

Sandra Bothe-Wenk, bisher

Tobias Christ

Esther Keller, bisher

FDP



Brigitte Kühne

Bülent Pekerman

Niggi Daniel Rechsteiner

David Wüest-Rudin, bisher

Johannes Sieber

Beat Braun, bisher

Erich Bucher, bisher

Mark Eichner-Guth, bisher

David Jenny, bisher

K.Sartorius-Brüschweiler, bisher

Luca Urgese, bisher

Andreas Zapalà, bisher

CVP



Daniel Albietz

Pasqualine Galacchi, bisher

Balz Herter, bisher

Beatrice Isler, bisher

Andrea Knellwolf, bisher

Franz-Xaver Leonhardt

Andrea Strahm

Brigitte Gysin

Christoph Hochuli

Thomas Widmer-Huber, bisher

Eric Weber

Olivier Battaglia, bisher

EVP



Daniel Albietz

Pasqualine Galacchi, bisher

Balz Herter, bisher

Beatrice Isler, bisher

Andrea Knellwolf, bisher

Franz-Xaver Leonhardt

Andrea Strahm

Brigitte Gysin

Christoph Hochuli

Thomas Widmer-Huber, bisher

Eric Weber

Olivier Battaglia, bisher

VA



Daniel Albietz

Pasqualine Galacchi, bisher

Balz Herter, bisher

Beatrice Isler, bisher

Andrea Knellwolf, bisher

Franz-Xaver Leonhardt

Andrea Strahm

Brigitte Gysin

Christoph Hochuli

Thomas Widmer-Huber, bisher

Eric Weber

Olivier Battaglia, bisher

AB



Daniel Albietz

Pasqualine Galacchi, bisher

Balz Herter, bisher

Beatrice Isler, bisher

Andrea Knellwolf, bisher

Franz-Xaver Leonhardt

Andrea Strahm

Brigitte Gysin

Christoph Hochuli

Thomas Widmer-Huber, bisher

Eric Weber

Olivier Battaglia, bisher

Weiblicher, jünger, diverser

Die 100 Sitze des Basler Grossen Rats wurden am Sonntag neu verteilt. So sieht das Parlament künftig aus.

Silvana Schreier

Es blieb spannend bis am späten Sonntagabend. Mit einer Stimmbeteiligung von 43,5 Prozent wählten die Baslerinnen und Basler das neue Kantonsparlament von Basel-Stadt: den Grossen Rat. 792 Kandidierende stellten sich zu Verfügung, 100 Sitze wurden vergeben. Ein Blick in die Statistik zeigt Veränderungen, Niederlagen und Überraschungen:

Der Frauenanteil

Seit 2016 sitzen 36 Frauen im Grossen Rat. Ab Februar 2021 werden es 42 Grossrätinnen sein. Der Frauenanteil ist damit so hoch wie noch nie, schreiben die Basler Parlamentsdienste. Von allen Kantonsparlamenten ist der Basler Rat derjenige mit dem höchsten Anteil. Gleichzeitig haben vier Frauen die meisten Stimmen erhalten. Es sind die SP-Politikerinnen Nicole Amacher, Alexandra Dill, Toya Krummenacher und Danielle Kaufmann. Amacher erreicht 6985 Stimmen – das ist 26 Mal mehr als der mit den wenigsten Stimmen gewählte Grossrat Olivier Battaglia. Weiter gehen in drei von fünf Wahlkreisen die ersten Plätze jeweils an Kandidatinnen, in Riehen und Bettingen sind die ersten Ränge von Männern besetzt.

Die Sozialdemokraten

Zuerst waren sie guter Laune. Finanzdirektorin Tanja Soland schaffte bereits mit den Zwischenresultaten die Wiederwahl. Und der Neuling Beat Jans übertraf das Absolute Mehr



Nachwirkungen des Frauenstreiks von 2019? Mehr Frauen im Basler Grossen Rat. Bild: Kenneth Nars (14.6.19)

Mit **42** Politikerinnen hat der Grosse Rat den schweizweit höchsten Frauenanteil.

ebenso. Als im Verlauf des Nachmittags jedoch die Tendenz der Grossratswahlen bekannt wurde, war die Freude verblasst. Die Basler SP büsst vier Sitze ein und ist demnach nur noch mit 30 Grossrätinnen und Grossräten

vertreten. Die Statistik der vergangenen Jahre zeigt: Damit befindet sich die wählerstärkste Partei auf dem tiefsten Stand seit 1988. Damals gehörten 27 Grossratsitze der SP.

Die Bisherigen

Wer bereits vor vier oder acht Jahren einen Sitz im Grossen Rat erobert hat und sich erneut zur Wahl stellte, für den oder die gab es am Sonntagabend einen Grund zum Anstossen.

Denn 92,5 Prozent aller bisherigen Kandidierenden wurden wiedergewählt. Dies entspricht 74 Sitzen im Parlament, die auch in der kommenden Legislatur von derselben Person besetzt sind.

Veränderte Wahllisten

Die Verkündung der Schlussresultate der Grossratswahlen verzögerte sich sonntags. Der Grund laut Staatsschreiberin Barbara Schüpbach-Guggen-

bühl: Immer mehr Wählende legen nicht mehr die unveränderten Parteilisten ein, sondern streichen, panaschieren und verdoppeln die Namen ihrer Lieblingskandidaten. Die treueste Wählerschaft hat die SVP. Derweil werden die Listen der CVP am meisten verändert.

Die CVP

Für die Christdemokraten war der Wahlsonntag relativ entspannt. Regierungsrat Lukas Engelberger wurde im ersten Wahlgang bestätigt, die Partei kann die sieben Sitze im Grossen Rat halten. Auf Twitter schreibt CVP-Präsident Balz Herter: «Ich freue mich wahn-sinnig über das Resultat der CVP. Seit ich Parteimitglied bin, ist es das erste Mal, dass wir an Wähleranteilen zulegen konnten!» Klingt gut, doch schaut man sich die Zahlen an, zeigt sich, dass sich dieser Erfolg im Dezimalbereich abspielt: Den Wähleranteil steigerte die CVP von 6,3 auf 6,7 Prozent. Und auch wenn die Anzahl Sitze gehalten werden konnte: Die Partei stellte zuletzt 1902 weniger Grossräte, nämlich drei.

Die Jugend

Das Basler Parlament wird ab nächster Legislatur verjüngt. 47 Jahre ist das neue Durchschnittsalter und das Grüne Bündnis stellt den jüngsten Grossrat: Laurin Hoppler mit Jahrgang 2001. Er politisiert für das Junge Grüne Bündnis und schafft die Wahl im ersten Anlauf. Übrigens: Der älteste Grossrat ist Thomas Mury von der LDP mit Jahrgang 1945.

Nachgefragt

«Die Kämpfe im linken Lager nehmen zu»

Basel-Stadt hat gewählt. Und für einmal ticken wir nicht anders als die Schweiz. Der Berner Politikberater und Buchautor **Mark Balsiger** ordnet die Resultate vom Sonntag in den nationalen Kontext ein.

Herr Balsiger, wie schätzen Sie die Basler Wahlergebnisse ein? Entsprechen sie den nationalen Trends?

Mark Balsiger: Das ist in der Tat so. Da wäre zum einen die Grüne Welle, die nach den nationalen Wahlen vor einem Jahr in den Kantonen weiterrollt. Zum anderen sehen wir, dass die Mitte vor grossen Veränderungen steht – ausgelöst durch den Erfolg der GLP, die mit progressiven Ansätzen Einiges aufwirbelt. Allerdings ist auch interessant, dass die CVP nach acht kantonalen Wahlen ihre Mandate praktisch halten konnte. Das war nicht sicher.

Warum?

Weil die Partei im Umbruch ist, im Hinblick auf die Fusion



Mark Balsiger. Bild: Remo Eisner

mit der BDP. Die Stabilität in den kantonalen Wahlen wird nun aber noch zusätzlich Mut machen für das Projekt «Die Mitte».

Gab es weitere Überraschungen in Ihren Augen?

Ich ging davon aus, dass die SP zugunsten der Grünen verlieren wird. Mit einem Minus von vier Sitzen im Grossen Rat fällt dieser Verlust in der Hochburg Basel jedoch heftig aus. Die Wählerstromanalyse liegt noch nicht vor, aber ich nehme an, dass dies einem Teil der SP-Wählerschaft geschuldet ist, der sich für die Grünen und vereinzelt für die Grünliberalen entschieden hat. Damit hat die SP in Basel eine gute Gelegenheit verspielt.

Wie meinen Sie das?

Die Partei musste zwei starke Figuren in der Regierung ersetzen. Dies hätte einen dynamischen Wahlkampf ermöglichen können; die SP hat dies aber nicht zu ihrem Vorteil genutzt.

Wird die SP weiterhin Wähler an die Grünen verlieren?

Die nächsten kantonalen Wahlen finden im März in Solothurn und im Wallis statt. Gut möglich, dass bis dann die soziale Frage ein viel grösseres Gewicht hat als heute. Davon profitiert üblicherweise die SP. Seit dem fulminanten Sieg der Grünen vor Jahresfrist mit einem Plus von sechs Prozentpunkten betrachten diese sich allerdings nicht mehr länger als Juniorpartner der SP. Als Konsequenz nehmen die Kämpfe im linken Lager zu. (rak)

Ein grosser Name allein reicht nicht (immer)

Einige stadtbekannte Personen und ehemalige Politiker gehören zu den Wahlverlierern, andere zu den Gewinnern.

Viele haben sich echte Hoffnungen auf einen Sitz im Grossen Rat gemacht, andere waren wohl nur als Listenfüller und Stimmenbeschaffer im Einsatz: Die Reihe von ehemaligen Politikerinnen und Politikern und Persönlichkeiten, die am Sonntag nicht gewählt wurden, ist überraschend lang.

Frühere nationale und kantonale Grössen

Sie beginnt zum Beispiel mit dem einstigen FDP-Vorzeigemann **Daniel Stolz**. Er erreichte immerhin Rang 3 und kann sich Hoffnungen machen, im Verlauf der Legislatur nachzurücken. Schwieriger wird es für seinen Parteikollegen **Christian Egeler**, der noch hinter dem abgewählten **Christian Moesch** den vierten Platz erreichte.

Lediglich im Mittelfeld landete beim Grünen Bündnis die ehemalige Grossratspräsidentin **Brigitta Gerber**. Auch alt SP-Nationalrätin **Christine Keller** ist auf ihrer Liste nur vierte Nachrückende. Im Wahlkreis Riehen hat **Rita Schia-**



Daniel Stolz.



Christine Keller.



Beat von Wartburg.



Nadine Gautschi.



Meinrad Morger.



Brigitta Gerber.

vi-Schäppi den Einzug in den Grossen Rat für das Grüne Bündnis verpasst.

Gerade beim Freisinn, der im Stadtkanton erheblich Federn lassen musste, haben es einige in der Stadt und Region bekannte Kandidatinnen und Kandidaten nicht geschafft. Unter ihnen die ehemalige Regierungskandidatin **Nadine Gautschi**, die alt Grossräte **Stephan Maurer**, **Rolf Stürm** und **Roland Vögtli**, Metrobasel-Chefin **Regula Ruetz** oder der einstige Wahlkampfmanager **Edwin Tschopp**.

Boxclub-Chef **Angelo Gallina**, der sich erneut hat aufstellen lassen, ist in der nächsten

Legislatur nicht mehr direkter Nachrückender.

Auch die SVP gehört zu den Verlierern dieser Wahl. Alt Grossrat **Oskar Herzig** hat den Sprung ins Parlament nicht mehr geschafft. Immerhin liegt er noch einen Rang vor der grossen weiblichen Nachwuchshoffnung der Partei, **Laetitia Block**.

Auch bei der Siegerpartei des Wahlsonntags, den Grünliberalen, gibt es Verlierer. So hat alt Grossrat **Emmanuel Ullmann** sich mit einem Platz im Mittelfeld wohl für den Moment aus der lokalen Politik verabschiedet. Der frühere Journalist und heutige Kommunikator des Unispitals, **Nicolas Drechsler**,

wurde zwar nicht gewählt, hat auf seiner Liste aber ein ordentliches Resultat erzielt.

Der Wahlsonntag hat gezeigt: Bekanntheit kann nützen, muss aber nicht. Gastro-Unternehmer **Franz-Xaver Leonhardt** (CVP) und CMS-Stiftungspräsident **Lukas Faesch** (LDP) haben von ihrer stadtwweiten Bekanntheit profitieren können. Insbesondere die Liberalen setzen auf ihren Listen seit einiger Zeit auf prominente Namen. Während Faesch triumphiert, muss der ehemalige Polizeikommandant **Gerhard Lips** zur Kenntnis nehmen, dass ihm sein früheres Amt überhaupt nichts genützt hat.

Auch Architekt **Meinrad Morger**, dessen Claraturn vis-à-vis seines Messeturms in die Höhe wächst, hat es nicht geschafft, immerhin steht er weiter oben auf seiner Liste als Lips. Ähnlich erging es dem Bankier und Präsidenten der Kommission zum Historischen Museum, **Urs Gloor**, wie auch Anwalt **Oscar Olano**. Hervorragend abgeschnitten hat **Beat von Wartburg**, der Direktor der CMS. Sofern Stephanie Eymann in die Regierung gewählt wird, und davon kann seit gestern fast sicher ausgegangen werden, wird er nachrücken und im Grossen Rat Platz nehmen.

Direkt hinter von Wartburg hat sich **Corinne Eymann**, die Frau von Nationalrat Christoph Eymann, eingereiht. Auf Anhieb gewählt wurde **Annina von Falkenstein**, die Tochter von Patricia von Falkenstein und Christoph Eymann. Ihr Bruder **Benjamin** hingegen erreichte allerdings auf seiner Liste nur einen Platz im Mittelfeld.

Patrick Marcolli

Basel Stadt Land Region



Jessica Brandenburger (28, SP): «Ich hoffe, dass es in Gesellschaftsfragen rascher vorwärts geht.»



Laurin Hoppler (19, GB): «Bei den Klimathemen will ich wirklich vorwärtsmachen.» Foto: Delia Ebi Fotografie



Annina von Falkenstein (24, LDP): «Ich glaube, dass es bei uns Jungen mehr um die Sache geht.»



Raffaella Hanauer (27, GB): «Eines meiner nächsten Themen wird das Grundeinkommen sein.»



David Trachsel (25, Junge SVP): «Die AHV und die 2. Säule müssen grundlegend reformiert werden.»



Beda Baumgartner (29, SP): «Ich gehe nicht davon aus, dass wir Jüngeren uns immer einig sind.»



Jo Vergeat (26, GB): «Im Grossen Rat ist man es nicht gewöhnt, dass junge Frauen selbstsicher auftreten.»



Mahir Kabakci (25, SP): «Das Stipendienwesen und die Frühförderung müssen ausgebaut werden.»

«Unsere Politik darf wehtun»

Die Jungen im Basler Grossen Rat Noch nie war der Basler Grosse Rat so jung wie in der kommenden Legislatur. Wer sind die Volksvertreter unter 30 Jahren? Wie radikal sind sie? Die BaZ hat nachgefragt.

Jessica Brandenburger 28 Jahre, SP

«Ich hoffe, dass es mit so vielen Jungen jetzt in Gesellschaftsfragen, etwa bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, rascher vorwärts geht. In unserer Generation gibt es viele gut ausgebildete Frauen, die beides wollen, Karriere und Kinder. Auch bei den jungen Männern herrscht diese Meinung immer mehr vor. Das andere grosse Thema unserer Generation ist der Klimawandel. Da hört man von Älteren häufig: Übertreibt es mal nicht, es war schon immer warm im Sommer. Die Jungen hingegen wissen, dass es ernst gilt. Es gibt im Grossen Rat mehrere ältere Herren, die einen als junge Frau nicht ernst nehmen und einem die Welt erklären wollen. Unter ihnen sind auch ein paar richtig unhöfliche Typen, die jungen Kolleginnen gar nicht zuhören oder sie sogar ausbuhen. Ich hoffe sehr, dass sich diese Kultur ändert, nun, da das Parlament jünger wird. Ich verstehe, dass es schwierig ist für die alten Politiker, Macht abzugeben. Aber wir sind ein Teil der Gesellschaft und haben das Recht, dort zu sein, wo die wichtigen Themen verhandelt werden.»

Laurin Hoppler 19 Jahre, GB

«Ich möchte mich nicht aufgrund meiner Jugend zurückhalten, sondern möglichst schnell mit Power an die Grossratsgeschäfte rangehen. Bei den Klimathemen und der Klimagerechtigkeit will ich wirklich vorwärtsmachen. Jeder muss seine eigene Lebensform hinterfragen und auf ge-

wisse Dinge verzichten. Und ja, das kann bedeuten, dass SUV in der Stadt eingeschränkt werden. Auch wenn ich die Autofahrer natürlich lieber dazu motivieren möchte, freiwillig das Tram zu nehmen. Aber unsere Politik darf auch wehtun – natürlich möglichst nicht den Konsumentinnen und Konsumenten, sondern den grossen Treibhausgasündern. Ich glaube, bei den Jungen ist parteiunabhängig der Konsens da, dass es die Klimaproblematik gibt. Bei Lösungen für die Probleme gehen die Meinungen dann natürlich wieder auseinander, etwa beim Punkt, wie man mit der Wirtschaft umgehen soll. Ich bin klar der Meinung, dass die grossen Player in die Verantwortung genommen werden sollten, wir aber gut hinschauen müssen, dass dadurch nicht Menschen in die Arbeitslosigkeit gedrängt werden.»

Annina von Falkenstein 24 Jahre, LDP

«Ich habe wenig Sorgen, dass ich als junge Frau nicht ernst genommen werden könnte. Durch Kompetenz konnte ich mir bereits im beruflichen Umfeld, der Hotellerie, stets Respekt verschaffen. Ich glaube, dass es bei uns Jungen mehr um die Sache geht und wir eher über politische Lager hinaus zusammenspannen können. Etwa beim Klima- oder Frauenstreik, die man als eher links wahrnimmt, wurde klar, dass diese Themen junge Menschen aus allen politischen Lagern bewegen. Uneinig sind wir vielleicht darüber, welche Massnahmen genau und in welchem Zeitrahmen umgesetzt werden

müssen. Ich kann mir vorstellen, dass es schon länger aktiv Politisierenden aufgrund vieler durchgestandener Links-rechts-Geschäfte manchmal schwerer fallen dürfte, das Finden von Kompromissen vor die parteiellen Zwiespälte zu stellen. Bevor ich jetzt aber Themen aufliste, die ich ins Parlament einbringen möchte, steht eine Bestandsaufnahme an. Es wäre doch ziemlich peinlich, mit Forderungen zu kommen, die bereits pendent sind.»

Raffaella Hanauer 27 Jahre, GB

«Wir wollen gross anrichten. Mit Babyschritten geben wir uns, besonders in Sachen Klima, nicht mehr zufrieden. Es geht um unsere Zukunft. Wir müssen nun nach den grossen Hebeln suchen, wie wir einen politischen und gesellschaftlichen Wandel vorantreiben können. Wir Jungen gehen anders an die Sache ran, wir denken grösser und radikaler. Um damit ernst genommen zu werden im Grossen Rat, ist es immens wichtig, doppelt und dreifach gut vorbereitet zu sein. Es gibt immer Voten, die versuchen, einen als naiv hinzustellen. Ältere Mitglieder bringt es häufig aus dem Konzept, wenn sich Junge von Beginn an selbstbewusst zu Wort melden. Ich sitze aber nicht aufs Maul, dafür bin ich nicht gewählt worden. Eines meiner nächsten Themen wird das Grundeinkommen sein. Wir brauchen das jetzt als Sicherheitsnetz, nicht nur für die Corona-Krise, sondern auch wegen der Auswirkungen der Klimakrise.»

David Trachsel 25 Jahre, Junge SVP

«Frische Ideen sind immer gut. In diesen schwierigen Zeiten müssen aber auch jüngere Politiker einen kühlen Kopf bewahren und sich nicht zu überstürzten Entscheidungen hinreissen lassen. Ich bin genauso vom Parteiprogramm der SVP überzeugt wie ältere Semester. In der Altersvorsorge macht die ältere Generation jedoch nur ungenügende Fortschritte. Damit die junge Generation auch mal eine würdige Rente erhält, müssen die AHV und die 2. Säule grundlegend reformiert werden. Auch Vereinbarkeit und Klimakrise sind wichtige Themen. Aber Scheinlösungen wie das heiss diskutierte CO₂-Gesetz mit Benzinpreiserhöhungen und Flugticketabgaben bringen nichts und plagen nur den Mittelstand. Wir müssen auf Spitzenforschung und Innovation setzen. Mir ist ausserdem die Bildungspolitik ein wichtiges Anliegen. Basel hat schweizweit das niedrigste Schulniveau, das ist inakzeptabel, die linke Bildungsbürokratie muss aufhören. Ich bin unter anderem für die Einführung der freien Schulwahl.»

Beda Baumgartner 29 Jahre, SP

«Es ist gut, dass mit mehr jungen Grossrätinnen und Grossräten die Bevölkerung besser im Parlament abgebildet wird. Aber ich gehe nicht davon aus, dass wir Jüngeren uns automatisch immer einig sind und gute Lösungen finden, nur weil wir alle jung sind. Ich habe mit einem alten Buezer aus der SP mehr

gemeinsam als mit einem jungen SVPLer, die politische Ausrichtung ist für mich wichtiger als das Alter. Bei der Klimakrise bin ich aber froh, dass in meiner Generation der Konsens darüber, dass es eine Krise gibt, wohl weiter ins bürgerliche Lager hineinreicht als bei den 60-Jährigen. Ich bin mir jedoch nicht sicher, ob die jungen Bürgerlichen dann auch wirklich bereit sind, die nötigen Lösungen mitzutragen. Für die älteren Bürgerlichen ist es sowieso manchmal schwierig, zu akzeptieren, dass nun auch junge, linke Frauen ihren Platz im Parlament suchen, schliesslich geht es um Macht und Mitbestimmung. Ich als weisser Mann bin da privilegiert und muss mich weniger behaupten.»

Jo Vergeat 26 Jahre, GB

«Die vielen Jungen im Grossen Rat geben dem Parlament eine Auffrischung, Diskussionen werden zielorientierter. Wir haben nicht die alten Geschichten, die bei älteren Ratsmitgliedern teilweise immer wieder zum Vorschein kommen. Wir können es beispielsweise lockerer nehmen, weil wir nicht schon seit Jahren über Parkplätze streiten. Man muss aber eine dicke Haut haben im Parlament. Da ist man es nicht gewöhnt, dass junge Frauen selbstsicher auftreten. Doch wir gehören dahin, und man wird sich an uns gewöhnen müssen. Denn wir werden nicht weniger, wir werden mehr. Mich persönlich beschäftigen die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Kultur momentan stark.

Dieser Fokus wird vermutlich bis im nächsten Frühling bleiben. Und natürlich müssen wir die Klimakrise angehen. Viele Ältere haben bei diesem Thema grosse Angst vor radikalen Forderungen. Aber wir müssen da manchmal radikal sein, weil man es zu lange nicht war. Und das ist das Verschulden der Alten. Jetzt müssen wir als Gesellschaft auch strengen Massnahmen akzeptieren, damit wir das Ziel erreichen.»

Mahir Kabakci 25 Jahre, SP

«Die Entscheide, die im Grossen Rat gefällt werden, werden uns Junge über eine längere Zeit beeinflussen als die Älteren. Deshalb ist es wichtig, dass wir im Parlament vertreten sind. Es gibt viele Themen, die wir anpacken müssen. Aktuell geht es sicher darum, zu verhindern, dass wegen Corona viele Menschen arbeitslos werden. Ansonsten will ich besonders beim Thema Chancengleichheit vorwärtsmachen, unter anderem müssen das Stipendienwesen und die Frühförderung ausgebaut werden. Ich glaube, es ist eine Tatsache, dass wir Jungen uns nicht mit Scheinlösungen abspesen lassen, sondern gute Ergebnisse erreichen wollen. Ob wir damit durchkommen, ist eine andere Sache, das wird sich zeigen. Ich mache mir auf jeden Fall keine Sorgen, dass man mich nicht ernst nehmen könnte. Seit 2017 politisiere ich aktiv in der Bürgergemeinde, da gab es nie derartige Probleme.»

Aufgezeichnet von Nina Jecker

«Die Kritik macht mir sehr Mühe»

Heidi Mück (GB) spricht über Kurswechsel und Verteidigungsschlachten.

Frau Mück, eine Regierungsrätin verdient um die 300 000 Franken pro Jahr. Würden Sie Ihre Genossenschaftswohnung aufgeben?
Heidi Mück: Diese Frage stellt sich für mich nicht. Müsste ich demnach in eine Villa ziehen, nur weil ich mehr verdiene? Ich werde meinen Lohn nicht ganz für mich behalten. Es würde bedeuten, dass ich mehr Organisationen und Menschen durch Spenden unterstützen kann, wenn ich in meiner Wohnung bleibe.

Im Mai teilte die Basta mit, man habe sich bewusst gegen eine Regierungsratskandidatur entschieden. Wann kam der Kurswechsel?
Damals war es eine ganz andere Situation. Wir hatten überlegt, ob wir mit einer fünften Kandidatur dazukommen wollen. Es ging darum, die rot-grüne Mehrheit auszubauen. Jetzt braucht es



eine weitere linke Kandidatur, um diese bestehende Mehrheit in der Regierung zu verteidigen.
Nach dem ersten Wahlgang wurde Basta-Nationalrätin Sibel Arslan als mögliche Kandidatin für den Regierungsrat gehandelt. Hätten Sie zu ihren Gunsten verzichtet?
Ja, ich hätte mich zurückgenommen. Ich finde, man sollte jungen Frauen solche Gelegenheiten bieten. Ich hätte es Sibel Arslan sehr gegönnt und hätte sie in dieser Position auch gesehen. Aber die Frage kam bei uns nicht auf. Sie macht in Bern super Arbeit und hat wichtige Dossiers, die sie weiterführen will.

Nach der Bekanntgabe Ihrer Kandidatur kamen auch mehrere kritische Stimmen auf – auch aus dem linken Lager. Wie gehen Sie mit dieser Kritik um?
Ich habe sehr Mühe damit, vor allem

auch mit der Art und Weise. Zum Teil wurden über mich Unwahrheiten erzählt und ich habe einen gewissen Standsdünkel herausgelesen. So wurde beispielsweise geschrieben «die kann das doch gar nicht». Dabei mache ich seit fast 40 Jahren Politik, auch in Führungspositionen. Ist das plötzlich nichts mehr wert? Ich hätte gern inhaltlich diskutiert. Über meine politischen Ziele kann man sich sehr wohl streiten, aber im Zentrum stand meine Person. Diese Verteidigungsschlachten haben mich viel Energie gekostet, was überhaupt nicht zielführend ist.

Vor 14 Jahren haben Sie einen Boykottaufruf israelischer Produkte unterschrieben. Würden Sie heute Waren aus Israel kaufen?
Ich bevorzuge generell regionale Ware. Somit kaufe ich auch keine Produkte aus Übersee, ausser sie basieren auf der Idee des fairen Handels. Wenn es beispielsweise Max-Havelaar-Produkte aus Israel gäbe, dann würde ich das schon kaufen. Ich schliesse es somit nicht aus. (aib)

«Hätten uns früher bewerben sollen»

Beat Jans (SP) redet über Versäumnisse seiner Partei und seine Machtansprüche.

Herr Jans, plötzlich kandidieren Sie für das Präsidialamt und wollen das Amt für Umwelt integrieren. Sind Sie ein Machtpolitiker?
Beat Jans: Nein, ich bin ein Sachpolitiker. Ich habe mich schon immer aus Überzeugung für den Klimaschutz engagiert, ehrenamtlich wie beruflich. Deshalb will ich erreichen, dass die Regierung dieses Thema prioritär behandelt.



Ich fand das PD schon immer spannend. Ich zähle zu jenen innerhalb der SP, die es immer schade fanden, dass wir nicht selber diese Rolle eingenommen haben. Gemessen an unserer Parteistärke wäre es konsequenter gewesen, wir hätten uns früher um dieses Amt beworben.

Dank ihrem Stunt droht die SP jetzt aber, vielleicht zwei Schlüsseldepartemente zu verlieren.
In letzter Konsequenz ist die Regierung ein Kollegialgremium. Kommt dazu, dass wir auf ein starkes Parlament zählen können. Aber natürlich wäre mehr Dynamik zu erwarten für den Klimaschutz, wenn die rot-grüne Mehrheit bestehen bleibt in der Exekutive.

Sie sprechen von einer rot-grünen Mehrheit – aber mit Heidi Mück ist das Ticket rot-rot, oder nicht?
Heidi Mück ist die Delegierte des Grünen Bündnisses, sie ist Geschäftsführerin der Umweltfachfrauen und setzt sich schon lange für grüne Anliegen ein.

Christoph Brutschin gilt nicht als besonders linker SPler, gleichwohl sind die Sozialkosten unter ihm enorm gestiegen. Wie wäre das dann mit Ihnen als WSU-Chef?
Die Entwicklung ist absolut richtig, sie widerspiegelt die Kostenentwicklung der Leute: Prämien steigen, Mieten auch – da muss der Kanton helfen.

Die bz hat gestern Ihr problematisches Verhältnis zu Medien thematisiert. Sollten Sie das WSU übernehmen, wären Sie Medienminister. Ist das nicht ein Interessenkonflikt?
Die Unabhängigkeit der Medien ist für mich ein sehr wichtiges Gut in der Demokratie. Es ist wichtig, die Mächtigen ständig zu hinterfragen, deshalb habe ich meinen Tweet wieder gelöscht. Als Medienminister würde ich mich genau dafür einsetzen. Guter Journalismus ist dann möglich, wenn er über die nötigen Ressourcen verfügt. (bro)

«Finanziell bin ich nicht aufs Regierungsamt angewiesen»

SP-Kandidat Kaspar Sutter sagt, wie er mit der Ultralinken Heidi Mück Wahlkampf führen kann – und wie seine Beratungsfirma läuft.

Herr Sutter, nachdem sich Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann zurückgezogen hatte, mussten die Grünen auf die Basta-Kandidatin Heidi Mück zurückgreifen, weil sie keine eigene Kandidatin hatten. Warum haben Sie sich nicht zu Gunsten eines männlichen grünen Kandidaten zurückgezogen?
Kaspar Sutter: Ich hatte das sechstbeste Resultat im ersten Wahlgang. Es war für das gesamte rot-grüne Bündnis klar, dass ich mit diesem guten Ergebnis wieder antrete.



Sie gelten als liberaler Linker. Nun müssen Sie gemeinsam mit Heidi Mück einen Wahlkampf führen, die links aussen politisiert. Wie geht das zusammen?
Es ist richtig, dass wir beide unterschiedliche Vorstellungen in einzelnen Themenbereichen haben. Es gibt eine grosse Bandbreite, die das seit 16 Jahren vereinte rot-grüne Bündnis abdeckt. Wichtig ist allerdings, dass wir uns in den zentralen Fragen einig sind: Wir wollen soziale Verantwortung übernehmen, aktiv den Klimaschutz stärken, und

wir engagieren uns fürs bezahlbare Wohnen.
Sie stellen sich ja auf den Standpunkt, dass das Amt für Umwelt und Energie nur dann ins Präsidialdepartement wandern soll, wenn Beat Jans gewählt wird – weil er die Qualifikationen mitbringt. Eymann soll das Amt für Umwelt und Energie nicht bekommen. Angenommen, Sie übernehmen als Regierungsrat das Bau- und Verkehrsdepartement. Würden Sie das Bauwesen dann jemandem geben, der sich besser damit auskennt?
Ich kandidiere nicht für ein spezielles

Departement und könnte mir alle Departemente vorstellen. Für das Präsidialdepartement kandidiere ich aber nicht. Jedes Departement bringt neue Herausforderungen. Diese lassen sich aber meistern, denn man trifft auf ein bestehendes Team von Expertinnen und Experten. Bei Frau Eymann stellen wir auch weniger die Qualifikation in Frage als den politischen Willen. Wir wollen, dass die Regierung den Klimaschutz vorantreibt. Bei Frau Eymann sehen wir diesen Fokus leider nicht.
Wenn Sie am letzten Novemberwochenende nicht in die Basler Regierung gewählt werden: Be-

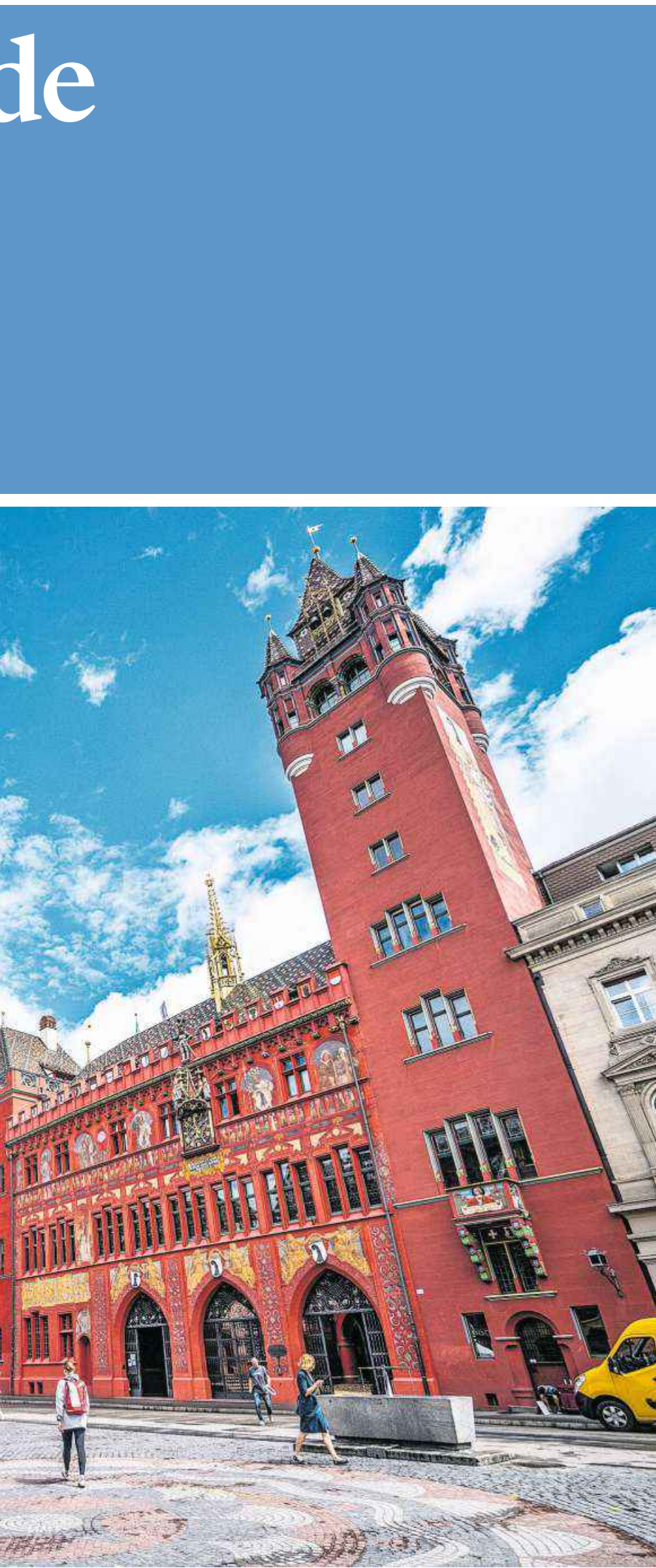
graben Sie dann die Ambitionen auf das Exekutivamt?
Ich konzentriere mich voll auf den zweiten Wahlgang. Alles andere beschäftigt mich momentan nicht.
Sie sind finanziell nicht darauf angewiesen, gewählt zu werden? Oder anders gefragt: Wie läuft Ihre Beratungsfirma?
Ich verdiene mit meiner Firma genug, auch wenn es aufgrund von Politik und Wahlkampf sicher weniger ist (Anm. d. Red.: Kaspar Sutter war von 2009 bis 2017 Generalsekretär des Finanzdepartements). Finanziell bin ich nicht auf das Regierungsamt angewiesen. (lsi)

Kandidierende im Stresstest

Der Basler Regierungswahlkampf verspricht in der zweiten Runde nochmals viel Spannung. Die «Schweiz am Wochenende» hat allen Kandidierenden auf den Zahn gefühlt – mit teils unangenehmen Fragen.



Ins Basler Rathaus wollen sie alle. Platz hat's nur noch für drei.
Bild: Martin Tongi



«Es braucht kein Blockdenken»

Esther Keller (GLP) möchte Allianzen mit Links und Rechts.

Frau Keller, eine Grossrätin, vielleicht bald auch eine Regierungsrätin – wäre die GLP bei Ihrer Wahl nicht überrepräsentiert?

Esther Keller: Wir haben ein gutes Resultat bei den Wahlen im Oktober gemacht und andere Parteien wie die FDP oder die CVP überholt. Es war eine Klimawahl und eine Frauenwahl. Es zeichnet sich eine klare Tendenz ab, dass die Leute ebendiese Politik wollen, die Verbindung von Ökologie mit der Wirtschaft. Deshalb: Nein, wir wären nicht überrepräsentiert.

Sie rückten erst vor eineinhalb Jahren in den Grossen Rat nach, bewirtschafteten bisher keine grossen Dossiers. Reicht das, um Regierungsrätin oder gar Regierungspräsidentin zu werden?
Bevor ich in den Grossen Rat kam, habe ich bereits drei Jahre Politik gemacht. Ausserdem habe ich unternehmerische Erfahrung. Leute, die mich unterstüt-



zen, überzeugt meine Erfahrung mit verschiedensten Unternehmen, aber auch mein privates Engagement in Vereinen, etwa für den Sport. Und man wählt jemanden ja auch aufgrund seiner Haltung: Ich stehe für das Grüne, aber für auch Offenheit und Transparenz.

Sie sagen also, Sie stehen fürs Grüne und auch das Soziale, sind dann aber doch für ein Bettelverbot. Da sieht man überhaupt keine Linie.

Bei jedem Vorstoss versuchen wir als Partei, die beste Lösung für alle zu finden. Da gibt es keine ideologischen Scheuklappen, die besagen, das sei jetzt die Linie, alles andere gehe nicht. Beim Bettelverbot sind wir der Ansicht, dass es flankierende Massnahmen braucht. Das war mein Vorschlag und dafür bietet die Regierung ja jetzt Hand. Wir sind nicht links oder rechts, sondern suchen den besten Weg.

In der Regierung würden Sie also ständig zwischen die Blöcke geraten, wären das Zünglein an der Waage. Wie wollen Sie so etwas bewirken?

Das hängt wie gesagt vom Thema ab. In Klimathemen sind es Allianzen mit links, bei Bürokratieabbau mit den Bürgerlichen. Es geht doch darum, gemeinsam zu schauen, wie sich der Kanton für die nächsten Jahre positioniert und dass wir gemeinsame Ziele für die Zukunft setzen. Es braucht kein Blockdenken, sondern viel mehr ein 3-1-3 Balancesystem.

Welches Departement würden Sie anstreben, falls es mit dem Regierungspräsidium nicht klappen sollte?

Da ich seit vielen Jahren in der Privatwirtschaft unterwegs bin und unter anderem Einblick in den Verwaltungsrat eines Arealentwicklers habe, hätte ich viele Schnittstellen zum Baudepartement. Aber auch das WSU würde mich reizen. Eine klare Präferenz habe ich nicht, ich bin offen. (*no*)

«Ich gelte als kantiger als andere»

Baschi Dürr (FDP) hat es aufgegeben, geschmeidiger zu wirken.

Herr Dürr, für wen ist dieser zweite Wahlgang wichtiger: für Sie oder Ihre Partei?

Baschi Dürr: Natürlich ist die Wahl für meine Partei und mich persönlich wichtig. Vor allem wichtig ist sie aber für die Baslerinnen und Basler. Sie entscheiden, wer die nötige Führungserfahrung im Regierungsrat mitbringen soll, um unseren Kanton Schritt für Schritt aus der Krisensituation zu bringen.

Bereuen Sie angesichts der schwächelnden FDP, dass Sie damals den starken Liberalen den Rücken gekehrt haben?

Nein, ich fühle mich in meiner Partei sehr wohl. Und vor allem funktioniert die Zusammenarbeit unter den Bürgerlichen derzeit gut.

Liegt es nur an Ihrem Departement, dass Sie schon wieder in einen zweiten Wahlgang müssen?
Gerade in den Städten stehen die Poli-



zeidirektoren oft im Kreuzfeuer der Kritik. Zudem gelte ich vielleicht als kantiger als andere...

Versuchen Sie jetzt also, etwas geschmeidiger zu wirken?
(*lacht*) Diesen Versuch habe ich vor Jahren aufgegeben!

Falls Sie wiedergewählt werden, dürfte die Regierung eine bürgerliche Mehrheit haben. Einem Departementswechsel stünde dann nichts mehr im Weg.

Das grosse und komplexe Justiz- und Sicherheitsdepartement ist nicht immer der einfachste, aber ein hoch spannender Betrieb mit topmotivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Gemeinsam haben wir in den letzten Jahren viel erreicht. Ich hätte auch in der Vergangenheit das Departement schon wechseln können und habe es nicht getan. Am Schluss aber entscheidet wie immer der jeweils neu zusammengesetzte Regierungsrat.

Wie viele Stimmen erhoffen Sie sich vom im Eiltempo verabschiedeten Bettelverbot?

Dass dies mit den Wahlen zusammenfällt, ist ein Zufall. Der Regierungsrat hat immer gesagt, dass er von sich aus keine Vorlage für eine Gesetzesänderung bringt, aber rasch vorwärtsmachen würde, sollte der Grosse Rat ihn damit beauftragen. Nichts mehr und nichts weniger haben wir getan.

Ist das ein Vorbote für eine mögliche härtere Gangart der Polizei generell in der nächsten Legislatur? Schliesslich sind Sie ja im zweiten Wahlgang auf viele SVP-Stimmen angewiesen.

Nein. Die Position des Regierungsrats für das allgemeine Bettelverbot, durch die Polizei pragmatisch umgesetzt, habe ich schon vor zwei Jahren vertreten. Und ganz generell habe ich in den letzten acht Jahren bewiesen, dass ich meine (Polizei-)Politik mit Augenmass nach allen Seiten verteidige und konsequent durchziehe. Daran wird sich überhaupt nichts ändern. (*map*)

«Ich sage, ein Name nützt, schadet oder ist neutral»

LDP-Kandidatin Stephanie Eymann erklärt, warum sie nicht gerne darüber redet, was sich mit ihr ändern würde.

Frau Eymann, warum sagen Sie nie, was sich mit einer bürgerlichen Mehrheit ändern sollte?

Stephanie Eymann: Die bisherigen Bürgerlichen setzen auf Stabilität und Kontinuität. Ich bin zurückhaltender, denn ich bin neu. Die Bisherigen können mit diesen Werten besser argumentieren. Ich bringe dafür meine Führungserfahrung aus dem Berufsleben in der Verwaltung mit. Da zwei SP-Regierungsräte abtreten, ist jetzt der Moment gekommen, um das Ruder rumzureissen und die Mehrheit zu haben. Es ist nicht alles



schlecht, was Rotgrün gemacht hat. Aber es ist wichtig, dass die Regierung ein gutes Verständnis für die Wirtschaft hat. Dieses ist von bürgerlicher Seite einfach grösser.

Wenn Sie es nicht ins Präsidialdepartement schaffen, wollen Sie dann das Justiz- und Sicherheitsdepartement übernehmen?

Mein Wahlkampf richtet sich nochmals voll aufs Präsidium aus. Im ersten Wahlgang habe ich dort auch von allen Antretenden am meisten Stimmen bekommen. Sollte es nicht klappen, aber

ich wäre Regierungsrätin, dann müssen wir intern schauen, wie wir die Departemente zuteilen. Es gehört zur Gepflogenheit, dass man das nicht öffentlich ausbreitet. Aber wenn man kandidiert, muss man sich mit der Frage auseinandersetzen, ob man sich eine Leitung verschiedener Departemente vorstellen kann. Und ja, das kann ich.

Ist Ihre Kandidatur ein Angriff auf Baschi Dürr?

Nein, das ist sie definitiv nicht. Wir sagen ganz bewusst, dass wir zu viert kommen. Ich verstehe, dass mein Beruf zum Justiz- und Sicherheitsdepartement passt. Aber es hat eigentlich niemand wegen seines Werdegangs ein Departement bekommen – ausser Erziehungsdirektor Conradin Cramer, weil er früher auch in die Schule gegangen ist.

Hätten Sie auch so viele Stimmen erhalten, wenn Sie nicht Eymann heissen würden?

Diese Frage wird mir sehr oft gestellt. Ich sage, ein Name nützt, schadet oder ist neutral. Mein Nachname ist in Basel natürlich bekannt. Aber ich konnte im Wahlkampf zeigen, dass ich einen sehr eigenständigen Werdegang habe und mir die Sporen abverdient habe. Das gute Abschneiden im ersten Wahlgang ist vor allem meinem Leistungsausweis zu verdanken – ohne zu sagen, dass meine Familie gar keinen Einfluss hat.

Man könnte es auch so sehen: Die Familie Eymann polarisiert seit Jahren in der Basler Politik, nicht alle mögen uns, und trotzdem habe ich ein gutes Resultat erreicht.

Sie haben das absolute Mehr im ersten Wahlgang um 79 Stimmen verpasst. Können Sie sich jetzt im zweiten Wahlgang zurücklehnen?

Absolut nicht. Vielleicht ist es Schicksal, dass es 79 Stimmen sind, die mir zur Wahl gefehlt hatten, so viele wie mein Jahrgang. Zurücklehnen ist aber kein Thema. Ich hatte mir nie erträumt, dass es im ersten Wahlgang so knapp wird. Jetzt gebe ich nochmals Vollgas für den zweiten Wahlgang. (*sil*)

Die Arroganz der Linken

In Basel-Stadt liegt völlig gegen den Schweizer Trend ein Machtwechsel hin zur Rechten in der Luft. SP und Grüne sind selber schuld.

Francesco Benini

In Bern hält die Linke vier von fünf Sitzen in der Stadtregierung. In Genf ebenso. In Lausanne besetzen linke Parteien sechs von sieben Sitze in der Exekutive. In Zürich sind es sechs von neun. Im Kanton Basel-Stadt aber könnten die Bürgerlichen im zweiten Wahlgang am 29. November eine Mehrheit erringen. Der Regierungsrat könnte nach rechts kippen.

Warum ist das so? Warum schert die drittgrösste Schweizer Stadt aus? Sind die Baslerinnen und Basler linker Rezepte überdrüssig? Haben Sie genug davon, dass Autoparkplätze Velospuren weichen? Dass der genossenschaftliche Wohnungsbau gefördert wird und die Steuern vergleichsweise hoch bleiben, damit der Staat seine Leistungen ausbauen kann?

Nein. In den kommunalen Abstimmungen entscheiden die Basler zuweilen noch linker, als es die bisherige Regierung wollte. Für einen strikten Mieterschutz. Für Verkehrsberuhigungen. Und Gutverdiener müssen – wie es die Jungsozialisten forderten – mehr Steuern zahlen, obwohl die Staatsrechnung tiefschwarz ist, seit Jahren.

Was ist also los im Stadtkanton? Wenn die Politik der Exekutive nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird, wo liegt der Grund?

Die Grünen versagen kläglich als Regierungspräsidenten

Die dominante SP ist selbstherrlich geworden. Und mit ihr die Grünen. Beiden Parteien unterlaufen haarsträubende Fehler. Und Exponenten beider Parteien meinen, dass man um die Unterstützung der Wahlberechtigten nicht kämpfen müsse. Man darf mit ihr rechnen, ja man fordert sie sogar ein.

Erster Akt des Trauerspiels: das Regierungspräsidium. Warum wurde es 2009 überhaupt geschaffen? Elmar Ledergerber beeindruckte die Basler. Der Zürcher Stadtpräsident repräsentierte seine Stadt geschliffen, und er wirkte mit seinen Vorschlägen in die nationale Politik hinein. So einen wie Ledergerber wollte man am Rheinknie auch. Dann besuchte Klaus Wowereit Basel. Wow, der Wowereit! Der damalige Bürgermeister von Berlin beeindruckte den Verfassungsrat schwer. Nach seinem Vortrag war klar: Basel braucht ein Präsidialdepartement.

Die Regierungsräte der SP besetzten dann aber doch lieber die Departemente, in denen es mehr zu entscheiden gibt. Sie überliessen das Regierungspräsidium und die Repräsentationspflichten den Grünen.

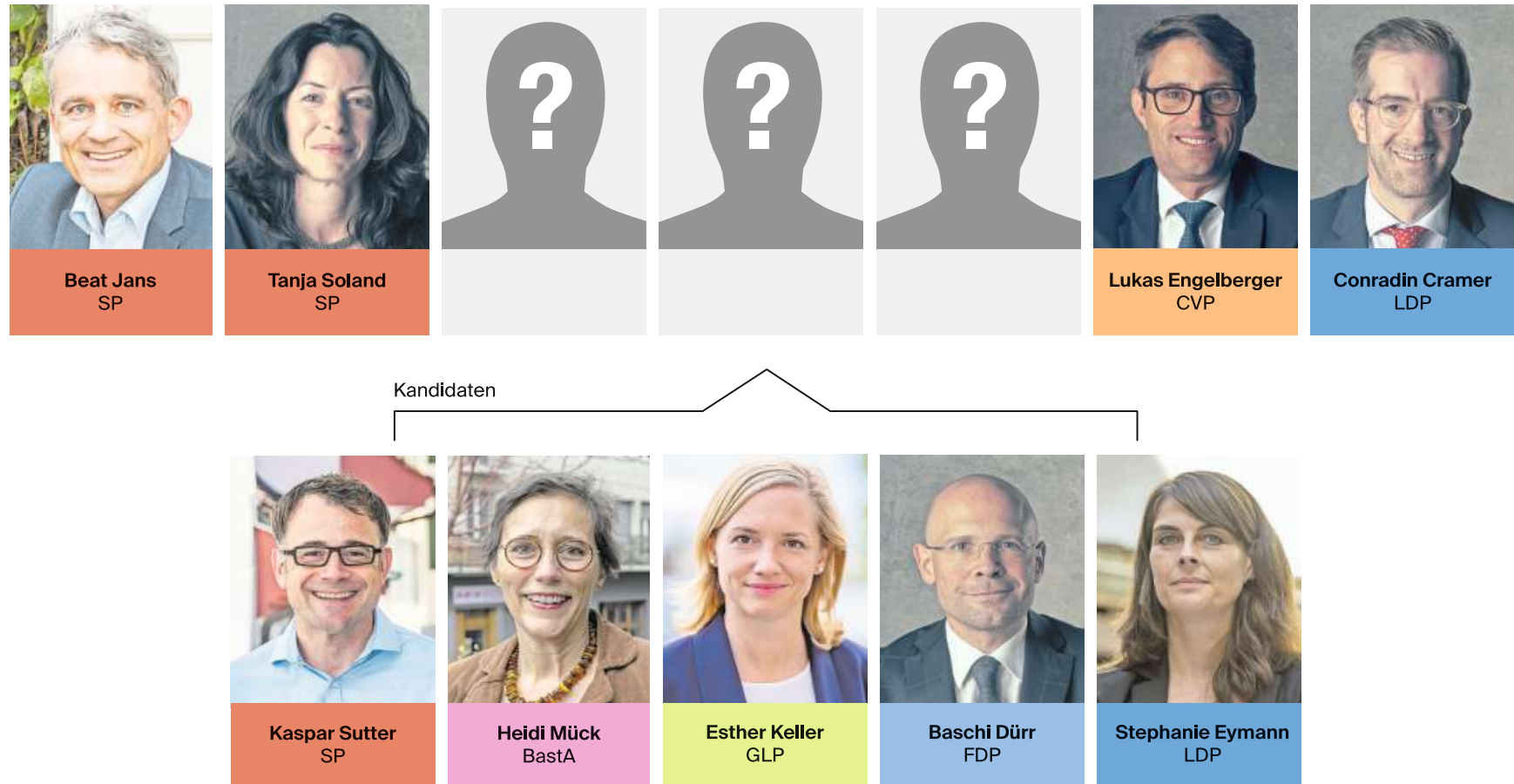
Guy Morin war ein eher steifer Repräsentant. Vorschläge für die nationale Politik kamen von ihm keine. Mit Elisabeth Ackermann wurde es 2017 noch schlimmer. Die grüne Politikerin machte in ihren Auftritten einen ungelenkten Eindruck. Und sie schaffte es, in einem ihrer wenigen Dossiers, der Kultur, ein Durcheinander anzurichten. Gleich mehrere Basler Museen rutschten in finanzielle und personelle Schwierigkeiten. Basel gibt viel auf seinen Ruf als Kulturstadt. Der Unmut über Ackermann wuchs.

Am 25. Oktober wurde sie durchgereicht auf der Liste der Anwärter. Sieben Sitze gibt es in der baselstädtischen Regierung; Ackermann landete auf dem neunten Platz. Ein Debakel. Die Führungsgremien von SP und Grünen wirkten entgeistert. Seit 15 Jahren – dem Wechsel von Rechts zu Links – waren ihre Kandidaten mehr oder weniger im Paket gewählt geworden. Dass ein

Die linke Mehrheit wackelt

Zweiter Wahlgang für den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Im 1. Wahlgang erfolgreich



Quelle: CH Media/Grafik: elc

Bewerber von der Liste gestrichen wird, das war nicht vorgesehen.

Den Grünen war klar, dass sie Ackermann fallenlassen mussten. Aber sie hatten sich nicht vorbereitet für diesen Fall. Weit und breit gab es keinen Ersatz. Da sprang Heidi Mück in die Lücke. Sie gehört zur Splitterpartei Basta (Basels starke Alternative) und steht so weit links, dass es sogar Sozialdemokraten mulmig wird.

Mück findet, man könne darüber nachdenken, die Basler Pharmaindustrie zu verstaatlichen. Wenigstens einen Teil. Mück erklärt, dass das Justizdepartement für sie nicht geeignet sei, weil sie

«ein schwieriges Verhältnis mit Polizisten» habe. Mück unterzeichnete einen Aufruf zum Boykott für Waren aus Israel.

Der SP-Kandidat gibt bereits sein Wunschdepartement bekannt

Die SP will nicht zurückstehen mit Peinlichkeiten. Regierungsratskandidat Kaspar Sutter regt an, dass das Präsidialdepartement aufgewertet werden soll mit der Zuständigkeit für Umweltbelange – aber nur wenn Parteikollege Beat Jans Regierungspräsident werde, sonst nicht. Die SP bemühte sich umgehend um eine Verwedelung, aber das Lokalfernsehen hatte Sutter bei seiner Verirrung gefilmt.

Wir Sozialdemokraten basteln uns die Regierung, wie sie uns gefällt, und die anderen Parteien sollen schauen, wo sie bleiben – so die Haltung des langjährigen Staatsbeamten.

Kaspar Sutter verkündete auch bereits, welches Departement er selber übernehmen wolle, falls er gewählt wird. Das ist völlig unüblich und zeigt, wie anmassend die Basler Sozialdemokraten geworden sind. Können die Bürgerlichen die Chance nutzen?

Die Juristin Stephanie Eymann von den Liberaldemokraten verfehlte im ersten Wahlgang den Sprung in die Regierung nur ganz knapp. Es wäre eine

Überraschung, wenn sie es nun nicht schaffte. Der Freisinnige Baschi Dürr, amtierender Justiz- und Sicherheitsdirektor, bangt hingegen um seine Wiederwahl. Er gilt als eher distanziert und hat sich den Ruf erworben, dass er lange zuschaut, wenn es in seinem Departement Probleme gibt.

Profitieren könnte Esther Keller von den Grünliberalen. Schon im Kantonsparlament gibt die GLP den Ausschlag, ob Links oder Rechts obsiegen. Im Regierungsrat könnte bald Keller diese Rolle zukommen. Die vormalige Journalistin und heutige selbstständige Kommunikatorin trifft einen Nerv mit der Aussage, dass es Basel und seiner Regierung an Dynamik fehle. Dem Stadtkanton geht es nicht schlecht. Mit ihren Steuerabgaben füllen Novartis und Roche die Staatskasse; sie erzielte 2019 einen kolossalen Überschuss von 746 Millionen Franken. Die Regierung verwaltet den Erfolg und geht die Erschliessung vormaliger Industrieareale für neue Nutzungen wenig beherzt an. Die SP will mehr Geld ausgeben und fordert nun Gratis-Kitas für alle.

Die Liberalen spannen nicht mehr mit der SVP zusammen

Was ist die Lehre aus Basel für die Bürgerlichen in anderen Schweizer Städten? Wie erringt man die Mehrheit in der Regierung oder kommt wenigstens nahe an einen Machtwechsel? Liberale, Freisinnige und Christlichdemokraten spannen in Basel nicht mehr mit der SVP zusammen. Das erhöht die Wahlchancen in der Mitte. Die Volkspartei ist im Grenzkanton nach internen Querelen ohnehin zurückgefallen.

Bürgerliche Ansätze haben es in den grossen Schweizer Städten schwer. Die Parteien zur Rechten müssen warten, bis die erfolgsverwöhnte Linke über ihre Arroganz stolpert. Wie in Basel.

Francesco Benini, Autor der Zentralredaktion von CH Media, ist Ex-Wahlbasler und studierte an der Universität Basel.

Grosse Städte klar in linker Hand

Die Entwicklung setzte in den neunziger Jahren ein und akzentuiert sich.

Naturegeben ist es nicht, dass die grossen Schweizer Städte von der SP und den Grünen regiert werden. In den Achtzigerjahren waren fast überall die Bürgerlichen an der Macht. 1990 kippte der Zürcher Stadtrat nach links, das Gleiche geschah dann in Genf, Lausanne, Bern. Im baselstädtischen Regierungsrat stellen Sozialdemokraten und Grüne seit 2005 die Mehrheit.

Umschwung dank einer wirtschaftsfreundlichen Haltung

Der Trend hat sich in den vergangenen zehn Jahren verschärft. In den Stadtzürcher Wahlen von 2018 errangen linke Politiker sechs von neun Sitzen im Stadtrat, zudem gewann die Linke eine klare Mehrheit im Parlament. Im Grossen Rat von Basel-Stadt sind die Mehrheitsverhältnisse aber weniger eindeutig; hier kommt den Grünliberalen die Rolle des Züngleins an der Waage zu.

Warum ist die Linke in den Städten so erfolgreich? Warum spricht man

nicht mehr von den «A-Städten» – in denen viele Arme, Auszubildende, Alte und Asylsuchende wohnten, derweil Besserverdiener aufs Land zogen?

Die Linken in den Städten waren vom Moment an erfolgreich, da sie ihre wirtschaftsfeindliche Haltung aufgaben und einen pragmatischen Kurs einschlugen. In Zürich legte der Stadtrat in den neunziger Jahren eine Bau- und Zonenordnung auf, die grosse Bauprojekte ermöglichte, statt sie zu verhindern. Stadtpräsident Elmar Ledergerber verkündete den Bau 10 000 neuer Wohnungen – auch grosser Wohnungen, die für gute Steuerzahler attraktiv sind. In Basel legte der Regierungsrat den Pharmaunternehmen Novartis und Roche keine Steine in den Weg, als sie sich beide anschickten, ihre Hauptsitze mit riesigen Bauten zu erneuern.

Nach den sechziger Jahren kam es in vielen Schweizer Städten zu einer Deindustrialisierung. Arbeitsplätze fielen weg, und die leeren Industriehallen

gaben ein tristes Bild ab. Dann zog aber neues Leben in sie ein. Lofts wurden erstellt, Ateliers für Kulturschaffende, Kunstgalerien – und Geschäftsräume für Start-up-Unternehmen. Die sogenannte vierte industrielle Revolution, die Digitalisierung, brachte viele Arbeitsplätze in die Städte zurück.

Die Bürgerlichen haben bisher kein Gegenrezept gefunden

Es zogen Menschen in die Städte, denen familienergänzende Betreuungsangebote wichtig sind, Velowege, ein reiches kulturelles Angebot. So entstand eine neue städtische Identität. Gegen sie scheinen die bürgerlichen Parteien nicht anzukommen. Sie wehren sich vergeblich gegen die Aufhebung von Auto-Parkplätzen und gegen den subventionierten Wohnungsbau, mit dessen Hilfe sich linke Parteien eine Wählerklientel gesichert haben.

Francesco Benini

Basel Stadt Land Region

Kompromisse statt Machtspiele

Analyse des Wahlsonntags Immer mehr Baslerinnen und Basler wünschen sich eine Politik, die sich auf die Sache fokussiert und lösungsoffen ist.

Alessandra Paone

Kurz vor 15 Uhr machen sich Stephanie Eymann und Baschi Dürr gemeinsam auf den Weg zum Rathaus. Die Zwischenresultate des zweiten Wahlgangs der Regierungsratswahlen sind erst ein paar Minuten alt. Mit gesenktem Kopf gehen die beiden Politiker, die sich schon seit Jahren kennen, die gemeinsam den Wahlkampf geführt haben, Seite an Seite, im Brunngässlein nebeneinander her. Zwischen ihnen geht Eymanns Partner; zwischen ihnen steht auch die Tatsache, dass sie, die Liberale, es geschafft hat, und er, der Freisinnige, soeben abgewählt worden ist.

Es ist ein schwarzer Tag in Baschi Dürrs politischer Karriere, ein ebenso schwarzer Tag für die Basler FDP, die zum ersten Mal aus der Regierung ausscheidet. Die einst stolze und mächtige Partei ist im Grossen Rat zu einem Grüppchen aus sieben Leuten zusammengeschrumpft; im Nationalrat ist sie gar nicht mehr vertreten. Verdrängt durch die Liberal-Demokratische Partei, der stärksten bürgerlichen Kraft und zweitgrössten Partei in Basel-Stadt. Die LDP stellt neu mit Stephanie Eymann und dem bisherigen Erziehungsdirektor Conradin Cramer zwei Regierungsräte.

Vor dem Rathaus treffen Eymann und Dürr auf Esther Keller, die grosse Siegerin dieses Wahlsonntags. Die Grossrätin ist alleine zu den Regierungsratswahlen angetreten und hat das Unwahrscheinliche möglich gemacht: Sie ist die erste Grünliberale in der Basler Regierung. Dürr gratuliert der Gewählten; rund 1500 Stimmen lagen am Ende zwischen den beiden. Er lächelt höflich, sie antwortet mit einem mitfühlenden Blick. Dann geht Keller zu Eymann. Und die beiden fallen sich in die Arme.

Eine Umarmung, stellvertretend für ein Bündnis zweier Parteien – wenn auch ein unfreiwilliges –, die einerseits durch ihre Inhalte und andererseits durch ihre jüngsten Erfolge die Existenz der FDP überflüssig machen. Eine Umarmung aber auch als Symbol für eine Sympathie, oder gar für eine Freundschaft, die im Wahlkampf begonnen hat und im Amt noch wachsen könnte. Und vielleicht auch ein Zeichen dafür, dass Keller als Grünliberale nicht unbedingt blind links stimmen wird, wie es die Bürgerlichen, allen voran die SVP, im Wahlkampf prophezeit haben.

Esther Keller wird in der Regierung die Mitte vertreten. Durch ihre Wahl gibt es in Basel-Stadt weder eine rot-grüne noch eine bürgerliche Mehrheit. 3-1-3 lautet die neue Formel, die auch die Situation im Grossen Rat widerspiegelt.



Der Wahlsonntag ist ein schwarzer Tag in Baschi Dürrs politischer Karriere. Fotos: Nicole Pont

Die Mitte wurde gestärkt, was ein Hinweis darauf sein könnte, dass sich die Baslerinnen und Basler, oder zumindest ein Teil von ihnen, eine Politik wünschen, die sich mehr auf die Sache fokussiert und weniger ideologisch geprägt ist. Kompromisse statt Machtkämpfe; Lösungen statt Siege um jeden Preis.

Eine unpolitische Wahl, sagen die einen, bei der die politische Erfahrung der einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten nur eine Nebenrolle gespielt habe und stattdessen Worthülsen und Ausstrahlung gezählt hätten. Das mag zu einem gewissen Grad sogar zutreffen: Eymann und Keller haben politisch deutlich weniger zu bieten als Sicherheitsdirektor Baschi Dürr oder Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann, zwei gestandene Politiker mit klarem Profil.

Doch womöglich war es am Ende genau das, was den beiden geschadet hat. Ihre Überzeugung, in der Vergangenheit vieles, wenn nicht sogar alles, richtig gemacht zu haben, und die mangelnde Bereitschaft für Veränderungen, für Neues. Dies scheinen die Wähler nicht mehr

Der links-grüne Machtverlust ist vor allem die Schuld der Grünen, die es verpasst haben, ihren Nachwuchs aufzubauen.

akzeptieren zu wollen. Gut möglich, dass sie bei Keller und Eymann mehr Offenheit gespürt haben.

Es ist 16 Uhr. Dürr, Eymann und Keller sind noch da und beantworten die letzten Fragen der Journalisten. Passanten nähern sich interessiert, eine Dame zeigt auf den abgewählten Regierungsrat der FDP. Der Mann neben ihr schaut zu Keller hinüber, beide nicken.

Von der SP und dem Grünen Bündnis ist niemand zum Rathaus gekommen, dem Zentrum der Macht. Deren Kandidaten haben es offenbar vorgezogen, unter sich zu sein – irgendwie bezeichnend, schliesslich hat Rot-Grün nach vielen Jahren die Mehrheit verloren in der Regierung. Die Sozialdemokraten sind im St. Johann zusammengekommen, abgeschottet von allen und allem. Wer etwas von ihnen möchte, soll sich dorthin begeben. Ist es Kränkung? Oder das übliche Machtgehabe?

Die Niederlage ist aber weniger der SP zuzuschreiben. Die stärkste Partei im Kanton hat alles richtig gemacht. Die bisherige Finanzdirektorin Tanja Soland und Nationalrat



Esther Keller (l.) und Stephanie Eymann. Foto: Sebastian Briellmann



Die Sozialdemokraten Kaspar Sutter (l.) und Beat Jans.

Beat Jans wurden bereits im ersten Wahlgang mit ausgezeichneten Resultaten gewählt; im zweiten Wahlgang hat es auch ihr dritter Kandidat, Grossrat Kaspar Sutter, geschafft – wenn auch nicht so gut, wie man von einem Sozialdemokraten erwartet hätte. Auch der Plan mit Jans als Regierungspräsident ist aufgegangen. Es bleibt allerdings offen, ob dieser nun wie gewünscht das Amt für Umwelt und Energie ins Präsidialdepartement zügeln kann.

Der links-grüne Machtverlust ist vor allem die Schuld der Grünen, die es in der Vergangenheit verpasst haben, ihren Nachwuchs aufzubauen. Es war von Anfang an klar, dass Elisabeth Ackermann ihre Wiederwahl nicht problemlos schaffen würde. Gewiss, mit einem derart schlechten Resultat – sie landete im ersten Wahlgang auf Platz neun – hatte kaum jemand gerechnet, dennoch hätte man von der Partei einen Notplan erwarten dürfen. Die Grünen aber standen einfach nur ratlos da. Sodass sie nach Ackermanns Verzicht keine andere Wahl hatten, als sich mit der Kandidatur der Basta-Politikerin Heidi Mück einverstanden zu

geben. Ein Armutszeugnis für die Grünen, die schweizweit und auch in Basel auf dem Vormarsch sind.

Vor dem Rathaus steht niemand mehr da. Es sind alle verschwunden, mit ihnen die Pläne, die Strategien für die Departementsverteilung. Jans wird Regierungspräsident, das steht fest. Doch wer übernimmt Baschi Dürrs Justizdepartement? Stephanie Eymann wäre als aktuelle Chefin der Baselbieter Verkehrspolizei prädestiniert dazu. Aber wollen die Bürgerlichen das wichtige Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) wirklich der Grünliberalen Esther Keller überlassen? Immerhin sagt Eymann im Interview mit der BaZ: «Esther Keller muss erst zeigen, wo sie steht.» Vielleicht wird sich neu auch Kaspar Sutter ums WSU bewerben und überlässt das Baudepartement, eine heisse Kartoffel, jemand anderem.

Machtkämpfe in der Regierung wird es auch in Zukunft geben, nicht nur bei der Departementsverteilung. Doch dabei werden die Bürgerlichen und die SP nur siegen können, wenn sie die GLP überzeugen können.

Weder noch

Wahlresultat in Basel-Stadt Die Baslerinnen und Basler wollen keine linke und keine rechte Mehrheit und wählen stattdessen die grünliberale Esther Keller in die Regierung.

Jan Amsler

«Das hat es noch nie gegeben», wiederholt sich Roland Stark. Der frühere Grossratspräsident und ehemalige Präsident der Basler SP hatte mit anderen Politikern ein Komitee gegründet und für die Kantonsregierung den Mehrheitsschlüssel 3-1-3 vorgeschlagen: drei Linke, eine Mitte-Politikerin und drei Bürgerliche.

Tatsächlich haben die Baslerinnen und Basler am Sonntag diese Formel unterstützt und Stephanie Eymann (LDP), Kaspar Sutter (SP) und Esther Keller (GLP) zu den bereits Gewählten Tanja Soland, Beat Jans (beide SP), Lukas Engelberger (CVP) und Conradin Cramer (LDP) in die Regierung bestellt. Esther Keller hat es im zweiten Wahlgang geschafft, den amtierenden Sicherheitsdirektor Baschi Dürr (FDP) zu überholen und aus der Regierung zu drängen.

«Genug von Blöcken»

Erstmals ist die GLP im Basler Regierungsrat vertreten. Erstmals gehen die Freisinnigen leer aus. Erstmals ist mit Stephanie Eymann eine bürgerliche Frau gewählt. Und erstmals sitzen drei Frauen im Gremium. Ebenfalls historisch ist der grosse personelle Wechsel: Rechnet man Tanja Soland hinzu, die ihr Amt erst vergangenen Februar angetreten hat, sind fünf der sieben Regierungsmitglieder Neulinge. Das hat es noch nie gegeben.

Mit seinem Komitee habe er nicht etwa die bisherige linke Mehrheit geopfert, sondern eine bürgerliche Dominanz verhindert, sagt Roland Stark. Die nationalen Abstimmungsvorlagen, die wohl vor allem auf linker Seite mobilisiert haben, hätten



Die grosse Gewinnerin des Wahlsonntags: GLP-Kandidatin Esther Keller. Foto: Nicole Pont

sicher geholfen. Für Markus Ritter, Komitee-Mitinitiant und ebenfalls früherer Grossratspräsident (Grüne), ist der Erfolg von Esther Keller damit zu erklären, dass sie in diesem Block-Wahlkampf weder bei der Linken noch bei der Rechten aufgetaucht sei: «Die Leute haben langsam genug von den Blöcken und wollen nicht mehr hören, dass nur die Linken oder nur die Rechten gut seien.» Mit den neuen Kräfteverhältnissen seien die Regierungs-

mitglieder nun gezwungen, aufeinander einzugehen. Das sei eine Chance, findet Ritter.

«Offenes Ohr für alle Seiten»

Erstaunlich zurückhaltend zeigt sich Katja Christ, die Präsidentin der Siegerpartei GLP. Im zweiten Wahlgang sei die Ausgangslage eine neue gewesen, und es habe eine andere Dynamik gewirkt als noch zuvor. Der Anspruch der Bürgerlichen auf vier Sitze sei «nicht unbedingt

ersichtlich», und Heidi Mück sei für die Linke «vielleicht nicht die ideale Kandidatin» gewesen. Aber ja, die GLP habe landesweit und auch in Basel vorwärtsgemacht, und Esther Keller habe es geschafft, die Anliegen an die Bevölkerung zu bringen. Man wolle keine Blöcke, sondern Lösungen und auch eine jüngere und weiblichere Vertretung im Regierungsrat.

«Ideologien können nicht mehr durchgeboxt werden, man

wird sich einigen müssen», sagt Christ. Und Esther Keller habe «ein offenes Ohr für alle Seiten und wird jeweils den Einzelfall betrachten». Als Zünglein an der Waage habe Keller eine starke Rolle, aber die GLP habe in den vergangenen Jahren als fraktionslose Partei gezeigt, dass sie das könne.

Esther Keller hat für das Regierungspräsidium kandidiert. Das Rennen hat dort aber der Sozialdemokrat Beat Jans ge-

macht, und es ist unklar, wie die Departemente verteilt werden und wo Keller landen wird.

Ob das Amt für Umwelt und Energie (AUE) wie von Jans vorgeschlagen vom Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) ins Präsidialdepartement gezügelt werden soll, darauf will Christ keine Antwort geben. Persönlich ist sie der Meinung, es mache keinen Sinn, die Departemente jeweils auf die Personen an ihrer Spitze umzugestalten.

«Ach Gott!»

Baschi Dürr zu seiner Abwahl Der Polizeivorsteher lässt offen, ob er in der Politik bleibt.

Herr Dürr, schon nach der Auszählung der Briefstimmen lagen Sie deutlich abgeschlagen auf Platz vier.

Ich wusste, das hole ich nicht mehr auf. Ich gratuliere den Gewählten. Allen voran Stephanie Eymann mit ihrem hervorragenden Resultat. Aber ich gratuliere auch Kaspar Sutter und Esther Keller.

Im ersten Wahlgang lagen Sie noch auf dem siebten Platz. Nun haben Sie es dennoch nicht geschafft. Weshalb?

Ich gehe davon aus, dass es auf der linken Seite einen Wechsel gegeben hat – weg von der eigenen zweiten Kandidatin Heidi Mück von der Basta hin zur Grünliberalen Esther Keller. Das war eines der möglichen Szenarien, und das ist nun eingetroffen.

Wäre Stephanie Eymann nicht angetreten, wären Sie wohl wiedergewählt worden.

Als Bürgerliche müssen wir einen Anspruch auf die Regierungsmehrheit haben. Ich finde es richtig, dass wir mit vier Kandidaten in den Wahlkampf gegangen sind. Ich persönlich bin mit meinem Resultat im zweiten

Wahlgang sehr zufrieden. Ich habe noch nie auch nur ansatzweise so viele Stimmen erzielt. Aber andere haben mehr Stimmen gemacht. Das gehört zum Spiel. Und so bin ich nun also raus, und Frau Keller, Herr Sutter und Frau Eymann sind drin.

Sie erhielten so viele Stimmen, weil die Wahlbeteiligung sehr hoch war. Aber Sie sind abgewählt worden. Liegt dies an Ihrer Persönlichkeit oder an

Ihrer schwächelnden Partei, der FDP?

Ach Gott! Die Analyse der Wahlen überlasse ich den vielen Beobachtern. Es gibt sicher verschiedene Szenarien. Ich glaube, wir haben einen guten Wahlkampf gemacht. Ich bin überzeugt, ich habe in den letzten acht Jahren eine gute Politik verfolgt. Das haben auch viele andere Leute so gesehen. Aber noch mehr Menschen waren der Meinung, dass es einen Wechsel braucht. Und darum räume ich

meine Niederlage ein und gratuliere den Gewählten.

Sie haben den besten Leistungsausweis aller bürgerlichen Kandidaten, aber ihre Kollegen wurden glanzvoll wiedergewählt. Ist Demokratie manchmal ungerecht?

Danke für das Kompliment. Da habe ich in der BaZ oft anderes gelesen in den letzten acht Jahren. Am Schluss zählen die Spielregeln, die gelten. Ich habe mitgespielt und bin zufrieden mit meinem Resultat. Aber ja, andere waren besser. Von dem her bin ich auch nicht beleidigt.

Wie geht es nun mit Ihnen weiter? Politik ade?

Ach Gott! Das werden wir sehen, ob es das war mit mir in der Politik. Ich habe sehr lange Politik gemacht. Die Abwahl ist eine Zäsur, auch für mein persönliches Leben. Aber ich bin gespannt, was jetzt auf mich zukommt.

Haben Sie schon etwas in Aussicht?

Ich habe noch keine Pläne, nein.

Joël Hoffmann



Gespannt auf die Zukunft: Baschi Dürr. Foto: Nicole Pont

Lachende Augen und ein weinendes

Reaktionen zu den Wahlen Das sagen die gewählten Regierungsräte zu den Resultaten.

Neo-Regierungsrätin **Stephanie Eymann** (LDP) holte im zweiten Wahlgang das Spitzenresultat. Sie hat ein lachendes und ein weinendes Auge, weil Baschi Dürr (FDP) abgewählt worden ist. Trotz seiner Abwahl hat Eymann kein schlechtes Gewissen. Sie freut sich über das klare Resultat. Und sie ist traurig, dass es nicht für eine bürgerliche Mehrheit gereicht hat. **Esther Keller** (GLP) müsse erst mal zeigen, wo sie steht, sagt Eymann.

Die Liberale ist aber auch ein wenig enttäuscht, nicht als Regierungspräsidentin gewählt worden zu sein. Sie denkt, dass es bei der Departementsverteilung hinter verschlossenen Türen «heiss zu und her gehen wird».

Esther Keller hingegen ist überhaupt nicht enttäuscht wegen der Präsidiumswahl. Weshalb es Keller, die im ersten Wahlgang noch auf Platz acht lag, jetzt doch noch in die Regierung schaffte, weiss sie selber nicht so genau. Sie habe nochmals Vollgas gegeben. Sie will nun in der Regie-

rung Lösungen finden, mit denen möglichst viele Menschen leben können. Es könnte sein, dass die grossen Parteien sich die Schlüsseldepartemente zuschanzen und Keller beispielsweise die Polizei erhält. Sie sei offen für alles, sagt Keller.

Kaspar Sutter (SP) freut sich zwar über seine Wahl, bedauert es aber, dass Rot-Grün die Mehrheit verloren hat. Immerhin habe es seine SP geschafft, innerhalb eines Jahres alle drei zurückgetretenen SP-Sitze in der Regierung stünden jetzt schwierige Zeiten bevor. Es gelte, in der Corona-Krise die Bevölkerung gesundheitlich und wirtschaftlich zu schützen.

Für ihn persönlich gehe es darum, beim Klimaschutz voranzukommen, die soziale Verantwortung wahrzunehmen und Lösungen für den Wohnschutz zu finden.

Thomas Dähler und Joël Hoffmann

Regierungsrat Kanton Basel-Stadt

Wahlbeteiligung: 55,4%

Gewählt sind



Stephanie Eymann
LDP

31'925



Kaspar Sutter
SP

29'122



Esther Keller
GLP

28'710

Nicht gewählt sind



Baschi Dürr
FDP, bisher

27'206



Heidi Mück
Basta!

20'985



Eric Weber
VA

3'712

Grafik: mre / Quelle: Staatskanzlei Basel-Stadt

Region

Basels Regierungspräsident heisst Beat Jans

Zweiter Wahlgang Der Sozialdemokrat gewinnt die Wahl deutlich und wird Elisabeth Ackermann ablösen.

Thomas Dähler und
Sebastian Briellmann

Der zweite Wahlgang bei der Ausmarchung ums Regierungspräsidium hat sich als klare Angelegenheit herausgestellt. Der nach dem Rückzug der amtierenden Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann (Grüne) überraschend kandidierende Beat Jans (SP) hat die Wahl mit grossem Vorsprung gewonnen. Jans, im ersten Wahlgang bereits in den Regierungsrat gewählt, holte mit 24'511 Stimmen einen Vorsprung von 3368 Stimmen auf die Zweitplatzierte Stephanie Eymann (LDP) heraus. Eymann hatte das absolute Mehr im ersten Wahlgang verpasst, lag aber damals vor Amtsinhaberin Ackermann.

Mit Noch-Nationalrat Beat Jans folgt ein Sozialdemokrat in einem Amt, das zuvor jeweils den Grünen überlassen wurde. Damit dürften die Wählerinnen und Wähler dem Amt jene Bedeutung gegeben haben, die sich einst der Verfassungsrat gewünscht hatte. Der BaZ sagt Jans denn auch, dass er gewillt sei, dem Amt auch auf nationaler Ebene Bedeutung zu geben. Als Nationalrat in Bern habe er immer gehört, dass es gut wäre, wenn sich Basel wie andere Schweizer Städte auch mit einer bekannten Stimme Gehör verschaffe. «Meine wichtigste Aufgabe ist es, den Kanton Basel-Stadt gegen aussen zu vertreten.»

Jans sieht Mehrheit für Klimaschutz

Jans zeigte sich am Sonntag glücklich über sein Wahlergebnis, auch wenn der Verlust der rot-grünen Mehrheit in der Regierung für ihn als Sozialdemokraten ein Wermutstropfen sei. Sein Hauptanliegen, der Schutz des Klimas, werde jedoch mit der Wahl der Grünliberalen Esther Keller in die Regierung nicht infrage gestellt, hielt der neue Basler Regierungspräsident fest.

Ob gemäss seinem Vorschlag das Amt für Umwelt und Energie



«Wir brauchen Visionen, vor allem auch ökologische», sagt Regierungspräsident Beat Jans. Foto: Nicole Pont

ins Präsidialdepartement wechseln, müsse erst noch diskutiert werden. «Mir ist es vor allem ein Anliegen, dass Basel-Stadt in der Klimapolitik eine Vorreiterrolle übernimmt», sagt Beat Jans. Aufwerten will Jans auch die Kantons- und Stadtentwicklung. «Wir brauchen Visionen, vor allem auch ökologische», ist er überzeugt.

Wie es mit den Museen weitergehen soll, weiss Jans jedoch

noch nicht. Er sei aber zuversichtlich, dass er für das Historische Museum, das unter den Querelen um dessen Direktor Marc Fehlmann leidet, eine Lösung finden werde.

Stephanie Eymann gab sich selbstverständlich diplomatisch nach ihrer Nichtwahl ins Präsidium. Unglücklich darüber, dass sie jenes Amt, das sie ursprünglich anvisiert hatte, Beat Jans überlassen muss (oder wohl eher

darf), wirkte sie am Sonntag aber nicht. Es gibt nicht wenige Stimmen, die behaupten: Eymann habe gar nie ins Präsidialdepartement gewollt. Angenommen hätte sie die Aufgabe sicher – aber den Vorwurf, dass es nicht ihr Wunschdepartement sei, konnte sie im Wahlkampf nie entkräften.

Sie könne sich nun vieles vorstellen – so, wie es klingt, eigentlich alles. Nur die Finan-

Regierungspräsidium Kanton Basel-Stadt

Wahlbeteiligung: 54,5%

Gewählt ist



Beat Jans*
SP, neu

24'511

Nicht gewählt sind



Stephanie Eymann
LDP

21'143



Esther Keller
GLP

7'728



Eric Weber
VA

1'681

* wurde bereits im 1. Wahlgang als Regierungsrat gewählt

Grafik: mre/Quelle: Staatskanzlei Basel-Stadt

zen müssten es nicht unbedingt sein. Dort sei Tanja Soland aber sowieso gesetzt, sagt Eymann. Die Liberale kann im neuen Gremium dennoch Einfluss auf die Gestaltung des Präsidialdepartements nehmen: Ein Wunschkonzert nach den Vorstellungen Jans' dürfte sie nicht unterstützen – aber Gesprächsbereitschaft für allfällige Neuanordnungen stellt sie nicht in Abrede.

So tickt die neue Mehrheitsbeschafferin

Der Grünliberalen Esther Keller kommt in der künftigen Basler Regierung eine Schlüsselrolle zu – möglicherweise erstmals schon heute.

Jonas Hoskyn

Mit dem Ende der rot-grünen Mehrheit in der Basler Regierung ändert sich die Ausgangslage. Bisher konnten die drei SP-Mitglieder mit der Grünen Elisabeth Ackermann mehr oder weniger durchregieren. Bei allen wichtigen Themen hatten sie die Mehrheit auf sicher. Die Regierungsräte der drei bürgerlichen Parteien mussten sich anpassen oder sich das Placet von Rotgrün verdienen. Ab Februar ändern sich die Machtverhältnisse. Die SP und das bürgerliche Lager sind gleichstark. Die siebte im Bunde – Esther Keller von den Grünliberalen – wird zum Zünglein an der Waage.

Damit herrscht in der Regierung künftig die gleiche Konstellation wie bisher schon im Basler Parlament: Bei Grundsatzfragen gibt die GLP den Ausschlag. Damit werden die Karten neu gemischt. Vielleicht hat Keller bereits bei der künftigen Verteilung

der Departemente das letzte Wort. Diese soll offenbar bereits in der laufenden Woche stattfinden. Gut möglich, dass sich die SP und die Bürgerlichen da nicht einigen können.

Überschneidungen mit SP bei Verkehr und Umwelt

Auch sachpolitisch wird es für die linke Seite künftig schwieriger. Die beiden Fragebogen der Wahlhilfeplattform Smartvote, die Keller vor den nationalen und den kantonalen Wahlen vergangenes und dieses Jahr ausgefüllt hat, ergeben ein aufschlussreiches Bild, wie die künftige Mehrheitsbeschafferin zwischen links und bürgerlich tickt: Auf den ersten Blick fallen eine Reihe Überschneidungen mit den Linken auf, vor allem bei umwelt-, verkehrs- und gesellschaftlichpolitischen Themen. So spricht sich Keller etwa klar dafür aus, dass die CO₂-Abgabe auf fossile Brennstoffe auch auf Treibstoffe ausgeweitet werden

soll. Auch im Bereich Verkehr dürfte sich an der Stossrichtung der neuen Regierung wenig ändern: So befürwortete sie eine stärkere Förderung von erneuerbaren Energien, die Idee eines Road Pricing – Nutzungsgebühren auf viel befahrenen Strassen – und einen Öv-Ausbau. Ausserdem stützt Keller die Politik von zusätzlichen Massnahmen, um Fussgänger und Velofahrer gegenüber dem motorisierten Verkehr stärker zu priorisieren.

Gegen Mindestlohn und für längere Öffnungszeiten

Grosse Überschneidungen gibt es auch in den Bereichen Gesellschaft, Kultur, Integration und mit Abstrichen beim Thema Sozialstaat und Familie: So spricht sich Keller für die Ehe für alle aus und will den Konsum von Cannabis legalisieren.

Vor allem bei der Gleichstellung dürfte es mit Keller, und dem Umstand, dass erstmals drei Frauen in der Basler Regie-

rung sitzen, vorwärts gehen. Geschlechterquote und Lohnkontrollen im Kampf für mehr Gleichberechtigung haben Kellers Segen. Überschneidungen mit sozialdemokratischer Politik gibt es auch beim Ausbau von Tagesstrukturen und familienergänzenden Betreuungsmodellen. Und sie spricht sich klar für ein Ausländerstimmrecht aus.

LDP und CVP dagegen dürfen mit der neuen Ausgangslage auf eine bürgerlichere Finanz- und Wirtschaftspolitik setzen. Keller unterstützt die vollständige Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten. Auch kann sie sich vorstellen, gewisse staatliche Dienstleistungen wie die Abfallabfuhr, Stadtgärtnerei oder Gleissanierungen zu privatisieren. Konträr steht sie zur Forderung von 23 Franken pro Stunde oder monatlichen 4000 Franken Mindestlohn, zu mehr Mieterschutz gegen Massenkündigungen oder zu Kündigungsschutz für ältere Mitarbeiter.



Esther Keller als neue Regierungsrätin: Welche Rolle wird sie in der Basler Exekutive übernehmen? Bild: Roland Schmid (29. November 2020)

Die neue Basler Regierung: jünger, weiblicher

Seit Sonntag steht fest, wer Basel in der Exekutive führen wird. Ein Überblick.

Basels Regierung ist so weiblich wie noch nie

Zum ersten Mal sitzen in der Basler Regierung drei Frauen. Mit Finanzdirektorin Tanja Soland (SP), LDP-Politikerin Stephanie Eymann und GLP-Regierungsrätin Esther Keller ist die Exekutive so weiblich wie nie zuvor. Dazu kommt, dass Eymann die erste bürgerliche Frau in der Regierung ist. Sie und Keller besetzen die Plätze der sechsten und siebten Frau, die jemals in die Basler Regierung gewählt wurde. Bisher sass lediglich Regierungsrätinnen von SP und Grünen im Rathaus.

Für die neue Legislatur ab Februar 2021 werden bald auch die Departemente verteilt. Offen sind Stand jetzt das Bau- und Verkehrsdepartement, das Justiz- und Sicherheitsdepartement sowie das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Die letzteren beiden wurden noch nie von einer Frau geführt.

Erste Grünliberale in Kantonsregierung

Dieser Fakt zu Esther Keller war am Wahlsonntag in aller Munde. Zum ersten Mal schaffte es eine Grünliberale in die Exekutive eines Kantons. GLP-Präsident Jürg Grossen verfolgte die Verkündung der Zwischenresultate am Sonntagnachmittag mit. Dabei muss angemerkt werden: Die Zürcher Regierungsrätin Verena Diener wurde als Grüne gewählt, wechselte anschliessend aber noch während ihrer Amtszeit zur GLP.

Zum ersten Mal ohne FDP-Vertretung

1875 nahmen gleich fünf FDP-Politiker Platz im Basler Regierungsrat. Zusammen mit zwei Liberal-Konservativen (heutige LDP) bildeten sie die Exekutive. Seither sass immer mindestens ein Vertreter der Freisinnigen in der Regierung. Mit der Abwahl von Baschi

Dürr geht diese Ära zu Ende. Ausserdem: Dürr ist der erste FDP-Regierungsrat seit Carl Burckhardt-Burckhardt, der die Wiederwahl nicht mehr schaffte. Burckhardt-Burckhardt wurde 1881 nach sechs Jahren in der Regierung abgewählt.

So jung und unerfahren ist die neue Regierung

Mit Esther Keller wird im Februar 2021 die jüngste Regierungsrätin ins Rathaus einziehen. Mit ihren 36 Jahren ist sie wenige Monate jünger, als es Baschi Dürr bei seiner Wahl 2012 war. Die neue Regierung ist im Schnitt 44,1 Jahre alt – das entspricht einer Verjüngung um sechs Jahre. Gleichzeitig ist das neue Gremium vermutlich auch das unerfahrenste: Die drei Bisherigen bringen 13 Jahre Regierungserfahrung mit. Am längsten im Amt ist Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger (CVP).

Nach 16 Jahren keine rot-grüne Mehrheit mehr

Mit der Wahl der bürgerlichen Eymann sowie der grünliberalen Keller ist das rot-grün dominierte Basel vorerst Geschichte. Künftig stehen sich drei SPler, zwei LDPler, ein CVPler und eine Grünliberale gegenüber. Eine positive Patt-Situation, beschreibt Politologe Mark Balsiger. Das Resultat aus Basel hat ihn nicht überrascht. Und er sieht Vorteile: «Es kann revitalisierend wirken, wenn die Regierung keine feste Mehrheit hat. Dann muss intensiver um Entscheide gerungen werden.» Der Mix aus Parteien und Persönlichkeiten stimmten ihn optimistisch. Gerade auch durch die ähnliche Besetzung des Grossen Rats. Balsiger: «Es gibt nichts Langweiligeres, als wenn die Entscheide bereits im Vorhinein feststehen.» Die neue Sitzverteilung befördere Sach- statt Parteipolitik.

Silvana Schreier

Presseschau

Das sagen die Medien der Region zu den Basler Wahlen

Die überraschenden Ergebnisse der baselstädtischen Regierungswahl haben die Kommentatoren in den regionalen Medien unterschiedlich kommentiert. Peter Knechtli vom Internetportal «**Onlineports**» freut sich auf die neu zusammengesetzte Basler Regierung. «Diese wirklich neue Regierung hat Potenzial wie lange nicht mehr», schreibt er in sei-

ner Analyse zur Wahl. Das Gremium «kann gar nicht anders, als sich in jedem umstrittenen Geschäft zusammenzurufen». Einen besonderen Fokus legt Knechtli auf die neue Regierungsrätin Esther Keller von den Grünliberalen. Ihr sei die Fähigkeit zu attestieren, «in vier Jahren auch ohne bedeutende Hausmacht im Grossen Rat einen Leistungsausweis zu er-

bringen, der über rhetorischen Dampf hinausgeht».

Anja Sciarra von «**Prime-news**» findet, dass Baschi Dürr «zunehmend unbeliebt» gewesen sei. «Die vielen bewilligten Demos, wie sie Basel erst am Samstag wieder erlebt hat und die Verschandelungen in der Innenstadt hinterliess, stiessen der bürgerlichen Wählerschaft sauer auf.» Ihr Verdikt ist klar:

Der Freisinn ist in Basel am Ende.

Andrea Fopp von «**bajour**» nimmt Baschi Dürr in Schutz. Er sei «bei den Demos liberal gegenüber links und rechts» und habe «in den letzten Jahren Ruhe in die einst konfliktuöse Polizei gebracht». Von Stephanie Eymann hält Fopp dagegen wenig, «vielmehr als Führungserfahrung» habe sie nicht und

vor allem «keine Ahnung von lokaler Politik». Und noch weniger hält sie von Esther Keller, denn die «wechselt ihre Haltungen wie andere die Socken und verkauft das als Stärke».

Marcel Rohr von der «**Basler Zeitung**» begrüsst die «bitter nötige Frischzellenkultur im Regierungsrat». Denn, «steckt die Verkehrspolitik in einer Sackgasse, das Gewerbe hat sich

mit dem Regierungsrat zerstritten, die Beizer und Kulturschaffenden fühlen sich in der Coronapandemie allein gelassen».

Das «**Regionaljournal**» ist zufrieden über die hohe Anzahl an Frauen im Regierungsrat, aber «der Kanton Basel-Stadt ist deswegen noch lange kein Vorreiter». Andere Kantone hätten bereits ähnliche Quoten und dies nicht erst seit diesem Jahr. (jos/map)

Basel Stadt Land Region

Die SP sichert sich die Schlüsseldepartemente

Der neue Basler Regierungsrat Kaspar Sutter wird Wirtschaftsdirektor. Damit haben die Sozialdemokraten weiterhin das Sagen über die wichtigen Geschäfte. Die Bürgerlichen scheint das nicht zu stören.

Alessandra Paone

Das ging schnell! Nur zwei Tage nach den Regierungswahlen sind die Departemente bereits verteilt. Für Tanja Soland war von Anfang an klar, dass sie am Finanzdepartement festhalten würde. Die Sozialdemokratin ist erst seit Anfang Jahr im Amt. Ihre beiden Kollegen, der Liberale Conradin Cramer und Lukas Engelberger von der CVP, hatten im Wahlkampf zwar ebenfalls betont, nicht wechseln zu wollen. Doch weil sich durch den Verlust der rot-grünen Mehrheit und der Wahl der Grünliberalen Esther Keller das Kräfteverhältnis in der Regierung verändert hat, wäre zumindest ein Transfer von Cramer ins Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) denkbar gewesen. Er bleibt jedoch weiterhin Erziehungsdirektor, und Engelberger wird auch künftig für das Gesundheitswesen in Basel-Stadt zuständig sein.

SP wollte das WSU

Mit seinem Wahlsieg am vergangenen Sonntag ist SP-Nationalrat Beat Jans für das Präsidialdepartement gesetzt. Sein Parteikollege Kaspar Sutter übernimmt das WSU; das Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) geht hingegen an Stephanie Eymann. Die Liberale ist als Chefin der Baselbieter Verkehrspolizei prädestiniert dazu. Esther Keller wird im Bau- und Verkehrsdepartement (BVD) die Nachfolgerin von Hans-Peter Wessels.

Damit bleiben die Schlüsseldepartemente in SP-Hand. Parteipräsident Pascal Pfister sagt denn auch offen: «Uns war wichtig, dass wir das WSU bekommen. Wir sind froh, hat es geklappt.» Mit Keller könnten die Sozialdemokraten zudem in gewissen Themen eine Verbündete haben. Tatsächlich: «Wir hoffen auf eine klimafreundliche Verkehrspolitik», sagt Pfister.



Von links: Staatsschreiberin Barbara Schüpbach, Kaspar Sutter, Tanja Soland, Lukas Engelberger, Beat Jans, Conradin Cramer, Stephanie Eymann und Esther Keller.

GLP-Präsidentin Katja Christ wehrt sich seit Jahren dagegen, dass ihre Partei, wie es gerade passt, dem linken oder dem rechten Lager angehängt wird. Es gehe doch gar nicht darum, bei links-grünen Themen wie die SP und die Grünen zu entscheiden und bei bürgerlichen Themen bürgerlich. Sondern darum, die Gestaltungsmöglichkeiten, die das BVD bietet, auch zu nutzen. «Ich freue mich, dass Esther Keller ihr Wunschdepartement erhalten hat», sagt sie. Christ gehört im Nationalrat der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen an. Das passe sehr gut, sagt sie, weil Synergien geschaffen werden könnten. Zudem sei Basel mit dem Flughafen, dem Hafen und dem Bahnhof ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt.

Bei den Bürgerlichen regt sich kein Widerstand gegen die Departementsverteilung. Und überhaupt: «Wer sagt eigentlich, dass das WSU und das BVD wichtiger

seien als andere Departemente?», fragt LDP-Präsidentin Patricia von Falkenstein. «Und wir greifen sicher nicht das Finanzdepartement von Tanja Soland an, die wegen Corona gar nicht Zeit hatte, richtig anzukommen.» Abgesehen davon hätten sich Cramer und Engelberger im Wahlkampf für Kontinuität starkgemacht. Da wäre es seltsam und vor allem auch unglauwürdig gewesen, nach der Wahl alles auf den Kopf zu stellen.

Eymann wollte das JSD

«Wir haben mit Stephanie Eymann kurz über das WSU gesprochen, doch sie hat sich für das JSD entschieden», sagt von Falkenstein. «Das ist gut so.» Als Juristin und durch ihren aktuellen Job bringe sie gute Voraussetzungen dafür mit. Es sei aber dennoch ein mutiger Entscheid, als Frau ein von Männern dominiertes Departement zu übernehmen. Zu Keller als BVD-Vorsteherin sagt die LDP-Präsi-

den: «Wir werden sehen, was das bedeutet.»

Pascal Messerli hatte nicht mit Veränderungen gerechnet und ist daher auch nicht überrascht, wie die Departemente verteilt wurden. Der Chef der grossrätlichen SVP-Fraktion scheint sich auch nicht daran zu stören, dass sich die SP das WSU schnappt und Keller, die er und seine Partei immer als Linke bezeichnet haben, Bau- und Verkehrs-Chefin wird. «Die Regierung handelt als Gremium. Entscheidender ist, wie die Kräfte im Parlament spielen», sagt er. So sei der Grosse Rat in der Vergangenheit gerade bei Verkehrsthemen oft linker gewesen als die Regierung. «Hans-Peter Wessels war also nicht immer schuld.»

Nun stellt sich noch die Frage, ob Beat Jans nach wie vor plant, das Amt für Umwelt und Energie ins Präsidialdepartement zu zügeln. «Ich bin nach wie vor dafür», sagt der künftige Regierungspräsident.

Wo ist Ackermanns Stilberaterin?

Regierungsporträt Da steht er nun, der neue Regierungsrat – etwas breitbeinig und in der heute ach so notwendigen Corona-Distanz. Das gibt ihm immerhin die Möglichkeit, auf Gesichtsmasken zu verzichten. Und man darf beruhigt sagen: Mit Masken sähen sie nicht besser aus.

Zuvorderst in der Mitte posiert Präsident Beat Jans wie der Chef einer Grossbank, der sich freut, dass die Konzernverantwortungsinitiative abgelehnt worden ist. Seine drei Kollegen Kaspar Sutter, Lukas Engelberger und Conradin Cramer (hintere Reihe von links) stehen ihm in nur wenig nach: Auch sie zeigen sich in Anzug mit Krawatte sowie sauberem Schuhwerk. Lukas Engelberger hat sogar noch auf ein Gilet

zurückgegriffen; deshalb darf er sein Jackett auch offen tragen.

Dagegen nehmen sich die Regierungsrätinnen direkt bescheiden aus. Esther Keller (r.) wirkt wie die zweite Teilzeit-Praktikantin bei Cramer, während Stephanie Eymann (2. v. r.) ohne Probleme als Reitlehrerin durchgehen könnte. Und man fragt sich: Ist Tanja Soland (3. v. l.) nordkoreanische Funktionärin, und rührt Barbara Schüpbach-Guggenbühl (Staatsschreiberin – links) inskünftig für Sutter jeden Morgen den Znüni-Fairtrade-Kakao an? Wem wäre vor vier Jahren dieser Gedanke gekommen? Aber da ist er: Vielleicht wäre es an der Zeit, dass Elisabeth Ackermann den vier Frauen den Namen ihrer Stilberaterin verrät. (hei)

Video- und Audiobeiträge



«Ackermann und Dürri im zweiten Wahlgang / Grüne Welle im Grossen Rat / Wahlen im Zeichen von Corona»

(Telebasel News, 25.10.2020, 8:02 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/4fe6328e-29f0-44c5-9bd4-48629e19c6a9/media=7f78ffbd-f2f0-4a4b-978b-d6809cec88e2>



Studiogäste in der Elefantenrunde am Wahltag: Pascal Pfister (Präsident SP BS), Patricia von Falkenstein (Präsidentin LDP BS), Harald Friedl (Präsident Grüne BS) und Katja Christ (Präsidentin GLP BS)

(Telebasel Talk, 25.10.2020, 23:28 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/4fe6328e-29f0-44c5-9bd4-48629e19c6a9/media=0c3caa32-f43b-47c0-b28e-6f3f8e437990>



«Die Basler Linke im Dilemma»

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 26.10.2020, 14:04 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/4fe6328e-29f0-44c5-9bd4-48629e19c6a9/media=7a4dc207-8189-4660-8f5a-7a2be275448c>



«Heidi Mück kandidiert für die Regierung, Beat Jans fürs Präsidium»

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 28.10.2020, 16:53 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/4fe6328e-29f0-44c5-9bd4-48629e19c6a9/media=3bb62b90-af67-42ed-9a10-720d4e078e87>



«Rot-Grün verliert die Mehrheit in der Regierung»

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 29.10.2020, 17:53 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/4fe6328e-29f0-44c5-9bd4-48629e19c6a9/media=cd08e0f2-a327-4fe3-a2c7-3e361c61eac0>



Was bedeuten die Wahl- und Abstimmungsergebnisse für Basel und die Region? Im Sonntags-Talk diskutieren Andrea Fopp, Chefredaktorin Bajour.ch, Marcel Rohr, Chefredaktor Basler Zeitung, und Patrick Marcolli, Chefredaktor bz Basel

(Telebasel Talk, 29.11.2020, 34:06 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/4fe6328e-29f0-44c5-9bd4-48629e19c6a9/media=e6d047cc-9f4a-42c3-9f5b-ca75f519885c>



«Links wie rechts fragt man nach Gründen für Niederlage»

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 30.11.2020, 17:01 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/4fe6328e-29f0-44c5-9bd4-48629e19c6a9/media=5dad5881-e7bf-4429-95d7-7541363dcf91>



«Frischer Wind in der Kantonsregierung / Baschi Dürri's Abwahl»

(Telebasel News, 30.11.2020, 3:47 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/4fe6328e-29f0-44c5-9bd4-48629e19c6a9/media=ccfb3fbf-12cd-44aa-afb5-424f4df14088>

Impressum

Basler Stadtbuch, Dossier 2020:
Wahlüberraschungen: Legislatur 2021–2024

Redaktion: Christoph Merian Stiftung, Abteilung Kultur
Redaktionsschluss: Dezember 2020
Lektorat und Korrektorat: Dr. Rosmarie Anzenberger
© 2020 Leitartikel (S. 2–6): Matthias Zehnder
www.baslerstadtbuch.ch

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein kostenloser Service public der Christoph Merian Stiftung.
www.cms-basel.ch
www.baslerstadtbuch.ch